

Das Parlament

Berlin, 17. Februar 2020

www.das-parlament.de

70. Jahrgang | Nr. 8-10 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Beide Beine in der Mitte

Marco Wanderwitz Für den neuen Ost-Beauftragten der Bundesregierung ist klar: Er wird gebraucht. Es gebe immer noch viele politische Aufgaben, „die ihre Spezifika in den neuen Bundesländern haben und teilweise aus Zeiten der ehemaligen DDR herühren“, sagte der 44-jährige. Der Christdemokrat aus Sachsen will an den Unvereinbarkeitsbeschlüssen nach links wie rechts festhalten: „Wir sind gut beraten, uns mit beiden Beinen in der demokratischen Mitte des Parteienspektrums aufzustellen.“ Wanderwitz folgt im Amt Christian Hirte (CDU). Der Thüringer Hirte hatte nach eigener Aussage auf „Anregung“ der Bundeskanzlerin um seine Entlassung gebeten. Zuvor war er wegen eines Gratulations-Tweets an Thomas Kemmerich in die Kritik geraten. scr



picture-alliance/Alban Sommerlath

„Wir sind gut beraten, uns mit beiden Beinen in der demokratischen Mitte des Parteienspektrums aufzustellen.“ Wanderwitz folgt im Amt Christian Hirte (CDU). Der Thüringer Hirte hatte nach eigener Aussage auf „Anregung“ der Bundeskanzlerin um seine Entlassung gebeten. Zuvor war er wegen eines Gratulations-Tweets an Thomas Kemmerich in die Kritik geraten. scr

ZAHL DER WOCHE

100.000

Euro hat der Berliner Bauunternehmer Christian Krawinkel an den Landesverband der AfD in Thüringen gespendet. Laut Medienberichten tat Krawinkel dies als Reaktion auf die dortige Ministerpräsidentenwahl. Zudem verzeichnete die Partei in Niedersachsen ein Erbe in Millionenhöhe als Parteispende.

ZITAT DER WOCHE

»In Bayern ist mein Standort und mein Anker.«

Markus Söder, Ministerpräsident Bayerns und Parteichef der CSU, hält sich im Rennen um die Kanzlerkandidatur für die Unionsparteien zurück.

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK
Corona Bundestag debattiert Lage der Virus-Ausbreitung Seite 5

WIRTSCHAFT UND FINANZEN
Wohnen Die Mietpreisbremse wird verlängert und geschärft Seite 7

EUROPA UND DIE WELT
Slowakei Vor den Wahlen deutet sich eine politische Wende an Seite 10

KEHRSEITE
Erinnerung Parlamentspräsidenten gedenken der Holocaust-Opfer Seite 12

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



4 194560 401004

Es brennt, es bebt

NACH ERFURT Führungskrise in der CDU. FDP ist beschämt. AfD: »Kriegserklärung an Parlamentarismus«

Die Wahl zum Thüringer Ministerpräsidenten der vergangenen Woche sendet weiter Schockwellen bis hoch in die Berliner Bundespolitik. In der FDP rumorte es heftig, nachdem sich deren Thüringer Landesvorsitzender Thomas Kemmerich mit Stimmen der AfD hat ins Amt wählen lassen und einen Tag später seinen Rücktritt angekündigt. „Jetzt brennt die ganze FDP“, meinte etwa Parteivorsitzender Gerhart Baum nach der Wahl. FDP-Chef Christian Lindner überstand zwar eine Vertrauensfrage in der Parteiführung, gilt aber als angeschlagen. Dem Brand in der FDP fügte die Bundes-CDU Anfang vergangener Woche dann ein politisches und innerparteiliches Großfeuer hinzu: Bundesvorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer verabschiedete sich von eigenen Ambitionen auf das Kanzleramt – und mittelfristig auch vom Parteivorsitz. Der CDU-Vorsitzenden war es in den Tagen zuvor nicht gelungen, ihre Parteifreunde in Thüringen trotz klarer Beschlusslage im Präsidium von Neuwahlen zu überzeugen. In ihrer Erklärung sprach sie von Fliehkräften, die in Gesellschaft und „unserer Volkspartei CDU“ zu spüren seien. Zudem gebe es in der Union eine „ungeklärte Führungsfrage“. Sie bekräftigte die Beschlusslage der Union (siehe Seite 3), dass sich die Partei sowohl von Linken als auch AfD scharf abzugrenzen habe. „Die AfD steht gegen alles, was uns als CDU ausmacht.“ Auch Geschichte und Programmatik der Links-Partei seien mit der Union „absolut unvereinbar“, sagte sie. Kramp-Karrenbauer will ihr Parteiamt nur so lange noch ausüben, bis ein Nachfolger als Vorsitzender und möglicher Kanzlerkandidat gefunden ist. Da sie nun ohne eigene Interessen in diesen Prozess einsteige, könne sie das Verfahren „sehr viel freier gestalten“ und „weiter von vorne führen“, betonte Kramp-Karrenbauer. Die Entscheidung sollte laut Kramp-Karrenbauer auf einem Parteitag im Dezember fallen, am vergangenen Freitag war bereits die Rede davon, dass sie noch im Laufe des Monats einen Nachfolge-Kandidaten vorschlagen wolle. Ob die seit Dezember 2018 amtierende Vorsitzende Herrin des Verfahrens bleiben kann, blieb vergangene Woche fraglich. Der Parteichef der Schwesterpartei CSU, Markus Söder, hatte eine zügige Klärung der Vorsitzenden-Frage gefordert. Dem schlossen sich auch Stimmen in der CDU an. Ein Sonderparteitag vor der Sommerpause ist bereits ins Spiel gebracht worden. Friedrich Merz und Gesundheitsminister Jens Spahn werden Ambitionen nachgesagt. Auch der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet, gilt als möglicher Nachfolger der Parteichefin.

Lehre aus Weimar laute aber, „dass alle demokratischen Kräfte zusammenstehen müssen: gegen rechts, gegen Faschismus.“ Die Union wiederhole wie ein Mantra die „falsche Behauptung“, dass die Linke ihre Geschichte nicht aufgearbeitet habe. In eine ähnliche Richtung argumentierte Jan Korte (Die Linke). Er forderte die Union auf, auch die Verstrickung der Ost-CDU zur Kenntnis zu nehmen. „Ihre Bigotterie in dieser Frage stinkt zum Himmel“, sagte der Linken-Abgeordnete.

Verfassungsschutz Für die Unions-Fraktion entgegnete der Generalsekretär der CDU, Paul Ziemiak, deutlich auf diese Kritik. Es bestehe gar kein Grund, das Verhältnis zu überdenken: „Ja, was sollen wir da überdenken? Sollen wir die Mauertoten noch mal nachzählen?“ Teile der Linken würden vom Verfassungsschutz beobachtet, Teile grenzten sich nicht von Gewalt gegen Menschen ab, kritisierte Ziemiak. Dem schloss sich Michael Kuffer (CSU) an, der gleichwohl für eine Differenzierung bei Links- und Rechtsextremismus argumentierte. Hart gingen die Redner der Union auch die AfD an. Kuffer nannte Höcke einen Faschisten und warf dem Thüringer AfD-Politiker vor, „gewaltsame Maßnahmen gegen Andersdenkende zu insinuiieren“. Ziemiak verwies auf Beziehungen der Partei zur rechtsextremen Szene und geschichtspolitische Aussagen ihrer Vertreter. Das sei „das Gegenteil von dem, was wir in unserer Gesellschaft leben“. Ziemiak betonte, es sei richtig, über das zu sprechen, was in Erfurt passiert ist. „Es geht um Verantwortung, es geht auch um Verantwortung der Union.“

Hitzige Debatte Die Folgen des Ekls von Thüringen beschäftigen auch den Bundestag. Auf Antrag der Links-Fraktion befassten sich die Abgeordneten am vergangenen Donnerstag im Rahmen einer Aktuellen Stunde unter dem Titel „Nach der Wahl des Thüringer Ministerpräsidenten Thomas Kemmerich – Auswirkungen auf Demokratie und internationale Beziehungen“ damit. Die Debatte spiegelte dabei die Schärfe der vorherigen Tage wider. Das Verhältnis von Union und Linke spielte ebenfalls eine wesentliche Rolle. Linken-Fraktionschefin Amira Mohamed Ali befand, die Demokratie in Deutschland sei in einem „alarmierenden Zustand“. Es sei eigentlich eine „unumstößliche Lehre“ der deutschen Geschichte: „Kein Fußbreit den Faschisten, keine Zusammenarbeit mit Nazis, weder direkt noch indirekt.“ Doch genau das sei im Erfurter Landtag geschehen – der „Faschist Björn Höcke gratuliert zur Wahl“. Union und FDP seien sehenden Auges in die Situation geraten, befand Ali. „Niemand, wirklich niemand hat Herrn Kemmerich gezwungen, die Wahl anzunehmen.“ Die Linken-Abgeordnete ging scharf mit der Positionierung der Union gegenüber ihrer Partei ins Gericht: Die Partei halte in „völliger Verantwortungslosigkeit ihren Unvereinbarkeitsbeschluss aufrecht“. Die

Die Angriffe der Union in Richtung Linke fielen bei Carsten Schneider (SPD) auf ein sehr kritisches Echo. Der Abgeordnete aus Thüringen warf Ziemiak ein „Ablenkungsmanöver“ vor. Die Union müsse sich gerade in Ostdeutschland überlegen, ob sie mit der „fatalen Gleichsetzung“ von Linkspartei und AfD nicht das Geschäft der politischen Rechten erledige, mahnte der Sozialdemokrat. Die Wahl von Kemmerich mit Stimmen der AfD sei ein „Tabubruch“ gewesen. Vor der Wahl im Thüringer Landtag sei vor dem eingetretenen Szenario gewarnt worden. Den Parteichef und Fraktionsvorsitzenden der FDP, Christian Lindner, forderte Schneider auf, „einmal in seinem Leben politische Verantwortung zu übernehmen“. Lindner entschuldigte sich „namens der Freien Demokraten“. Man sei „beschämt“, der AfD ermöglicht zu haben, „uns und darüber hinaus die parlamentarische Demokratie zu verhöhnern“, sagte der Fraktionsvorsitzende. „Erfurt war ein Fehler, aber wir unternehmen alles, damit er sich nicht wiederholen kann.“ Dazu sei eine Arbeitsgruppe eingerichtet worden. Scharf grenzte sich Lindner von der AfD ab. „Wir sind nicht Ihr Steigbügelhalter zur Macht.“ Die AfD gehöre nicht zum bürgerlichen Lager, zumal in Thüringen, wo sie sich „in der Anknüpfung an den Nationalsozialismus“ versuche. Das Verhalten der AfD in Erfurt sei „verschlagen und ehrlos“ gewesen. Lindner verwahrte sich indes gegen Angriff auf Parteimitglieder und eine Gleichsetzung von AfD und FDP. Auch Versuchen, die Partei nun bei anderen Themen „mundtot zu machen“, werde man sich nicht beugen. Die Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt sagte, es hätte nur vier Buchstaben

gebraucht, um eine „klare demokratische Haltung deutlich zu machen“: ein Nein. Ein Nein hätte es sofort nach der Wahl gebracht, kritisierte die Thüringer Abgeordnete. Allerdings sei der Versuch der AfD, die Demokratie zu untergraben, misslungen, „weil die Demokratinnen und Demokraten gemeinsam gestanden haben“. Göring-Eckardt rief die Union auf, sich mit der Aufarbeitung der Linken zu befassen. Es sei ihr, die Bündnis 90 mit gegründet habe und für die Demokratie auf die Strafe gegangen sei, persönlich nicht leichtgefallen, Verhandlungen mit der Linken zu führen. Das sei nur gegangen, weil sich „die Linkspartei dort mit ihrer Vergangenheit“ auseinandergesetzt habe, sagte Göring-Eckardt. Die AfD-Fraktion beurteilte die Situation komplett anders. Parteichef Tino Chrupalla sprach angesichts der Kritik aus Politik und Medien an der Wahl von Kemmerich von einer „Bananenrepublik“ und einer „Kriegserklärung des Altparteienstaates an den Parlamentarismus“. Angela Merkel (CDU) agiere mit ihrer aus Südafrika geäußerten Kritik „im Stil einer Staatsratsvorsitzenden“. Fraktionsvorsitzender Alexander Gauland nannte die Wahl Kemmerichs die „natürlichste und demokratischste Sache von der Welt“. Einer Gleichsetzung von Linken und AfD widersprach er ebenfalls, würde auf dem einen „Ende des Hufeisens“ eine „demokratische Volkspartei“ stehen, stünden am anderen Ende „die Erben der Mauermörder“. Der Union empfahl er, sich der Linken nicht zu öffnen, sonst begleiite sie die SPD in die Bedeutungslosigkeit. Eine „bürgerliche Mehrheit“ sei dann auf lange Zeit keine Option mehr.

Unter Beobachtung Doch auch in der AfD dürften die kommenden Tage unruhig verlaufen. Wie die „Zeit“ vergangene Woche berichtete, verschärfte der Verfassungsschutz die Gangart gegenüber dem sogenannten „Flügel“. Nun würden auch nachrichtendienstliche Mittel eingesetzt, um Landtagsabgeordnete wie Andreas Kalbitz und Björn Höcke zu überwachen. Wie Ende 2019 berichtet wurde, werden die Angehörigen des „Flügels“ vom Verfassungsschutz inzwischen zum rechtsextremen Spektrum gezählt. In Thüringen ist derweil weiter unklar, wie es überhaupt weitergehen kann (siehe Seite 3). Diverse Modelle werden diskutiert, ohne dass sich eine Lösung abzeichnet. Sören C. Reimer



Resigniert nach Thüringen: Die CDU-Parteichefin Annegret Kramp-Karrenbauer will nicht mehr Kanzlerin werden.

picture-alliance/dpa

»Was sollen wir überdenken? Sollen wir die Mauertoten noch mal nach- zählen?«

Paul Ziemiak (CDU)

„Was sollen wir überdenken? Sollen wir die Mauertoten noch mal nachzählen?“ Teile der Linken würden vom Verfassungsschutz beobachtet, Teile grenzten sich nicht von Gewalt gegen Menschen ab, kritisierte Ziemiak. Dem schloss sich Michael Kuffer (CSU) an, der gleichwohl für eine Differenzierung bei Links- und Rechtsextremismus argumentierte. Hart gingen die Redner der Union auch die AfD an. Kuffer nannte Höcke einen Faschisten und warf dem Thüringer AfD-Politiker vor, „gewaltsame Maßnahmen gegen Andersdenkende zu insinuiieren“. Ziemiak verwies auf Beziehungen der Partei zur rechtsextremen Szene und geschichtspolitische Aussagen ihrer Vertreter. Das sei „das Gegenteil von dem, was wir in unserer Gesellschaft leben“. Ziemiak betonte, es sei richtig, über das zu sprechen, was in Erfurt passiert ist. „Es geht um Verantwortung, es geht auch um Verantwortung der Union.“



Kurz nach der Wahl von Thomas Kemmerich (FDP) versammelten sich Demonstranten vor dem Erfurter Landtag.

picture-alliance/Bodo Schackow/dpa-Zentralbild/dpa

EDITORIAL

Hinter der Fichte

VON JÖRG BIALLAS

In diesen Tagen fällt es selbst gelassenen politischen Gemütern nicht leicht, dauerhaftes Kopfschütteln zu unterdrücken. Im Thüringer Landtag haben sich CDU, FDP und AfD alle Mühe gegeben, den Wahlsieger Bodo Ramelow (Die Linke) als Ministerpräsidenten zu verhindern. Das war legitim, aus Sicht seiner politischen Gegner vielleicht sogar nachvollziehbar. Ob es vor dem Hintergrund wachsender Wählerunzufriedenheit aber klug war, den auch im bürgerlichen Lager akzeptierten Ramelow abzulehnen, ist eine andere Frage. Als dann klar wurde, dass die AfD, die in Erfurt so weit rechts außen wie nirgends sonst steht, CDU und FDP im abschließenden Wahlgang hinter die Fichte geführt hatte, wurde es chaotisch. Ein mit der Situation sichtlich überforderter Thomas Kemmerich nahm das Amt des Ministerpräsidenten zunächst an, um schon am Folgetag seinen Rücktritt anzukündigen. Jener Thomas Kemmerich, der gar nicht im Landtag säße, hätte seine FDP nur eine Handvoll Wählerstimmen weniger bekommen. Aber der Scherbenhaufen wurde noch größer. Die CDU musste abermals eingestehen, dass die von der Parteiführung verfügte strikte Abgrenzung zur AfD in den Landesverbänden längst nicht überall geteilt wird. Für Annegret Kramp-Karrenbauer, wenig mehr als ein Jahr CDU-Vorsitzende, beendete die mangelnde Durchsetzungsfähigkeit in dieser Frage die politische Karriere. Längst befürchten auch Christdemokraten, dass ihre Partei dem Schicksal der SPD folgen und den Status einer Volkspartei verlieren könnte. Und während die FDP hofft, dass das Verhalten ihres Spitzenkandidaten in Thüringen am kommenden Sonntag bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg keinen allzu großen Schaden anrichtet, lacht sich die AfD ins Fäustchen. Mit einem ungehörigen Taschenspieler-Trick hat sie ein politisches Beben ausgelöst, dessen Folgen für die Nation noch nicht absehbar sind. Parteitaktisch mag das kurzfristig von Vorteil sein. Auf Dauer taugt überwiegend destruktives Verhalten auch der eigenen Klientel nicht als Erfolgsrezept. Die politischen Gewichte verschieben sich. Keine Partei kann es sich leisten, Mitbewerber stur nach den herkömmlichen Mustern zu beurteilen. Es bleibt richtig, die extremen Ränder zu ächten. Innerhalb des demokratischen Spektrums muss aber gelten: Jeder kann mit jedem reden. Auch über eine Zusammenarbeit.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

ABSCHIED VOM HUFEISEN?

Genau hinschauen

PRO



Daniela Vates, Redaktionsnetzwerk Deutschland

Das Hufeisen ist an sich ein sympathisches Symbol. Glück soll es bringen. Und das kann man immer brauchen, auch in der Politik, selbst wenn die nicht auf dem Zufall beruhen sollte, sondern auf durchdachten Entscheidungen. Gerade aber spielt das Hufeisen eine unglückselige Rolle, es ist Symbol einer Theorie der politischen Extreme, die besagt: Linksaußen und Rechtsaußen sind gleichweit von der Mitte entfernt und die Ränder nähern sich einander an. Ein Blick auf das Hufeisen – die These ist belegt. Sie formt die Basis des Unvereinbarkeitsbeschlusses, mit dem die CDU die Zusammenarbeit mit AfD und Linkspartei gleichermaßen ausschließt. Es ist einer der Gründe für das Debakel von Thüringen. Zwar spricht nichts gegen die Abgrenzung von Extremen. Aber die Hufeisentheorie erspart den genauen Blick. Und Differenzieren empfiehlt sich. Extremistisch ist, wer Menschenverachtung und Ausgrenzung zum Geschäftsmodell macht, wer demokratische Institutionen und Errungenschaften systematisch unterhöhlt und verhöhnt, wer Hass an die Stelle von Argumenten setzt, wer sich Wortwahl und Argumentationslinien einer Verbrecherbande zu eigen macht, die Europa vor nur gut 80 Jahren in den Abgrund stürzte. Von einer Partei, deren Führungspersonal so agiert, gebietet sich in der Tat größtmöglicher Abstand. Natürlich lässt sich auf der anderen Seite der Antikommunismus ins Feld führen als einende Haltung und die Ablehnung von Totalitarismus und Gewalt auf allen Seiten. Aber es gilt eben, genau hinzusehen, wie eine Partei es wirklich hält mit der Demokratie. Die gilt es zu schützen und zwar dringend. Symbole erleichtern Reflexe. Das aber ist nicht nur in der Politik zu wenig. Und keineswegs hilfreich.

Gewichtige Gründe

CONTRA



Daniel Goffart, »Focus«

Die Union wäre verrückt, würde sie sich der Linkspartei annähern. Welchen Vorteil brächte das? Vielleicht gäbe es ein wenig Beifall in linksliberalen Medien. Aber in den für CDU und CSU erreichbaren Wählerschichten würde niemand sein Kreuzchen bei den Christdemokraten machen, bloß weil die jetzt mit den Erben der SED-Diktatur schmusen. Wer das gut findet, wählt sicher alles andere, nur nicht konservativ. Es mag Leute geben, die das als „Realismus“ loben würden. Aber sind das Menschen, die der Union Gutes wollen? Gerne wird eingewendet, man dürfe Linke und AfD nicht in einen Topf werfen. Das tut auch niemand, der historisch denken kann. Aber es gibt gewichtige Gründe, die Linke abzulehnen: Deren ungeklärtes Verhältnis zu Verfassungsgrundsätzen wie der Eigentumsgarantie zählt ebenso dazu wie populistische Versuche, allen alles zu versprechen, ohne etwas halten zu müssen. Auch das Ziel, Deutschland aus der Nato führen zu wollen, verbunden mit naiv-unkritischer Sicht auf Russland, ist politisch lebensgefährlich. Von der Akzeptanz der „Kommunistischen Plattform“ in den eigenen Reihen oder dem SED-Erbe ganz zu schweigen. Natürlich ist die AfD noch viel inakzeptabler. Sie verharmlöst den Faschismus, deckt Nazis in den eigenen Reihen, hetzt gegen Andersdenkende und untergräbt unser politisches System. Deshalb tut die Union auch gut daran, jegliche Form des Zusammenwirkens auszuschließen. Äquidistanz bedeutet lediglich gleicher Abstand zu politischen Gegnern, bei weitem aber nicht gleiche inhaltliche Bewertung. Man kann Parteien aus guten und sehr unterschiedlichen Gründen ablehnen. Die Union sollte sich nicht verwirren lassen.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Brodocz, die Wahl des FDP-Kandidaten Kemmerich zum Ministerpräsidenten in Thüringen mit den Stimmen der AfD hat ein politisches Beben ausgelöst. Ist die Aufregung berechtigt?

Die Aufregung ist schon berechtigt. Wir haben zum ersten Mal eine gemeinsame Konstitution einer Regierung mit der AfD. Das haben alle anderen Parteien bis dahin kategorisch ausgeschlossen. Insofern ist das ein Einschnitt und hat bei der CDU aufgrund des Unvereinbarkeitsbeschlusses, der eine Zusammenarbeit mit AfD und Linken verbietet, die zentrale Frage aufgeworfen, inwiefern sich die Landesverbände noch an Beschlüsse der Bundes-CDU halten.

War das eine absehbare Inszenierung oder eine Überraschung?

Das kommt auf den Zeitpunkt an. Als am Wochenende vor der Wahl die AfD einen parteilosen Kandidaten präsentierte, war klar, jetzt wird hier offensiv ein Angebot gemacht an CDU und FDP. Als am Montag die FDP ankündigte, ihren Kandidaten auch im dritten Wahlgang zur Wahl zu stellen, sofern der AfD-Kandidat im Rennen bliebe, war allen Beteiligten bewusst, dass man damit rechnen muss, dass die AfD im dritten Wahlgang geschlossen für Thomas Kemmerich stimmt. In den Fraktionen von CDU und FDP wurde das offen diskutiert. Das kam nicht überraschend.

Ist es nicht legitim von der AfD, den parlamentarischen Spielraum zu nutzen?

Man muss tatsächlich sagen, dass alles, was die AfD bei dieser Ministerpräsidentenwahl getan hat, völlig legitim ist. Sie hat einen eigenen Kandidaten aufgestellt, der im zweiten Wahlgang keine Stimmen bekommen hat von den anderen Parteien. Dass sie ihren eigenen Kandidaten dann nicht zurückgezogen hat, liegt schlicht daran, dass die FDP ihren Kandidaten sonst nicht aufgestellt hätte. Man kann der AfD kein hinterlistiges Spiel vorwerfen, sie hat mit offenen Karten gespielt und angekündigt, sie würde jeden aus ihrer Sicht bürgerlichen Kandidaten von CDU und FDP mitwählen.

Wird sich die AfD künftig häufiger rein taktisch verhalten?

Alle Parteien verhalten sich taktisch, verfolgen Ziele und legen sich Strategien zurecht. Das ist nicht verwerflich. Wir müssen auch künftig damit rechnen, dass die AfD das Verhalten der anderen Parteien in ihre Taktik mit einbezieht. Das ist sehr typisch für politisches Handeln.

Halten Sie eine Zusammenarbeit von Union und AfD dauerhaft für ausgeschlossen?

Die CDU wird vermutlich auf Bundesebene bei ihrem Unvereinbarkeitsbeschluss bleiben. Denkbar wäre, dass ein neuer CDU-Bundeschef die Landesverbände mehr Flexibilität lässt in Hinsicht auf bestimmte Kooperationen. Vielleicht werden Koalitionen ausgeschlossen, aber womöglich nicht jegliche Form der Zusammenarbeit in einzelnen Sachfragen.

Die CDU schließt auch eine Zusammenarbeit mit der Linken aus, damit reduzieren sich die Koalitionsoptionen. Was würden Sie der Union in dieser verzwickten Lage empfehlen?

Für die Union ist das eine schwierige Situation. Sie steht vor der Frage, ob sie weiter einen Platz in der Mitte anstrebt. Damit müsste sie sich aus strategischen Gründen offen zeigen für Koalitionen mit der Linken. Oder sie rückt nach rechts und öffnet sich dort. Es gibt aber keine Strategie, die für die CDU sicher zu einem besseren Wahlergebnis führen würde. Das ist das Dilemma und das wird wahrscheinlich dazu führen, dass die CDU bei Wahlen künftig nicht mehr als 30 Prozent bekommt.

»Das ist eine Chance«

ANDRÉ BRODOCZ Der Politikwissenschaftler über Viel-Parteien-Parlamente und die künftige Regierungsbildung auf Länderebene



© Universität Erfurt

Franz Josef Strauß hat einst gesagt, rechts von der CSU dürfe es keine demokratische legitimierte Partei geben, nun sitzt die AfD im Bundestag und in den Landesparlamenten. Was ist denn da passiert?

Die CDU hat sich unter Parteichefin Angela Merkel modernisiert und für Interessenslagen in expandierenden Großstädten geöffnet. Dadurch hat sie bestimmte Werte und Interessen, die eher in ländlichen und kleinstädtischen Gebieten vertreten sind, vernachlässigt. Aus machtpolitischen

Gründen hat sie einen Akzent verschoben und damit rechts von der CDU eine Öffnung bewirkt.

AFD und Linke sind im Osten bei Wahlen erfolgreich. Warum stärken die Wähler die politischen Ränder?

Wir beobachten in der Bevölkerung in bestimmten Fragen eine Polarisierung, es wird nicht mehr nach der Mitte und einer Versöhnung gestrebt. Es gibt Konflikte, die unteilbar scheinen, man ist entweder dafür oder definitiv dagegen. So werden Migrati-

ons- oder Klimafragen zur Identitätspolitik. Wer offen ist für Zuwanderung, ist für die Gegner schnell ein Volksverräter. Das führt zu dieser Explosivität und der Unversöhnlichkeit, die wir gerade sehen.

Wie beurteilen Sie die Aussichten für die FDP nach dem Kurzauftritt von Kemmerich als Ministerpräsident?

Für Thüringen sieht es in Umfragen kritisch aus. Hier würde die FDP bei einer Neuwahl vermutlich nicht mehr in den Landtag gewählt. Wenn es bei der anstehenden Landtagswahl in Hamburg für die FDP ein Desaster gäbe, würde noch einmal das Krisenmanagement der Bundes-FDP in Thüringen infrage gestellt. Dann könnte auch der Bundesvorsitzende Christian Lindner wieder unter Druck geraten.

Wird es künftig häufiger Minderheitsregierungen geben?

Das ist nicht auszuschließen. Wir haben heute oft fünf oder sechs Parteien in den Parlamenten und neuerdings Drei-Parteien-Koalitionen. In Thüringen hat es nicht einmal dazu gereicht, dass CDU, SPD, Grüne und FDP zusammen eine Mehrheit stellen konnten. Wir haben bislang wenig Erfahrung mit Minderheitsregierungen, selten haben sie länger als ein Jahr gehalten. Das kann in einer Übergangsphase funktionieren, in der sich das Parteiensystem neu strukturiert.

Man sollte aber darüber nachdenken, ob es sinnvoll ist, dass eine Regierung immer erst aus der Mitte des Parlaments gewählt wird, denn es wird immer schwieriger, stabile Regierungen zu bilden. Vielleicht wäre es besser, auf Landesebene ein Präsidialregierungsmodell auszuprobieren. In dem Fall würde zunächst der Ministerpräsident gewählt und müsste sich dann in einem separat gewählten Parlament die Mehrheiten suchen für einzelne Sachfragen. Die Vielparteiensystemen müssen sich ja immer in allen Fragen einigen, das ist sehr schwierig und lässt kaum Flexibilität zu.

Also eine Krise des Parlamentarismus würden Sie nicht sehen, das wäre eher eine Chance?

Das könnte in der Tat eine Chance sein. Die Vielzahl der Parteien in den Parlamenten zeigt, dass die Bürger bereit sind, sich parteipolitisch zu organisieren. Das ist Ausdruck eines vitalen Parlamentarismus. Eine plurale Gesellschaft von 80 Millionen Menschen kann kaum nur durch drei oder vier Parteien gut repräsentiert werden.

Wie gefährlich ist das Machtvakuum bei der CDU nach dem Rückzug der Parteichefin Kramp-Karrenbauer?

Wenn die CDU das Machtvakuum schnell auflöst und die Kanzlerkandidatur zügig feststeht, wird es gefährlich für die Große Koalition in Berlin, wenn das Machtvakuum länger andauert, könnte es die CDU zerreiben.

Machen Sie sich Sorgen um den Fortbestand der Demokratie?

Nein. Wir sehen, wie viele Bürger sich mit der Demokratie identifizieren, auch in Thüringen. Es sind sich nicht alle einig darüber, wie das mit der Ministerpräsidentenwahl gelaufen ist, aber deswegen wird die Demokratie nicht in Frage gestellt.

Das Gespräch führte Claus Peter Kosfeld. ||

André Brodocz ist Professor für Politische Theorie an der Universität Erfurt.



PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Waldschützer: Rüdiger Kruse

Rüdiger Kruse leidet derzeit doppelt. Zum einen an der Führungskrise seiner CDU. Zum anderen, weil sein Hamburger Landesverband sich am Sonntag den Wählern stellen muss in einer Bürgerschaftswahl, die dominiert ist vom Duell zwischen SPD und Grünen und bei der die Christdemokraten ohnehin keinen leichten Stand hatten. Aber was kann Kruse dazu anderes sagen als: „Wir machen Wahlkampf, wir haben ein sehr gutes Angebot für Hamburg, und nach der Wahl werden wir sehen, ob und mit wem wir dieses umsetzen können“? Der 1961 geborene Hamburger war zu einer hoch politisierten Zeit auf dem Gymnasium. „Es gab zum Beispiel die RAF, es gab große Auseinandersetzungen um die Atomkraft, immer auch vor einem Ost-West-Hintergrund“, erinnert sich Kruse. „Wenn man allgemein interessiert war, war man schnell auch politisiert.“ Im jeweils frühestmöglichen Alter schloss er sich mit 14 der Jungen Union und mit 16 der CDU an. Berufspolitiker wollte er aber nicht werden, sondern Arzt. Doch dann fuhr er beim zweiten Staatsexamen „das Studium gegen die Wand“, eine „Disruption“, die Kruse heute als Glücksfall sieht. Denn er machte „mein Hobby, also mein ehrenamtliches Engagement im Umweltschutz, zu meinem Beruf“ und ist Geschäftsführer der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald. Viele in seiner Partei hätten das damals skeptisch gesehen und gefragt, ob er nicht „ein verkappter Grüner“ sei, erzählt Kruse. Aber die Grünen seien für ihn nie eine Alternative gewesen. Das Wertesystem der Union, ausgehend vom christlichen Menschenbild, wo-

nach „jeder Mensch von Gott gewollt und aus eigenem Recht da ist“, entspreche seinem Freiheitsgedanken. „Ich möchte nicht eine Gesellschaft haben, wo, auch wenn es gut gemeint ist, zentral vorgeordnet wird, wie wir am besten alle leben sollen.“

2001 ging Kruse dann doch in die Politik. Es war die Bürgerschaftswahl, nach der Ole von Beust (CDU) eine Koalition mit der rechts stehenden Schill-Partei bildete und Hamburger Bürgermeister wurde. Ein Schritt, der bundesweit und darüber hinaus



© DBT/achim Meide

»Wenn man eine Entscheidung getroffen hat, sollten sich alle in einer Partei dahinter versammeln. Das ist nicht geschehen.«

Entrüstung und Beschimpfungen bis hin zu Nazi-Vergleichen zur Folge hatte, den Kruse aber nach wie vor für richtig hält. Die Koalition sei die einzige Chance gewesen, „in einer Stadt etwas nennenswertes zu verändern, die seit Jahrzehnten von Sozialdemokraten regiert wurde“. Und Schill sei „mitnichten ein Nazi“ gewesen, sondern ein Chaot und ein Populist. „Populismus kommt von populär. Wir haben eigentlich alle die Aufgabe, dass wir un-

sere Themen populär machen, damit wir gewählt werden“, verteidigt Kruse den verpönten Begriff. Entscheidend sei, dass Beust bei der nächsten Wahl die absolute Mehrheit geholt habe, „und das hat der Stadt sehr gut getan“.

Mit der heutigen Situation in Thüringen sei die damalige Lage nicht vergleichbar, betont Kruse. „Weder, dass wir es mit einer Partei zu tun hatten, die aus Neonazis bestand, noch, dass es nicht möglich gewesen wäre, eine andere Mehrheit zu bilden.“ Damals hätte die CDU auch die SPD in einer Regierungskoalition unterstützen können. In Thüringen dagegen ist eine Mehrheit nur mit der Linkspartei oder der AfD rechnerisch möglich – und beide seien keine Koalitionspartner für die Union. „Die Grenze zur AfD ist immer klar gewesen. Genauso, wie wir aus inhaltlichen und historischen Gründen die Grenze zur Linkspartei haben.“

2009 wechselte Rüdiger Kruse von der Hamburgischen Bürgerschaft in den Deutschen Bundestag. Dort ist er heute Beauftragter der CDU/CSU-Fraktion für maritime Wirtschaft und gehört dem Haushalts- und dem Umweltausschuss an. Der Rücktritt seiner Parteichefin Annegret Kramp-Karrenbauer hat ihn so kalt erwischt wie wohl jeden. Es sei klar gewesen, dass die Trennung von Kanzlerschaft und Parteivorsitz schwierig ist. Aber: „Wenn man eine Entscheidung getroffen hat, sollten sich alle in einer Partei dahinter versammeln. Das ist nicht geschehen.“ Jetzt müsse die Union die Nachfolge „in einem vernünftigen Prozess“ organisieren. „Man weiß natürlich immer, das hat unser Koalitionspartner ja vorgemacht, man kann sich dabei massiv beschädigen.“ Peter Stützle ||

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 X
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 227-3 05 15
Telefax (0 30) 227-3 65 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Jörg Biallas (jb)

Stellvertretender Chefredakteur
Alexander Heinrich (ah)

Verantwortliche Redakteure
Claudia Heine (che)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Kristina Pezei (pez)
Sören Christian Reimer (scr) Cvd
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Fotos
Stephan Rotes

Redaktionsschluss
14. Februar 2020

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei
GmbH & Co. KG
Kurfürstenstraße 4–6
64546 Marfilden-Walldorf

Leserservice/Abonnement
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Deisenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32
E-Mail:
fazit-com@intime-media-services.de

Anzeigenverkauf,
Anzeigenverwaltung,
Disposition
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Deisenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 36
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36
E-Mail: fazit-com-anzeigen@intime-media-services.de

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €, für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für ungelieferte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichts- und andere Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitschrift „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Szenen einer Wahl: Thomas Kemmerich (FDP, links) bekommt von der Linken-Fraktionchefin Susanne Hennig-Wellsow Blumen vor die Füße geworfen. Für Linken-Kandidat Bode Ramelow (Bild rechts) hatte es im dritten Wahlgang nicht gereicht. © picture-alliance/dpa/foto2press

Ausweg dringend gesucht

THÜRINGEN Noch ist völlig unklar, wie es in dem Freistaat weitergeht. Die Linke wirbt weiter um Unterstützung

Als an jenem Mittwoch, dem 5. Februar 2020, die ersten Abgeordneten, Journalisten und sonstigen Gäste im Thüringer Landtag eintrafen, da hielten vor der Tür zwei Männer ein weißes Tuch in die Höhe. Darauf stand: „Ohne Ramelow & Co. wird Thüringen wieder froh.“ Das war so gegen zehn Uhr morgens und hat sich – so viel darf man wohl sagen – eher nicht bewahrheitet. Ungefähr sechs Stunden später marschierten einige Hundert meist junge Menschen vor dem Parlament auf mit einem komplett anderen Anliegen. Auf einem ihrer Plakate stand: „1930 erster Minister der NSDAP, 2020 erste Ministerpräsident mit Stimmen der AfD.“

Seit Kemmerichs erzwungenem Rücktritt ist nun guter Rat teuer.

Wie auch immer man die beiden Plakate bewertet, eines ist gewiss: Das Ereignis, auf das sie sich beziehen, markiert einen tiefen Einschnitt nicht nur für Thüringen allein, sondern für die ganze Republik. Das Ereignis ist die Wahl des FDP-Politikers Thomas Kemmerich zum Ministerpräsidenten des Freistaates mit Stimmen von CDU, FDP und AfD – unweigerlich verbunden mit dem Sturz des bisherigen Ministerpräsidenten Bodo Ramelow (Linke). Sie hat das Land verändert.

An der Wahl selbst fiel zunächst einmal auf, wie lautlos sie vonstättenging. Nachdem Landtagspräsidentin Birgit Keller (Linke) um 11.01 Uhr in wenigen Worten das Prozedere erklärt hatte, ging es auch schon los. In alphabetischer Reihenfolge wurden die Abgeordneten an die Urnen gerufen. Dabei stimmten sie im ersten Wahlgang so ab, dass Ramelow die absolute Mehrheit um drei Stimmen verfehlte, während der AfD-Kandidat Christoph Kindervater auffälligerweise drei Stimmen mehr bekam, als die AfD Abgeordnete hat. Nach einer von der AfD beantragten 30-minütigen Pause folgte der zweite Durchgang. Das Resultat war ähnlich. Zwar errang Ramelow diesmal eine Stimme mehr, wo hingegen Kindervater drei Stimmen weniger errang. Doch es reichte wieder nicht. Die AfD beantragte daraufhin eine weitere Pause für ebenfalls 30 Minuten. Dem schloss sich eine letzte Pause von 20 Minuten an – um die Wahlzettel für den dritten Durchgang zu präparieren. Jetzt kandidierte neben Ramelow und Kindervater nämlich wie vorher angekündigt auch Kemmerich.

Die letzte Pause gab allen Beteiligten Gelegenheit, auf den Fluren, im Raucherhof und in der Kantine ihre Einschätzungen auszutauschen – oder auch ihre inneren Spannungen abzubauen. Unübersehbar war dabei, wie der Optimismus im rot-rot-grünen Ramelow-Lager schwand. Der Sieg Kemmerichs sei nun nicht mehr ausgeschlossen, hieß es. Der SPD-Landesvorsitzende Wolfgang Tiefensee stöhnte, als ah-

ne er, was kommen würde: „Statt Klarheit zu schaffen, machen wir jetzt solch einen Scheiß.“ Um kurz nach 13 Uhr begann der dritte und entscheidende Wahlgang. Ein letztes Mal wurden die Abgeordneten in alphabetischer Reihenfolge aufgerufen, holten sich ihre Stimmzettel ab und gingen in die Wahlkabinen. Als Kemmerich an der Reihe war, auf dem Weg zur Urne an Ramelow vorbei lief und anhielt, da klackerten die Auslöser der Fotografen. Spätestens in diesem Augenblick bahnte sich die Sensation an.

Zwar gibt es rückblickend Hinweise darauf, dass sich die an der Wahl Beteiligten aus CDU und FDP der Risiken bewusst waren, die mit einer Kandidatur Kemmerichs einhergingen – dass also die AfD im dritten Wahlgang anstatt geschlossen für ihren Kandidaten zu votieren für Kemmerich stimmen könnte. Manche, so scheint

es, handelten in voller Absicht. Bekannt ist, dass die Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion auch beim Besuch der Parteivorstößen Annegret Kramp-Karrenbauer zwei Tage später in Erfurt bei sich keinen Fehler erkennen konnten. Nicht absehbar war indes, was danach geschah: dass der Liberale die Wahl annehmen, die Thüringer Linken-Partei- und Fraktionschefin Susanne Hennig-Wellsow ihm einen Blumenstrauß vor die Füße werfen und alsbald Demonstranten zum Landtag ziehen und rufen würden: „Nazis raus.“ Es waren Zeichen einer maximalen Polarisierung.

Seit Kemmerichs erzwungenem Rücktritt ist nun guter Rat teuer. Denn so eine verzwickte Lage in einem vergleichsweise kleinen Bundesland mit so großen Auswirkungen auf das Ganze – die hat die Bundesrepublik Deutschland in ihrer langen Geschichte noch nicht erlebt. Ramelow, der vom Gang der Ereignisse anfangs sichtlich getroffen war, kam erst nach knapp einer Woche wieder langsam mit Interviews aus der Deckung. Dem 63-jährigen schwebt nun vor, dass der Landtag ihn zunächst wiederwählt und sich später mit dem Beschluss über einen neuen Landeshaushalt für das Jahr 2021 auflöst. Dies sei „der beste Weg“, sagte er der Funke Mediengruppe. Ob es dazu kommt, ist fraglich.

Kemmerich schwängt Bundesrat Wohl hat Thüringen derzeit keine Regierung, sondern mit Kemmerich einen Ministerpräsidenten, der lediglich geschäftsführend amtiert und aus der Öffentlichkeit de facto verschwunden ist. So nahm der gebürtige Aachener an der Sitzung des Bundesrates am vergangenen Freitag nicht teil – mit der Folge, dass Thüringen dort ohne Einfluss blieb.

Auch sind sämtliche Minister direkt nach Kemmerichs Wahl ausgeschieden. Die Ministerien werden jetzt von beamteten Staatssekretären geführt. Allen ist bewusst,

dass dies kein Dauerzustand sein kann. „Das können wir uns schlicht nicht leisten“, betonte Ramelow. Linken-Chefin Hennig-Wellsow bestand aber zuletzt darauf, dass er beim nächsten Mal bereits im ersten Wahlgang durchkommen müsse und nicht erneut bis zum dritten Wahlgang zitiern dürfe. Ramelow relativierte dies zwar ein wenig. „Ich bestehe auf gar nichts – nur auf Verantwortung und gute Analyse, was es heißt, sich von der AfD die Agenda diktieren zu lassen“, sagte er dem

Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND). „Ich kandidiere aus Verantwortung für unser Bundesland und bin bereit, gemeinsame Vereinbarungen umzusetzen, um aus drei Tollen Tagen nicht ein Tollhaus werden zu lassen.“ Diese Relativierung schafft das Problem indes nicht aus der Welt. Da geheim gewählt wird, müssten für einen Erfolg im ersten Wahlgang mindestens vier Abgeordnete von CDU und/oder FDP zuvor informell zusichern, dass sie dem Linken ihre Stimmen geben werden. Noch

lehnt die CDU dies ab. Es verträge sich ohnehin bloß bedingt mit dem Prinzip geheimer Wahlen. Noch weniger verträge es sich mit der offiziellen Linie der Partei, weder mit der Linken noch mit der AfD in irgendeiner Weise zu kooperieren. Dass die Linke und vor allem Ramelow persönlich vor dem Risiko einer neuen Demütigung zurückschrecken, erscheint andererseits ebenso nachvollziehbar.

Sollte es gelingen, die erste Hürde zu nehmen, stünde die nächste Hürde freilich schon im Weg. Denn während die SPD offensiv Neuwahlen fordert und weder Linke noch Grüne etwas dagegen hätten, können CDU und FDP kein Interesse daran haben. Beide Parteien sind momentan führungslos. Am Freitag kündigte Christdemokrat Mike Mohring seinen Rücktritt als Landespartei an. Die CDU muss laut aktueller Umfragen mit einem Absturz rechnen. Die FDP könnte den Wiedereinzug in den Landtag komplett verpassen. Ramelow signalisiert denn auch, dass Neuwahlen nicht vorrangig seien. „Ich würde davon wahrscheinlich mit Blick auf meine persönlichen Beliebtheitswerte und die Werte meiner Partei profitieren“, sagte er jetzt. Doch das könne nicht der Maßstab sein.

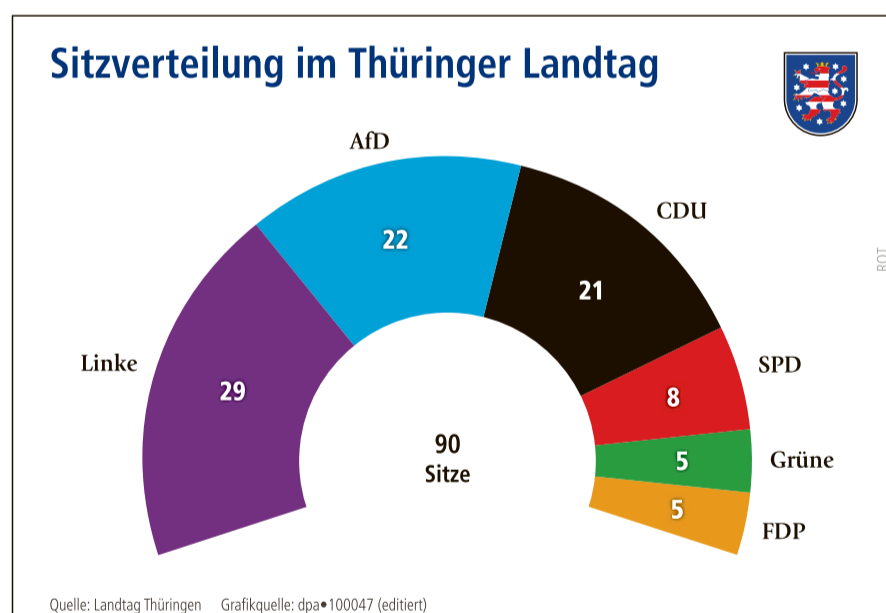
Wie sich das Knäuel unterschiedlicher Interessen angesichts eines objektiven Zeitdrucks auflösen lässt, darüber herrscht einsteilen Unklarheit. Allein dass eine baldige Auflösung im Interesse der Demokratie liegt, dies halten die meisten Beteiligten für unbestreitbar.

Aufgewühlte Bürger Die Bürger bleiben aufgewühlt. Direkt nach Kemmerichs Wahl wurde spontan nicht nur in Erfurt demonstriert, sondern in zahlreichen weiteren Städten Thüringens. Damit nicht genug: Einen Tag darauf sammelten sich Demonstranten vor der Thüringer Staatskanzlei. Und für den vergangenen Samstag war eine vorläufig letzte Demonstration angekündigt – erneut in der Landeshauptstadt.

Am Abend der Landtagswahl – es war der 27. Oktober 2019 – hatte ein Berliner SPD-Politiker noch erklärt, Landtagswahlen seien nicht so wichtig, weil die Politik letztlich doch im Bundestag gemacht werde. Der Mann hat sich, ohne dass er es hätte ahnen können, gründlich geirrt.

Markus Decker

Der Autor ist Hauptstadt-Korrespondent des Redaktionsnetzwerks Deutschland.



Mike Mohring (CDU) hat seinen Rückzug als Chef der Landespartei angekündigt.

Von Kooperationen und Abgrenzungen

BUNDESTAG Der Umgang der Fraktionen mit der Linkspartei variiert. Keine Kooperation gibt es mit der AfD

Sollte die CDU nach dem Eklat um die Wahl Thomas Kemmerichs (FDP) zum thüringischen Ministerpräsidenten mit der Linkspartei kooperieren, um jenseits der AfD eine Regierungsmehrheit zu ermöglichen? Prominente Unionspolitiker wie der frühere Ministerpräsident Dieter Althaus und Schleswig-Holsteins Regierungschef Daniel Günther haben sich dafür schon vor der denkwürdigen Landtagswahl in Erfurt ausgesprochen. Dem entgegen steht jedoch der Abgrenzungsbeschluss, den die CDU im Dezember 2018 einstimmig auf ihrem Bundesparteitag gefasst hat. Danach schließen die Christdemokraten jegliche politische Zusammenarbeit mit den Linken, aber auch mit der AfD, kategorisch aus. Das betrifft Koalitionen und andere Formen der Zusammenarbeit, wie Gesetzesinitiativen in den Parlamenten, Abstimmungen oder die gemeinsame Unterstützung einer Minderheitsregierung. „An diesen Beschluss sind alle Mitglieder der CDU gebunden“, betonte Generalsekretär Paul Ziemiak erst im Januar. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag, Michael Grosse-Brömer (CDU), unterstrich vergangene Woche in Berlin, Deutschland tue weder sozialistischer Mief gut noch Rechtsradikale wie der Thüringer AfD-Politiker Björn Höcke.

Mit ihrem Abgrenzungsbeschluss manifestierte die Union ihre seit Jahren geübte Praxis im Umgang mit der Linkspartei. Schon unter dem Ex-Fraktionschef Volker Kauder galt das Credo, keine gemeinsame Sache mit den Linken zu machen, wobei es jedoch vereinzelt Ausnahmen gab. So unterzeichneten die Fraktionen zusammen die Beweisanträge in den Untersuchungsausschüssen zu NSU und NSA. 2014 bekräftigten CDU/CSU, SPD, Linke und Grüne in einem interfraktionellen Antrag die Empfehlungen des Abschlussberichts zum NSU-Untersuchungsausschuss. Seit dem Hamburger Parteitag bleiben Linkspartei und auch die inzwischen in den Bundestag eingezogene AfD bei gemeinsamen Anträgen von Union, SPD, FDP und Grünen grundsätzlich außen vor. So war es etwa bei der Einsetzung eines Antisemitismusbeauftragten oder einer Resolution zum Élysée-Vertrag. Allerdings wichen einige Bundesländer von dieser Praxis ab. So gab es im Frühjahr 2018 sowohl in Berlin als auch in Thüringen gemeinsame Anträge von CDU, SPD, Linken, Grünen und FDP gegen Antisemitismus.

Klare Kante Die übrigen Bundestagsfraktionen kennen formale Abgrenzungsbeschlüsse wie den der Union nicht. Einig-

keit herrscht jedoch im Umgang mit der AfD. „Mit ihr gibt es keinerlei Zusammenarbeit“, stellt etwa die Parlamentarische Geschäftsführerin (PGF) der Grünen-Fraktion, Britta Haßelmann, klar. „Wer rechts-extreme, völkische und rassistische Politik macht, dem stellen wir uns entschieden entgegen“, erklärte sie. Auch der PGF der FDP, Marco Buschmann, schließt jedwede Kooperation mit der AfD, einer „völkischen, autoritären Partei“, kategorisch aus. Diese verfolge eine „Strategie der Selbstverharmlosung“, man dürfe nicht zulassen, dass sie „mit ihrer destruktiven Taktik der Delegitimation durchkommt“. Anträge der AfD lehnen alle Fraktionen grundsätzlich ab, auch den Posten des Bundestagsvizepräsidenten hat die Partei – anders als Die Linke – bis heute nicht besetzen können. Wiederholt scheitert ist sie auch mit ihren Wahlvorschlägen zur Besetzung verschiedener Gremien wie der „Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas“. Gemeinsame Initiativen von Grünen, Linken und FDP gibt es indes schon. So ebneten die drei Fraktionen dem Maut-Untersuchungsausschuss den Weg und reichten zusammen Verfassungsklage gegen die von Union und SPD beschlossene Erhöhung der staatlichen Parteienfinanzierung ein.

„Eine Gleichsetzung der Linkspartei und der AfD verbietet sich“, erklärt Britta Haßelmann dazu. Die FDP arbeitet laut Marco Buschmann ebenfalls „sachbezogen mit Grünen und Linken zusammen“. Allerdings, stellt er klar, würden die „punktuellen und in der Sache völlig angemessenen Kooperationen niemals zu Koalitionen mit der Linken führen können“. Die FDP stehe für Freiheit und Weltoffenheit, die Linke für Sozialismus.

Kommunale Annäherung Bislang will die Union offenbar an ihrer Abgrenzung gegenüber Linken und AfD festhalten. Gerade in den ostdeutschen Kommunen arbeiten CDU und Linke hin und wieder aber doch zusammen – eine Konsequenz auch aus dem Erstarken der AfD. So stellt die Linkspartei im Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf seit 2006 mit einer Unterbrechung die Bürgermeisterin. Gewählt wurde Dagmar Pohle wiederholt auch mit den Stimmen der CDU.

Johanna Metz



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Keine klare Spur

AMRI-AUSSCHUSS Geheimdienstler berichtet, wie Ermittlungen in der Sackgasse endeten



Auf diesem Busbahnhof in Friedrichshafen wurde der spätere Attentäter Anis Amri an der Weiterreise in die Schweiz gehindert.

Es sei ihm ein Anliegen, gab der Zeuge zu verstehen. Auch mit Blick auf die Familien der Opfer. Für die müsse es „schrecklich“ sein, über Jahre hinweg durch die Medien immer wieder mit „vermeintlichen“ Erkenntnissen konfrontiert zu werden. Umso wichtiger, die Dinge einmal „im Zusammenhang“ darzustellen. Dass er in den drei Jahrzehnten seines Berufslebens noch nie mit einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu tun hatte, ließ der Zeuge die Abgeordneten ebenfalls wissen. Eine Premiere war der abendliche Auftritt des Geheimdienstlers auch für die Abgeordneten. Seit knapp zwei Jahren befassen sie sich mit der Frage, wie es geschehen konnte, dass der Terroranschlag im Dezember 2016 auf dem Berliner Breitscheidplatz nicht verhindert wurde. Doch noch nie hatten sie Gelegenheit, einen Vertreter des Bundesnachrichtendienstes (BND) im Beisein der Öffentlichkeit zu hören.

Reges Interesse Dabei hat es nach dem Anschlag kaum etwas gegeben, was die Phantasie des Publikums so beschäftigte, wie die Rolle der Geheimdienste. Was wussten sie über den Attentäter Anis Amri? Womöglich mehr, als sie zugeben mochten? Was hatten ihnen ihre V-Leute gesteckt? Lief Amri vielleicht selber als Informant an der Leine irgendeines Dienstes? War das der Grund, weshalb er sich anderthalb Jahre lang in Deutschland, wie unter einer Käseglocke, hatte bewegen können? Der damalige Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen hatte erklärt, Amri sei ein „reiner Polizeifall“ gewesen. Für den Leitenden Regierungsdirektor C.H. war es, wie er betonte, angesichts all dessen auch „im eigenen Interesse“, den Sachverhalt einmal „im Rahmen einer öffentlichen Anhörung“ schildern zu können. Viel beizutragen hatte er dann freilich nicht. Wie denn auch? Der BND betreibt Auslandsaufklärung. Amri war seit seiner ille-

galen Einreise im Juli 2015 ein inländisches Phänomen.

Digitales Dossier Zwar führte der BND, wie auch das Bundesamt für Verfassungsschutz, seit Anfang 2016 ein digitales Dossier über Amri. „Federführend“ sei indes die Polizei gewesen, betonte der Zeuge, der damit dieselbe Formulierung benutzte wie vor ihm Vertreter des Verfassungsschutzes. Ob man von einem „reinen Polizeifall“ sprechen könne? Nun ja, es seien bei der Behandlung Amris auch „nachrichtendienstliche Mittel“ eingesetzt worden. Die Verantwortung habe aber schon „sehr weit auf dem Feld der Polizei“ gelegen. Der heute 56-jährige Zeuge leitete beim BND ein Referat, das für die Abwehr terroristischer Bedrohungen aus dem internationalen Umfeld zuständig ist und 2016 nach seinen Worten „eine niedrige dreistellige Zahl von Terrorverdächtigen mit Auslandsbezug“ zu bearbeiten hatte. Vor diesem Hintergrund sei Amri „atypisch“ gewesen, weil die Erkenntnisse über ihn samt und sonders im Inland „generiert“ worden seien. So wurde der BND erstmals Anfang Februar 2016 durch einen Hinweis des Bundeskriminalamts auf Amri aufmerksam. Bei dessen Beobachtung waren zwei libysche Mobilfunknummern abgescannt worden, die der BND ins eigene System einspeiste, ohne jemals einen Treffer zu erzielen. Die Ermittlungen hätten in eine Sackgasse geführt.

Detaillierte Hinweise Nicht viel anders war es, als im September und Oktober 2016 der marokkanische Geheimdienst vor Amris radikalislamischen Neigungen warnte. Zwar seien die Hinweise „umfangreich und detailliert“ gewesen: Amri trage sich mit Attentatsplänen, unterhalte Kontakte zum sogenannten Islamischen Staat und wolle vielleicht in den Heiligen Krieg ziehen. Sie wären wohl auch „anders wahrgenommen“ worden, meinte der Zeuge, wenn sie den deutschen Behörden neu ge-

wesen wären. Indes habe die Polizei dies alles schon gewusst. Schließlich erhielt Anfang November der Verfassungsschutz den Auftrag, den Hinweisen nachzugehen. Eine aktivere Rolle habe der BND erst nach dem Attentat gespielt. Ausländische Partnerdienste seien um Hilfe bei den Ermittlungen gebeten und mit bis dahin angelegenen Erkenntnissen deutscher Behörden versorgt worden. Zum Ertrag dieser Aktion zählten vier Videos, die dem BND Anfang 2017 von einem ungenannten ausländischen Nachrichtendienst zugespielt wurden und im vergangenen Oktober im Ausschuss Furore machten, weil dieser erst damals von ihrer Existenz erfuhr. Auf einem der Bildschirme soll Amri zu sehen sein, der mit einer Waffe herumfuchtelt und eine Kopf-ab-Geste vollführt. Ein anderes zeigt einen Kamerashwenk über den späteren Tatort, den Weihnachtsmarkt. Entstanden seien die Videos wahrscheinlich zwischen den letzten November- und ersten Dezembertagen 2016, meinte der Zeuge, nach dessen Eindruck sei Anfang 2017 indes „keine Anhaltspunkte zur Neubewertung“ bereits gewonnener Erkennt-

> STICHWORT

Amri in Nordrhein-Westfalen

- > **13. August 2015** Amri wird unter dem Namen Mohammed Hassa dem Kreis Kleve zugewiesen.
- > **30. Mai 2016** Amris Asylantrag wird abgelehnt.
- > **16. August 2016** Der Kreis Kleve spricht eine Duldung für Amri aus.
- > **25. Oktober 2016** Tunesien lehnt eine Rückübernahme Amris ab.

nisse mehr boten. Er habe sie daher „nachrangig priorisiert“. Seit wann kannte der ausländische Nachrichtendienst die Videos? Mit Sicherheit nicht vor dem Attentat, betonte der Zeuge: „Grundsätzlich zu unterstellen, dass Leute, die uns Informationen geben, etwas bewusst zurückgehalten hätten, halte ich für sehr absurd.“

Ahnungslos in Kleve Wie ahnungslos das für Amri zuständige Ausländeramt des Kreises Kleve über dessen Person und Charakter war, hatte der Ausschuss zuvor von Kreisoberinspektor Josef Kanders erfahren. Bis zum Ende des Jahres 2016 sei er sich weder über Amris Identität zweifelsfrei im Klaren gewesen, noch habe er gewusst, dass Sicherheitsbehörden den Mann formell als islamistischen Gefährder eingestuft hatten, sagte der Zeuge, der seit Oktober 2015 in seiner Behörde den Fall persönlich betreut hatte. Unbekannt sei ihm auch gewesen, dass Amri vier Jahre in einem italienischen Gefängnis verbracht hatte. Er habe sich nur „zusammeneimen“ können, dass der Mann als gefährlich galt, weil er öfter Anrufe aus Polizeidienststellen erhalten habe, die sich nach Amri erkundigten. Seine Bemühungen, Passersatzpapiere für Amri zu beschaffen, seien lange dadurch behindert worden, dass er nichts von der Existenz eines Handflächenabdrucks gewusst habe, den die tunesischen Behörden als Beweismittel verlangten. Als Amri im Sommer 2016 bei dem Versuch, Deutschland zu verlassen, in Polizeigewahrsam kam, habe er dafür gesorgt, dass ihm ein solcher Abdruck abgenommen wurde. Über die Umstände des gescheiterten Ausreiseversuchs hörte der Ausschuss den damals diensthabenden Hauptkommissar der Bundespolizei, Thomas Meier. Amri sei auf dem Busbahnhof von Friedrichshafen die Weiterreise in die Schweiz verweigert worden, weil er keine gültigen Dokumente hatte, sagte der Zeuge. *Winfried Dolderer*

»Wir brauchen einen modernen, liberalen Islam«

INNERES AfD-Antrag zur Islamismus-Bekämpfung stößt im Bundestag auf breite Kritik

Ein AfD-Antrag für ein „verstärktes und effektiveres Vorgehen gegen die Ausbreitung des Islamismus in Deutschland“ ist vergangene Woche im Bundestag auf klare Ablehnung der restlichen Fraktionen gestoßen. Sowohl aus den Reihen der Koalition als auch der anderen Oppositionsfraktionen wurde der AfD vorgeworfen, mit ihrer Vorlage (19/17126), über die der Bundestag erstmals debattierte, Ängste schüren zu wollen. Martin Hess (AfD) hielt dagegen der Bundesregierung vor, sie sei „nicht willens, unsere Bürger vor islamistischen Terroristen effektiv zu schützen“, obwohl der

islamistische Terrorismus die „größte Gefahr für die Sicherheit“ der Bürger sei. So lasse sie zu, dass sich die Muslimbruderschaft immer weiter in Deutschland ausbreite, fügte Hess hinzu und forderte, aufgrund der „Staatsfeindlichkeit von Muslimbrüdern und ihren Organisationen“ diese sofort zu verbieten. Christoph de Vries (CDU) entgegnete, die Koalition sei bei der Bekämpfung des Islamismus „hellwach“. Dies zeigten der Stelenaufwuchs bei den Sicherheitsbehörden und das Verbot neun islamistischer Organisationen in den vergangenen zehn Jahren. Die AfD mache jedoch alle Muslime zu Islamisten, obwohl deren große Mehrheit hier „in Frieden und Freundschaft“ lebe. Notwendig sei, den liberalen Muslimen mehr den Rücken zu stärken. Man brauche einen „modernen, liberalen Islam, der sich Deutschland zugehörig fühlt“.

Konstantin Kuhle (FDP) nannte als wichtigste Verbündete im Kampf gegen gewaltbereiten Islamismus moderate Muslime. Weltweit seien die meisten Opfer von Islamismus Muslime. Deshalb „brauchen wir für die Bekämpfung des Islamismus die Kooperation mit islamischen Verbänden, brauchen wir ein Aufeinander-Zugehen, brauchen wir Prävention“, sagte er. Davon sei im AfD-Antrag nichts zu lesen, weshalb dieser völlig an der Sache vorbei gehe. Uli Grötsch (SPD) bekräftigte, die Koalition bekämpfe jede Form von Extremismus gleichermaßen. Auch wenn der Rechtsextremismus mit mehr als 24.000 Extremisten das höchste Personenpotenzial habe, hätten die Sicherheitsbehörden ebenso die Islamisten „natürlich auf dem Radar“. Ulla Jelpke (Linke) sah in der „angeblich drohenden Islamisierung Deutschlands“ die „Lieblings-Wahnvorstellung der AfD“

und mahnte, Islamfeindlichkeit ebenso wie Antisemitismus und andere Rassismustendenzen zu bekämpfen. Die Muslimbruderschaft wertete sie als „äußerst unsympathische Vereinigung“, die „in ihrer Ablehnung der pluralen Demokratie, ihrem patriarchalen Familienbild und ihren reaktionären Moralvorstellungen“ dem durchschnittlichen AfD-Mitglied näher stehe als der Mitte der Gesellschaft. Solange ihre Anhänger sich in Deutschland jedoch an die hiesigen Gesetze hielten, gelte auch für sie die Religionsfreiheit. Irene Mihalic (Grüne), die Islamismus und Rechtsextremismus zu den größten Sicherheitsbedrohungen zählte, warf der AfD vor, sie versuche in dem Antrag „ihren Ausländerhass mit scheinbarer Religionskritik“ zu überdecken und fordere Dinge, die teils schon Realität seien, wie die Beobachtung der Muslimbrüder. *Helmut Stoltenberg*

Viel erreicht, viel zu tun

MIGRATION Bundestag debattiert über Integrationsbericht

Fast jeder vierte Mensch in Deutschland hat einen Migrationshintergrund. Das heißt, dass von den insgesamt 81,7 Millionen Einwohnern 19,3 Millionen (23,6 Prozent) selbst oder mindestens ein Elternteil von ihnen die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt besitzen. Von diesen 19,3 Millionen sind 6,1 Millionen hier geboren, also ohne eigene Migrationserfahrung. 9,8 Millionen hatten im Jahr 2017 die deutsche Staatsangehörigkeit und 9,4 Millionen eine ausländische. Das geht aus dem „12. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration“ (19/15740) hervor, dessen Titel ebenso nach einem ermutigenden Fazit klingt wie nach einer Aufgabenbeschreibung: „Deutschland kann Integration: Potenziale fördern, Integration fördern, Zusammenhalt stärken“, heißt es da, und dieser Zweiklang bestimmte vergangene Woche auch die Bundestagsdebatte zu dem Bericht über weite Strecken, nach dem Motto „Viel erreicht, noch viel zu tun“.

»Integration gelingt, millionenfach, aber nicht ohne Anstrengung.«

A. Widmann-Mauz (CDU), Integrationsbeauftragte

„Integration gelingt, millionenfach, Tag für Tag, oft geräuschlos, aber sicherlich nicht ohne Anstrengung“, bilanzierte die Regierungsbeauftragte Annette Widmann-Mauz (CDU). So viele Menschen wie noch nie zuvor seien heute in Arbeit, wobei der Anstieg zum größten Teil auf Ausländer zurückgehe, sagte sie und konstatierte, Deutschland habe „bei der Aufnahme von Geflüchteten Großartiges geleistet“. Indes: Noch immer seien Menschen mit Einwanderungsgeschichte häufiger durch Armut gefährdet und seltener erwerbstätig, vor allem Frauen, die auch seltener an Sprachkursen teilnahmen, beklagte Widmann-Mauz, die daher in der Förderung von Frauen einen Schwerpunkt ihrer Arbeit sieht. Auch brauche man für Kinder bundesweit und verpflichtend „Sprachstandtests und anschließende Sprachförderung, wenn erforderlich, schon vor der Einschulung“. Und auch die EU-Bürger, die seit Jahren die größte Einwanderungsgruppe stellten, bräuchten Deutsch- und Integrationskurse. Zugleich mahnte die Integrationsbeauftragte, die „Kriminalität von und gegenüber Einwanderern“ zu bekämpfen. „Wer hier lebt, muss sich an unsere Werte halten – das gilt für alle, ohne Ausnahme“,

betonte sie. Genauso müssten deshalb Rassismus, Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit bekämpft werden. Gottfried Curio (AfD) kritisierte, bei Spracherwerb und Ausbildung habe die Integration versagt. Mehr als 40 Prozent der Frauen hätten keinen berufsqualifizierenden oder Schulabschluss, mehr als 60 Prozent der jungen Männer begämen keine Ausbildung. Nur die „Integration in die sozialen Sicherungssysteme“ scheine „bestens zu klappen“. Dagegen betonte Karamba Diaby (SPD), dass „jeder zweite Geflüchtete spätestens fünf Jahre nach seiner Ankunft in Deutschland einen Arbeitsplatz“ habe. Das Armutsrisiko sei jedoch bei Menschen mit Migrationshintergrund mehr als doppelt so hoch wie bei Menschen ohne Migrationshintergrund. Ein Grund dafür seien „der erschwerte Zugang zum Arbeitsmarkt und die fortlaufende Diskriminierung“.

Konstantin Kuhle (FDP) hob hervor, dass viele Menschen mit Migrationshintergrund „ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen“ und als Selbstständige oder Arbeitnehmer tätig seien. Man müsse sich aber auch im Klaren darüber sein, „dass seit 2015 eine Riesengruppe nach Deutschland eingewandert ist, bei der wir den Großteil der Integration noch vor uns haben“.

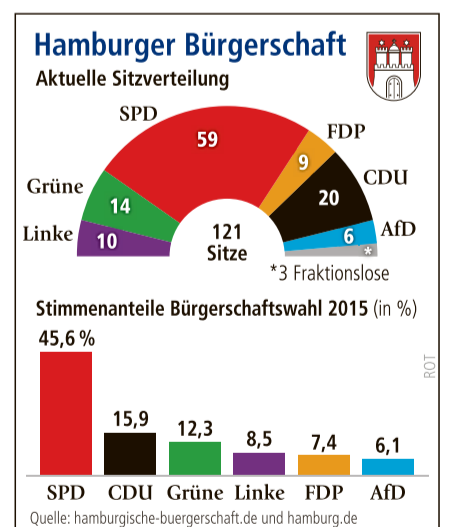
Gökay Akbulut (Linke) forderte einen „Aktionsplan gegen Rassismus“. Für viele Menschen mit Migrationshintergrund sei auf der Suche nach Wohnungen sowie Arbeits- und Ausbildungsplätzen „Diskriminierung bittere Realität“, sagte sie und fügte hinzu: „So geht Integration nicht.“ Filiz Polat (Grüne) warf dem Bundesinnenministerium vor, eine „systematische Integrationsverhinderungspolitik“ zu betreiben. So würden Menschen in den sogenannten Anker-Zentren „bis zu zwei Jahre isoliert“, Kinder dürften dort keine Regelschule besuchen, es gebe lange Wartezeiten bei Integrationskursen und für Tausende Flüchtlinge Arbeitsverbote. Dass die Entwicklungen dennoch positiv seien, verdanke man den Eingewanderten sowie den „Engagierten in der Wohlfahrt und in Flüchtlingsinitiativen und den engagierten Unternehmen“, aber nicht der Bundesregierung. *sto*

Stimmungstest im Norden

HAMBURG Spannende Bürgerschaftswahl am Sonntag

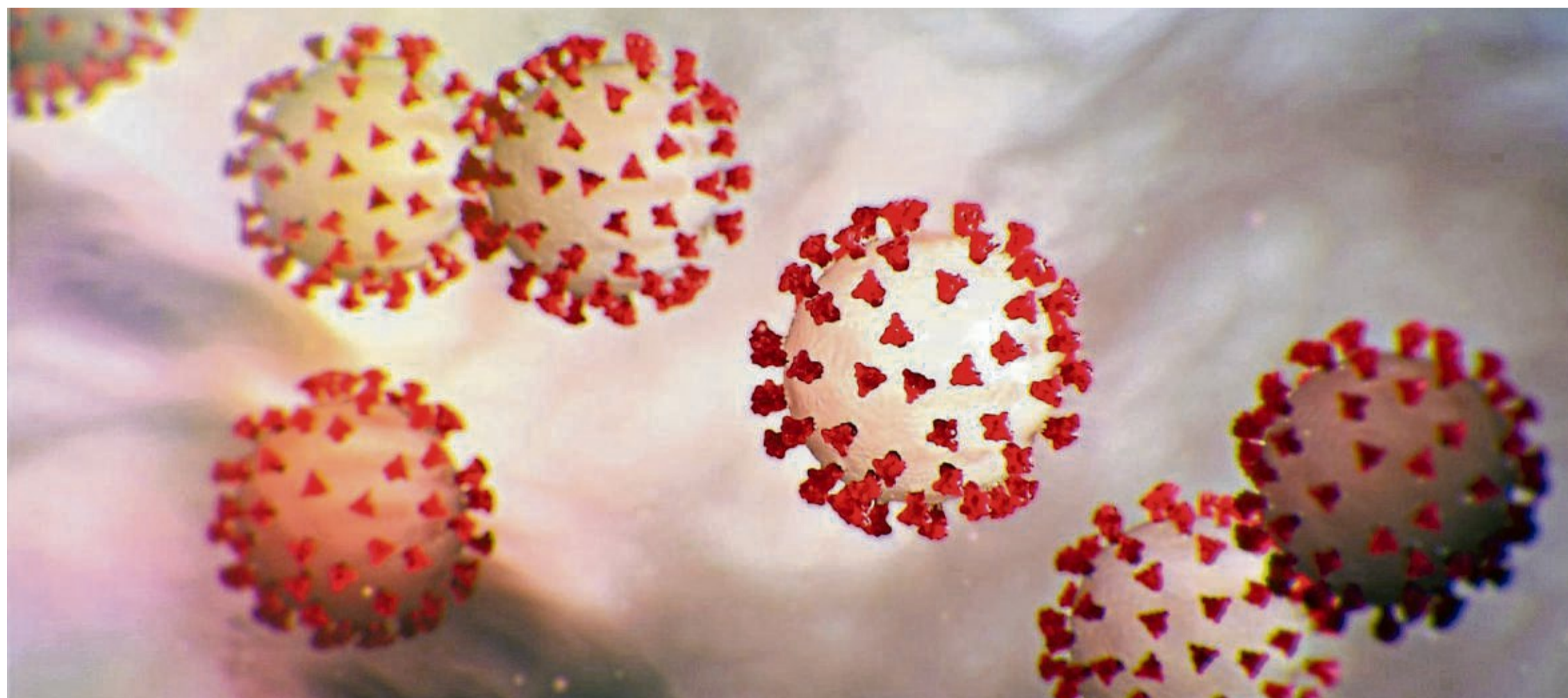
Die Bürgerschaftswahl in Hamburg am kommenden Sonntag ist die einzige Wahl eines Landesparlaments, die in diesem Jahr turnusgemäß ansteht – auch wenn in Thüringen nach dem Eklat um die Ministerpräsidentenwahl (siehe Seite 3) möglicherweise noch 2020 ebenfalls ein neuer Landtag gewählt werden könnte. Zugleich ist der Hamburger Umengang der erste Stimmungstest nach den Erfurter Ereignissen mit ihren auch bundespolitischen Erschütterungen: Umso gespannter richten sich die Blicke am 23. Februar auf den Stadtstaat, der derzeit von der aktuell einzigen rot-grünen Landesregierung in Deutschland geführt wird. Es ist zugleich die erste Landtagswahl seit dem Antritt der neuen SPD-Vorsitzenden Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans im vergangenen Dezember.

senatorin Katharina Fegebank als Bürgermeisterkandidat kämpft. Spitzenkandidat der CDU ist der Bundestagsabgeordnete Marcus Weinberg. Bei den Freien Demokraten ist die Vorsitzende der FDP-Bürgerschaftsfraktion, Anna von Treuenfels-Prowein, Spitzenkandidatin, für Die Linke deren Fraktionsvorsitzende in der Bürgerschaft, Cansu Özdemir. Für die AfD tritt deren Hamburger Landeschef Dirk Nockemann als Spitzenkandidat an. Nach den jüngsten Meinungserhebungen können die Sozialdemokraten hoffen, trotz erneuter Stimmenverluste klar als stärkste Kraft bestätigt zu werden. Umfragen von Infratest dimap für die ARD und der Forschungsgruppe Wahlen für das ZDF



aus der vergangenen Woche sehen die SPD in der Sonntagsfrage bei 38 beziehungsweise 37 Prozent und die Grünen bei 23 beziehungsweise 25 Prozent. Die CDU käme danach auf 14 beziehungsweise 13 Prozent, Die Linke auf jeweils acht Prozent und die AfD auf sechs beziehungsweise sieben Prozent. Knapp fünftes es danach für die FDP werden mit fünf beziehungsweise 4,5 Prozent. Insgesamt sind am Sonntag mehr als 1,3 Millionen Hamburger ab 16 Jahren wahlberechtigt. Jeder Wähler hat fünf Stimmen für die Landesliste und fünf Stimmen für die Wahlkreisliste. Die Stimmen können auf verschiedene Listen und Kandidaten verteilt oder auch nur einem Wahlvorschlag gegeben werden. Briefwahl ist bereits seit Mitte Januar möglich. *sto*





Unter dem Mikroskop sieht das Coronavirus aus, als hätte es einen Kranz von Krönchen auf der Oberfläche, daher der Name. Der Keim kann schwere Lungenkrankheiten auslösen.

© picture-alliance/ZUMAPRESS.com

Keim mit Krönchen

GESUNDHEIT Ausbreitung des neuen Coronavirus in Deutschland bisher erfolgreich verhindert

Die Optimisten hatten auf eine rasche Entwarnung gehofft. Dafür ist es viel zu früh, denn die Zahl der mit dem neuen Coronavirus Sars-CoV-2 infizierten Patienten in China steigt weiter stark an. Am vergangenen Freitag bestätigten die Behörden rund 64.000 Erkrankungen und mindestens 1.400 Todesfälle. Die sprunghafte Zunahme der Infektionszahlen hängt auch mit einer neuen Zahlweise zusammen. Es werden nun alle Fälle mit Symptomen für die Lungenkrankheit Covid-19 mitgerechnet, auch ohne Laborbefund. Ohnehin haben Experten immer darauf hingewiesen, dass die Dunkelziffer viel höher liegt, als die offiziell bestätigten Fälle. Das Virus ist mittlerweile in zahlreichen Ländern aufgetreten, in Deutschland waren es zuletzt 16 bestätigte Fälle.

»Wir sind wachsam, wir sind aufmerksam, wir sind gut vorbereitet.«

Jens Spahn (CDU) Gesundheitsminister

Ähnlichkeiten Der Keim ähnelt dem SARS-Virus (Severe Acute Respiratory Syndrome), das 2002/2003, auch von China ausgehend, viele Menschenleben gekostet hat. Bei der SARS-Epidemie war der Anteil der tödlichen Krankheitsverläufe allerdings deutlich höher. Das neue Coronavirus wird von Tier zu Mensch übertragen und von Mensch zu Mensch. Es soll sich im Dezember 2019 auf einem Geflügel- und Fischmarkt in Wuhan verbreitet haben, auf dem auch lebende Wildtiere gehandelt werden. Was die ersten Übertragungen verursacht hat, ist noch nicht ge-

klärt. Als Reservoir für das SARS-Virus galten Fledermäuse, es wurden damals aber auch Viren bei Schleichtkatzen und Hauskatzen nachgewiesen.

Engpass befürchtet Die EU-Gesundheitsminister verständigten sich auf ein konzentriertes Vorgehen und nehmen dabei auch in den Blick, dass die Virus-Krise die Aufklärung der Öffentlichkeit und Fachöffentlichkeit, um Spekulationen und Unsicherheit in der Bevölkerung zu verhindern. Zurückweisungen und Diskriminierungen im Zusammenhang mit der Epidemie seien inakzeptabel. Nach Ansicht Spahns könnten solche Epidemien künftig häufiger auftreten. Wichtig sei daher die internationale Abstimmung.

WHO Auch Heike Baehrens (SPD) verwies auf die Notwendigkeit, sich in der Gesundheitspolitik global abzustimmen. Im Fall des neuen Coronavirus habe das Krisenmanagement zwischen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und nationalen Behörden und Forschungseinrichtungen funktioniert. Die WHO habe richtig gehandelt und den internationalen Gesundheitsnotstand ausgerufen. Die Rolle der WHO sei gar nicht hoch genug einzuschätzen, es sei die einzige normgebende Instanz im Gesundheitsbereich. Die WHO müsse daher auch finanziell gestärkt werden. Es gebe eine realistische Chance, den Ausbruch zu stoppen, wenn weiter konzentriert vorgegangen werde. Die SPD-Politikerin erinnerte zugleich an Länder mit schwachem Gesundheitssystem, die es zu schützen gelte. So stürben im Kongo mehr Kinder an Malaria als an Ebola.

Andrew Ullmann (FDP) ging auf die verbreitete Angst in der Bevölkerung ein, die in vielen Fällen durch Nichtwissen und fehlende Daten verursacht sei. Es müsse noch mehr getan werden für die Aufklärung. Zudem mangle es an Kompetenz in

Pandemie entwickle. Es könnte zunächst noch schlechter werden, bevor es besser werde, sagte er und sprach von einer „dynamischen Lage“. Wichtig sei jetzt die Aufklärung der Öffentlichkeit und Fachöffentlichkeit, um Spekulationen und Unsicherheit in der Bevölkerung zu verhindern. Zurückweisungen und Diskriminierungen im Zusammenhang mit der Epidemie seien inakzeptabel. Nach Ansicht Spahns könnten solche Epidemien künftig häufiger auftreten. Wichtig sei daher die internationale Abstimmung.

WHO Auch Heike Baehrens (SPD) verwies auf die Notwendigkeit, sich in der Gesundheitspolitik global abzustimmen. Im Fall des neuen Coronavirus habe das Krisenmanagement zwischen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und nationalen Behörden und Forschungseinrichtungen funktioniert. Die WHO habe richtig gehandelt und den internationalen Gesundheitsnotstand ausgerufen. Die Rolle der WHO sei gar nicht hoch genug einzuschätzen, es sei die einzige normgebende Instanz im Gesundheitsbereich. Die WHO müsse daher auch finanziell gestärkt werden. Es gebe eine realistische Chance, den Ausbruch zu stoppen, wenn weiter konzentriert vorgegangen werde. Die SPD-Politikerin erinnerte zugleich an Länder mit schwachem Gesundheitssystem, die es zu schützen gelte. So stürben im Kongo mehr Kinder an Malaria als an Ebola.

der Infektionsmedizin. So seien flächendeckend mehr Fachärzte nötig und eine Strukturreform der Krankenhäuser. Ullmann fügte hinzu, Gesundheit sei auch ein Wirtschaftsfaktor. Es bestehe die Sorge, dass Lieferketten aus China zusammenbrechen. „Wenn China hustet, liegt die Weltwirtschaft im Krankenhaus.“ Ungewohntes Lob für die Regierung kam von der Linken. Harald Weinberg (Linke) würdigte die Aufklärungsarbeit der Bundesregierung und Behörden. Es sei wohlwollend, dass sich der Gesundheitsminister und das RKI gegen Panikmache stark gemacht hätten. Noch handle es sich auch um ein überschaubares Problem. Jedoch

sei das Gesundheitssystem in der Vergangenheit zu stark auf Ökonomie getrimmt worden. Es gehöre zu den Aufgaben eines guten Gesundheitssystems, auf Pandemien vorbereitet zu sein, dies sei mit den Fallpauschalen in Kliniken aber kaum möglich. Auch der öffentliche Gesundheitsdienst sei ausgedünnt worden. Nun müsse über einen nationalen öffentlichen Gesundheitsdienst nachgedacht werden.

Gefährliche Abhängigkeit Detlev Spangenberg (AfD) ging auf Lieferengpässe bei Arzneimitteln ein. Die zunehmend schwache Wirkstoffversorgung könne sich noch dramatisch verschlechtern. Die Lieferprobleme hätten auch mit der Auslagerung der Arzneimittelproduktion nach China und Indien zu tun. Damit gerieten Deutschland und Europa in eine gefährliche Abhängigkeit. Gerade während einer solchen Epidemie seien Lieferengpässe bei Medikamenten „kreuzgefährlich“. Deutschland müsse in der Pharmaproduktion wieder mehr Bedeutung erlangen.

Nach Ansicht von Kordula Schulz-Asche (Grüne) hat sich das System zum Infektionsschutz weitgehend bewährt. Gleichwohl müsse über eine international bessere Zusammenarbeit beraten werden sowie über die Finanzierung. Es sei in der jetzigen Lage weltweite Solidarität nötig, auch mit Ländern ohne gutes Gesundheitssystem. Den Behörden in China warf sie vor, nicht ausreichend Informationen zu liefern und auch nicht ausreichend mit anderen Institutionen zu kooperieren. Informationen seien wichtig, weil die Menschen verunsichert seien und sich Falschmeldungen, Rassismus und Verschwörungstheorien schnell verbreiteten. *Claus Peter Kosfeld*

STICHWORT

Fakten zum neuen Coronavirus

- > **Typus** Coronaviren wurden erstmals in den 1960er Jahren identifiziert. Sie können gefährliche Lungenerkrankungen wie das Middle East Respiratory Syndrome (MERS) oder das Severe Acute Respiratory Syndrome (SARS) auslösen.
- > **Übertragung** Das neue Coronavirus Sars-CoV-2 wird von Tier zu Mensch und von Mensch zu Mensch übertragen. Eine Infektion über unbelebte Oberflächen (Geld, Gepäck) ist unwahrscheinlich.
- > **Mutation** Viren können mutieren, ändern damit aber nicht automatisch ihre Eigenschaften.

Quelle: RKI

Anzeige

Mitsprache im Unternehmen

ARBEIT Die Institution Betriebsrat wird 100 Jahre alt. Die Linke fordert härtere Strafen für unkooperative Arbeitgeber

1920 ist die betriebliche Mitbestimmung der Beschäftigten erstmals gesetzlich abgesichert worden. 2020 schreibt die Fraktion Die Linke in einem Antrag (19/17104): „Wer sich für Demokratie im Betrieb einsetzt, lebt gefährlich.“ Laut eigener Aussage will die Fraktion mit diesem Antrag, Betriebsräte vor mitbestimmungsfeindlichen Arbeitgebern schützen. Über die Vorlage diskutierte der Bundestag in der vergangenen Woche und überwies sie anschließend zur Beratung an die Ausschüsse. In dem Antrag kritisiert Die Linke, dass Arbeitgeber zunehmend versuchen würden, Betriebsratswahlen zu verhindern und deren Initiatoren einzuschüchtern. Anwaltskanzleien spezialisierten sich auf das systematische Bekämpfen von Gewerkschaften und würden Arbeitgeber beraten, wie sie unerwünschte Beschäftigte psychisch unter Druck setzen könnten. „Betroffene brauchen neben praktischer Solidarität vor allem gesetzlichen Schutz“, schreiben die Linken. Sie verlangen von der Bundesregierung deshalb, Schwerpunktanwaltschaften zur Verfolgung der Vergehen nach den Vorschriften des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVG) einzurichten. Außerdem sollen im BetrVG Ordnungswidrigkeiten ausgeweitet und Geldbußen erhöht werden, fordert die Fraktion.

Jutta Krellmann (Die Linke) sagte in der Debatte, es gebe nichts Demokratischeres im Betrieb als Betriebsräte, denn diese würden alle vier Jahre gewählt. In Betrieben mit Betriebsräten seien die Gehälter höher, die Urlaubszeiten länger und die Arbeitszeiten kürzer, deswegen würden einige Arbeitgeber mit Kampfansagen versuchen,

STICHWORT

Betriebliche Mitbestimmung

- > **Vor 100 Jahren** wurden die Rechte und Pflichten eines Betriebsrates im Betriebsratsgesetz der Weimarer Republik erstmals gesetzlich fixiert.
- > **In Betrieben** ab fünf Mitarbeitern kann ein Betriebsrat gewählt werden. Dessen Größe hängt von der Anzahl der Mitarbeiter ab.
- > **Weniger als die Hälfte** der Beschäftigten in Deutschland werden durch Betriebsräte vertreten: Laut IAB-Betriebspanel galt dies 2018 für 42 Prozent der westdeutschen und 35 Prozent der ostdeutschen Beschäftigten.

Betriebsräte gezielt zu verhindern, sagte Krellmann. Dies werde viel zu selten sanktioniert, kritisierte sie. Uwe Schummer (CDU) kündigte im Hinblick auf digitalisierte Arbeitswelten an: „Das Betriebsverfassungsgesetz ist ein zentrales Instrument, das wir weiterentwickeln wollen.“ So könnten zum Beispiel Online-Wahlen für Betriebsräte eingeführt werden, um auch im Online-Bereich die Bildung von Betriebsräten zu erleichtern. „Denn wir haben kein Qualitätsproblem, sondern ein Quantitätsproblem“, sagte er. Auch Jürgen Pohl (AfD) forderte, das Betriebsverfassungsgesetz an die Herausforderungen der Digitalisierung anzupassen. „Das darf aber nicht dazu führen, dass wir das Gesetz verkomplizieren oder zu einem Straftatendekalog ausbauen, wie es Die Linke will“, sagte er. Es stimme auch nicht, dass es in Betrieben massenhaft zu einem Gewerkschafts-Bashing komme. Vielmehr handle es sich um Einzelfälle. Bernd Rützel (SPD) kritisierte den Linken-Antrag ebenfalls als zu zugespitzt, denn es stimme keineswegs, dass gefährlich lebe, wer sich in einem Betrieb für Demokratie einsetze. Dennoch gebe es Firmen, die gezielt die Bildung von Betriebsräten bekämpften. Rützel schlug vor, den Kündigungsschutz bereits für jene Beschäftigte

auszuweiten, die sich zur Wahl stellen. Außerdem sollten öffentliche Aufträge nur noch an tarifgebundene Firmen vergeben werden. Carl-Julius Cronenberg (FDP) hob hervor, dass Betriebsräte einen hohen gesetzlichen Schutz genießen. Der pauschale Vorwurf, Arbeitgeber wollten gewerkschaftsfreie Zonen, stimme nicht. Natürlich müssten Betriebsräte geschützt werden, genauso müsste aber auch die Tariffreiheit vor zu starken staatlichen Eingriffen geschützt werden, sagte er. Beate Müller-Gemmeke (Bündnis 90/Die Grünen) würdigte die betriebliche Mitbestimmung als „gelebte Partizipation und Demokratie“. Heute gebe es jedoch zu viele Beschäftigte in Deutschland, die nicht von Betriebsräten repräsentiert werden. „Es besteht Handlungsbedarf, denn dieser Trend muss gestoppt werden. Wenn Arbeitgeber Betriebsräte verhindern wollen, müssen wir Beschäftigte besser schützen“, forderte die Grüne. *Claudia Heine*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem **E-Paper**

Erweitertes Adoptionsrecht

RECHT Die Stiefkindadoption in nichtehelichen Familien ermöglicht ein Gesetzentwurf der Koalition (19/15618), den der Bundestag vergangene Woche gegen die Stimmen der FDP und bei Enthaltung der Linken verabschiedet hat. Er setzt eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts um, wonach der Ausschluss der Stiefkindadoption in nichtehelichen Familien verfassungswidrig sei, weil damit Stiefkinder in diesen Familien gegenüber Stiefkindern in ehelichen Familien benachteiligt würden. Der Gesetzgeber wurde verpflichtet, bis zum 31. März 2020 eine Neuregelung zu schaffen. Nach dieser Regelung werden die Vorschriften über die Stiefkindadoption in ehelichen Familien auf Personen in einer verfestigten Lebensgemeinschaft in einem gemeinsamen Haushalt entsprechend angewendet. Eine solche liegt nach mindestens vierjährigem Zusammenleben oder bei Zusammenleben mit einem gemeinsamen Kind vor. Abgelehnt wurden Anträge der Linksfraktion und der FDP sowie ein Gesetzentwurf der Grünen. Die Linke wollte die nachgeburtlichen Stiefkindadoptionsverfahren für Wunschkinder in queeren Partnerschaften abschaffen und im Abstammungsrecht eine Elternschaftsanerkennung für Kinder, die in die Partnerschaft hineingeboren werden, einführen. Die FDP wollte nichteheliche Lebensgemeinschaften und Ehe bei der Adoption eines Kindes im Grundgesetz gleichstellen. Ebenso sollte die Einzeladoption auch für einen Ehepartner zugelassen werden. Die Grünen wollten die sogenannte gesetzliche Fiktion, wonach der Ehemann der Mutter automatisch der zweite rechtliche Elternteil des Kindes ist, auf die Ehefrau der Mutter erweitern. *mwo*

Finanzausgleich wird angepasst

KRANKENKASSEN Mit breiter Mehrheit hat der Bundestag die Reform des Finanzausgleichs der Krankenkassen gebilligt. Nur die Fraktionen von AfD und Linke votierten gegen den in der parlamentarischen Beratung noch deutlich veränderten Gesetzentwurf (19/17155). Mit der Reform des morbiditätsorientierten Risikosturkturausgleichs (Morbi-RSA) soll der Finanzausgleich zwischen den Kassen zielgenauer und weniger anfällig für Manipulationen ausgestaltet werden. Durch eine Regionalkomponente sollen Über- und Unterdeckungen abgebaut und eine Marktkonzentration von Kassen verhindert werden. Künftig soll das gesamte Krankheitspektrum (bisher 50 bis 80 Krankheiten) im RSA berücksichtigt werden. Für sehr kostspielige Fälle wird ein Risikopool eingerichtet. Mit der Novelle sollen zudem Versuche von Kassen unterbunden werden, die Diagnosen der Ärzte mit Blick auf den Morbi-RSA zu beeinflussen. Wenn sich Diagnosekodierungen bei bestimmten Krankheiten auffällig erhöhen, sollen die Kassen dafür keine Zuweisungen mehr bekommen. Neu eingerichtet wird eine Transparenzstelle für Selektivverträge der Krankenkassen. Mit dem Gesetzentwurf verabschiedet wurden auch Regelungen, um Lieferengpässe von Arzneimitteln zu verhindern. In letzter Zeit kam es öfter vor, dass wichtige Medikamente in Apotheken nicht vorrätig waren. Nun wird bei der zuständigen Behörde ein Beirat eingerichtet, der die Versorgungslage mit Arzneimitteln kontinuierlich beobachtet und bewertet. *pk*

Jahrbuch Extremismus & Demokratie
31. Jahrgang 2019

Herausgegeben von Prof. Dr. Uwe Backes, Prof. Dr. Alexander Gallus, Prof. Dr. Eckhard Jesse und Prof. Dr. Tom Thieme

2019, 522 S., geb., 118,- €
ISBN 978-3-8487-6408-2
nomos-shop.de/43935

Das Jahrbuch fördert die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Problemkreis des politischen Extremismus in seinen verschiedenen Ausprägungen. Es versteht sich als Diskussionsforum, Nachschlagewerk und Orientierungshilfe zugleich. Der 31. Band dokumentiert, kommentiert und analysiert umfassend die Entwicklung im Berichtsjahr 2018.

Aktuelle Schwerpunkte bilden u. a. die Revolution von 1918/19 und die Weimarer Verfassung, ideologische Wandlungsprozesse im Linksextremismus, die deutsche Rechtsrockszene, Terrorismus und Salafismus als sicherheitspolitische Bedrohungen für Europa sowie eine kritische Auseinandersetzung mit den Grundlagen der Extremismusforschung. Neben Analysen, Daten und Dokumenten befindet sich darin ein umfassender Literaturteil mit Rezensionen der wichtigsten Publikationen zu Fragen von Extremismus und Demokratie in Geschichte und Gegenwart.

Nomos eLibrary www.nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Problem erkannt, Gesamtlösung gesucht: So in etwa lässt sich die Debatte zusammenfassen, die der Bundestag am Freitagmittag den Themen Digitalisierung und Ökologie widmete. Einig waren sich die meisten Redner darin, dass die Abstimmung – besser noch: gegenseitige Befruchtung – beider Bereiche und der Entwicklungen darin zu den großen politischen Herausforderungen zählt; und zwar in wirtschafts-, umwelt- und gesellschaftspolitischer Richtung gleichermaßen. Wie lassen sich digitale Erfindungen für die Ziele des Umweltschutzes nutzen? Und wie lassen sich digitale Prozesse so gestalten, dass sie eben nicht zum Selbstzweck verkommen und durch enormen Stromverbrauch glänzen? Schließlich: Gibt es dafür überhaupt die eine umfassende Antwort?

Die Grünen und die FDP jedenfalls, die mit ihren Anträgen (19/15804, 19/17097) die Diskussion ausgelöst hatten, konzentrierten sich eher auf konkrete Schritte. Ersterer fordern zwar eine Abstimmung der Digitalpolitik mit ökologischen Zielsetzungen, schlagen im Detail dann allerdings Kleinteiliges vor wie, dass die Rechenzentren von Bundeseinrichtungen weniger Strom verbrauchen sollen und Videokonferenzen häufig Dienstreisen ersetzen könnten. Die FDP-Fraktion wiederum untermauert ihre Forderung nach einer Ausweitung des Emissionshandels auf Gebäude und Verkehr und führt als Einzelmaßnahmen etwa an, dass bei allen neuen Bauwerken des Bundes ab 2022 alle für ein effizientes Recycling notwendigen Informationen digital per BIM (Building Information Modeling) vorgehalten werden. Der Antrag der Grünen wurde an den Wirtschaftsausschuss, der der FDP an den Umweltausschuss zur weiteren Beratung überwiesen. Der Grünen-Abgeordnete Dieter Janecek erklärte, die Digitalisierung könnte eine große Chance sein für eine ressourcenschonende Wirtschaft – doch bislang würden diese Möglichkeiten vergeben. Das grundsätzliche Problem sei, dass Digitalisierung kein Selbstzweck und nicht per se Fortschritt bedeute. Die Bundesregierung habe die ökologische Dimension der Digitalisierung jedoch ausgeblendet. Zum Antrag der FDP sagte Janecek, den Emissionszertifikatehandel auszuweiten, reiche nicht. Digitalisierung brauche einen Rahmen.

Die FDP-Fraktion konzentrierte sich zunächst auf den mangelhaften Glasfaserausbau in Deutschland. Auch bei Mobilfunkausbreitungen werde immer noch der Fehler gemacht, zu wenig auf Netzabdeckung zu setzen, sagte Marcel Klinge. Die FDP wolle Deutschland endlich auf internationales Spitzenniveau heben. Klinge sprach dabei von einem digitalen Wirtschaftswunder, das gebraucht werde – und von dem nicht nur Konzerne, sondern auch im ländlichen Raum behimatete Mittelständler profitieren könnten.

Vertreter der Regierungsfaktionen bekräftigten die Bedeutung des Themas, lehnten die Anträge jedoch als gestrig oder wenig zielführend ab. Axel Knoerig (CDU) sagte, das Thema Green IT habe man seit Langem im Blick. Er sei überzeugt, dass Digitalisierung und Nachhaltigkeit sich gegenseitig vorantreiben könnten. Die Grünen verlor sich in Klein-Klein. Knoerig verwies darauf, dass Wirtschaftsrecht zu 90 Prozent europäisch geregelt werde – man müsse also den angekündigten „Green Deal“ der EU abwarten. Zum Antrag der FDP erklärte der Abgeordnete, seine Fraktion setze eher auf Anreize und Entlastung für Bürger.

Falko Mohrs (SPD) sagte, es gehe um die Frage, wie Digitalisierung und Nachhaltigkeit zusammengebracht werden könnten. Er zeigte sich dabei ebenfalls überzeugt, dass die Digitalisierung Ökologie und Umwelt positiv beeinflussen kann. Mohrs



Daten für die Digitalgesellschaft: Das Facebook-Rechenzentrum in Luleå, Nordschwedens

© picture-alliance/TT NEWS AGENCY

Wunder gesucht

WIRTSCHAFT Der Bundestag streitet darüber, ob und wie Digitalisierung Mensch und Umwelt dienen kann

führte Beispiele an, wie beiden Dimensionen nachgekommen werden könne – etwa eine Plattform zur besseren Auslastung von Lastwagen. Wie weitere Redner seiner Fraktion betonte Mohrs die Notwendigkeit, die soziale, gesellschaftliche Perspektive bei der Diskussion über das Thema mit zu berücksichtigen.

Enrico Komning (AfD) beschrieb als zentrale Herausforderung, wie das Land zukunftsfest gemacht werden könne und nicht, wie gegen den Klimawandel vorgegangen werden könne. Der Antrag der Grü-

nen atme Verbote und Einschränkungen, kritisierte er. Der FDP-Antrag liefere nur einen Teil der Antworten. Der Stromverbrauch werde mit der Digitalisierung steigen, hielt Komning fest. Man brauche mehr Energie und müsse sich mehr Energiequellen erschließen. In diesem Zusammenhang brachte er einen Wiedereinstieg in die Kernenergie zur Sprache.

Für die Linksfaktion kritisierte Jessica Tatti, es gebe nur Digitalisierungs-Strategien, die auf der Basis von grenzenlosem Wachstum als Allheilmittel fußen. Das sei ein Irr-

weg, sagte Tatti. Der Preis seien Umweltzerstörung und Ausbeutung. Zustände, die mit der Digitalisierung nicht durch Zauberei besser würden – im Gegenteil: Union und FDP wollten wahllos in alles investieren, worauf „Künstliche Intelligenz“ stehe, ohne die ökologischen Folgen zu bedenken. Tatti verstärkte noch den Ansatz des Kollegen Mohrs und forderte einen sozialökologischen Wandel – also eine zusätzliche Dimension in einer Debatte, in der ohnehin schon jede Fraktion ihre eigenen Perspektiven entwirft. *Kristina Pezzei*

Scheuer muss die Suppe auslöffeln

MAUTAUSCHUSS Ex-Minister Ramsauer als Zeuge

Nein, Freunde werden sie in diesem Leben wohl nicht mehr, der frühere Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer und der heutige Bundesinnenminister Horst Seehofer (beide CSU). In seiner Vernehmung als Zeuge vor dem 2. Untersuchungsausschuss („PKW-Maut“) machte Ramsauer jedenfalls unmissverständlich klar, wer für ihn der Hauptschuldige am Maut-Desaster ist: der frühere CSU-Chef Seehofer – und nicht etwa der derzeitige Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU).

Um seine These zu belegen, berichtete Ramsauer, der weiter Mitglied des Bundestags ist, seinen Kollegen im Ausschuss über Ereignisse in der Spätphase der schwarz-gelben Koalition. Damals, von 2009 bis 2013, war Ramsauer Verkehrsminister. Als zentrales Datum schilderte er den 6. November 2013. An diesem Tag einigte er sich in Brüssel mit dem damaligen EU-Verkehrskommissar Siim Kallas auf

Grundsätze für die deutsche PKW-Maut. Entscheidend waren demnach zwei Punkte: „Wir nehmen eine allgemeine Absenkung der Kfz-Steuer vor.“ Und: „Wir werden sicherstellen, dass diese Vorschläge europarechtskonform sind.“ Dabei dürfe es „no linkage between tax and toll“ (keine Verbindung zwischen Kfz-Steuer und Maut) geben, lautete damals die Festlegung. Außerdem müsse es bei den inländischen Fahrzeughaltern „winners and losers“ (Gewinner und Verlierer) geben. Denkbar wäre laut Ramsauer etwa eine Differenzierung nach Kohlendioxid-Ausstoß oder Wagengewicht gewesen, sodass manche Fahrzeughalter weniger bezahlt hätten als früher, andere mehr. Insgesamt hätten sich bei diesem Modell die Einnahmen aus der Maut und die Ermäßigungen bei der Kfz-Steuer ausgeglichen.

Genau dieses Modell aber konterkarierte nach Darstellung Ramsauers der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, der damals verhandelt wurde. Darin wurde festgelegt, dass eine europarechtskonforme PKW-Maut eingeführt werden solle, wobei kein inländischer Fahrzeughalter höher belastet werden solle als vorher. Richtig gewesen wäre laut Ramsauer hingegen eine Formulierung, wonach inländische Fahrzeughalter insgesamt nicht stärker belastet worden wären, es also „winners and losers“ gegeben hätte.

Die Festlegung im Koalitionsvertrag bezeichnete Ramsauer als „Hypothek“ und „CruX“ für seine Nachfolger, die mit der Umsetzung der Maut betraut waren. Ramsauer wurde 2013 nicht erneut zum Verkehrsminister ernannt. Seinen Nachfolger Alexander Dobrindt und den heutigen Verkehrsminister Andreas Scheuer (beide CSU) nahm Ramsauer ausdrücklich in Schutz: Sie hätten die Suppe auslöffeln müssen, die ihnen andere eingebracht hätten. „Andreas Scheuer“, betont er, „blieb gar nichts anderes übrig, als die Dinge zu vollziehen.“

Wie aber kam es zur Formulierung im Koalitionsvertrag? Ramsauer berichtete, die Parteivorsitzenden hätten im Laufe der Ko-

alitionsverhandlungen Mitte November 2013 beschlossen, die strittige Maut-Frage aus der zuständigen Arbeitsgruppe herauszulösen und am Ende selbst zu verhandeln. „Merkel und Seehofer“ – also die damaligen Vorsitzenden von CDU und CSU – „haben sehenden Auges diese europarechtliche Unmöglichkeit in den Koalitionsvertrag hineinverhandelt“, erklärte er. Aus Sicht von Angela Merkel und auch SPD-Chef Sigmar Gabriel sei dies nachvollziehbar gewesen, weil sie gar keine PKW-Maut gewollt hätten. Seehofer hingegen

habe der Formulierung zugestimmt, obwohl Ramsauer ihn damals nach eigenen Worten darauf hinwies: „Horst, so geht das wahrscheinlich nicht.“ Später habe Seehofer ihm gegenüber erklärt, eine andere Lösung wäre ein Bruch des Wahlversprechens gewesen. „Seehofer wird gedacht haben: Irrendwie wird es schon gehen – auf Biegen und Brechen“, mutmaßte Ramsauer.

Auf die Frage, ob seine Position zur PKW-Maut dazu beigetragen habe, dass er nach der Bundestagswahl von 2013 nicht erneut zum Minister ernannt wurde, sagte Ramsauer: „Die Frage müssen Sie dem Kollegen Seehofer stellen.“ Für ihn selbst habe gegolten: „Ich bin es meiner Verantwortung schuldig, eine Formulierung zu finden, die risikolos oder risikofrei ist.“ In einer vergleichbaren Situation würde er heute wieder genauso handeln.

Weniger eindeutig äußerte sich Ramsauer zur Frage, ob es von Scheuer nicht klug gewesen wäre, erst das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) abzuwarten und danach Verträge mit den Betreiberfirmen zu unterschreiben. Dazu wage er kein Urteil, sagte Ramsauer und wurde grundsätzlich: Seine langjährige politische Erfahrung habe ihn gelehrt, dass es niemals eine einzige Wahrheit gebe, sondern immer ein Sowohl-als-auch.

Nach diesem philosophischen Höhenflug musste sich der Ausschuss zurück auf den manchmal mühsam zu beackernden Boden der Detailfragen begeben. Er vernahm drei Beamtinnen von verschiedenen Ministerien, die zumindest einen Punkt erhellten: Es galt im politischen Berlin keineswegs als ausgemacht, dass die Klage Österreichs gegen die Maut vor dem EuGH scheitern würde.

„Es war immer ein offenes Verfahren“, sagte Katharina G., Co-Leiterin des Referats „EU-Politik, EU-Recht, EU-Beihilfepolitik, Brexit“ im Bundesverkehrsministerium. Fast wortgleich äußerte sich Sonja E., Referentin im Referat „Vertretung der Bundesrepublik Deutschland vor den europäischen Gerichten“ im Bundeswirtschaftsministerium. Dieses Referat ist für europarechtliche Verfahren fast aller Ministerien zuständig. „Ich wusste nicht, wie das Verfahren ausgehen würde“, sagte E. Wie G. lehnte sie es ab, das Prozessrisiko in Prozent zu beziffern. Das Verkehrsministerium schätzte hingegen laut Angaben im Ausschuss das Risiko eines negativen EuGH-Urteils auf lediglich 15 Prozent. *Christian Hunziker*

»Seehofer wird gedacht haben: Es wird schon gehen – auf Biegen und Brechen.«

Ex-Verkehrsminister Peter Ramsauer (CSU)

Denkbar wäre eine Differenzierung nach CO₂-Ausstoß gewesen.

Biodiversität und Klima unter Druck

NATURSCHUTZ Sachverständige diskutieren über Artenschwund und Treibhauseffekt

Die Krisen im Bereich Biodiversität und Klima erfordern ein Zusammendenken von Natur- und Klimaschutz. Darin war sich eine Mehrheit der Sachverständigen in einem öffentlichen Fachgespräch des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit vergangene Woche einig. Dass der Klimawandel zu erheblichen Veränderungen und Verschiebungen führen werde, betonte Beate Jessel vom Bundesamt für Naturschutz. Diese gingen über die natürliche Ausbreitungs- und Anpassungsfähigkeit der Systeme hinaus. „Unter den Arten wird es Gewinner und Verlierer geben, aber in der Summe wird das Ausmaß der Verluste höher sein“, sagte sie. In Deutschland könnten bis zu 30 Prozent der heimischen Arten verschwinden. Vor allem bei der Entkopplung ökologischer Beziehungen und den Wirkungsbeziehungen gebe es Wissenslücken.

Der Mensch sei der wesentliche Treiber in der Krise, befand Magnus J. K. Wessel (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland). Die Veränderungen durch den Klimawandel trafen ein bereits geschwächtes System. Einzelne Arten seien bei der Anpassung überfordert. Wessel plädierte dafür, dass der Moorschutz förderbar bleiben müsse, damit hochbedrohte Arten davon profitieren könnten. Neben Maßnahmen wie einer Wiederherstellung des Biotopverbands seien Veränderungen im Konsumverhalten der Verbraucher nötig.

Lösungsversuche Josef Settele vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung berichtete, dass die größten Treiber bei der Veränderung der Natur die veränderte Landnutzung, die direkte Ausbeutung wie etwa durch Fischerei und der Klimawandel seien. Ein gezieltes Management, um Lebensräume und Konnektivitäten wieder herzustellen, könne eine der Lösungen für die Krise sein. „Jedes Grad zählt, jeder Quadratkilometer zählt“, betonte er mit Blick auf die begrenzte Landoberfläche und eine Änderung der Ökosystemfunktionen durch Erwärmung.

Zu den Hauptbetroffenen des Klimawandels zählten die Landwirte, betonte Steffen Pinggen (Deutscher Bauernverband). „Die letzten Jahre haben gezeigt, der Wandel ist da und er ist spürbar“, sagte er. Daher müsse die Resilienz gegenüber dem Klima-

wandel gestärkt werden. Gleichzeitig müssten wirtschaftlich tragfähige Lösungen gefunden werden, dies umfasse etwa das Entwickeln widerstandsfähiger Kulturen und Sorten. Auch neue Prognosemodelle und Strategien im Pflanzenschutz seien nötig. Morten Jodal, Biologe aus Norwegen, sagte, der Klimawandel sei kein Haupttreiber für den Artenverlust. Er verwies darauf, dass seit dem Jahr 1500 insgesamt 860 Spezies verloren gegangen seien. „Dies ist kein großer Verlust, zudem gehen die Aussterberaten herunter“, sagte er. Seit der Eiszeit vor 11.000 Jahren habe es zehn Wärmeperioden gegeben, die alle „insgesamt wärmer waren als heute“. In den vergangenen 500 Jahren seien zudem 12.000 neue Pflanzenarten entstanden.

Auf den starken Anstieg der Treibhausgasemissionen verwies Thomas Hickler vom Senckenberg Forschungszentrum Biodiversität und Klima. „Eine Erwärmung um fünf Grad wäre der Unterschied von einer Warmzeit und einer Eiszeit“, sagte er. Das Risiko eines stärkeren Anstiegs dürfe nicht eingegangen werden. Viele der Effekte seien zudem indirekt: So könne die Risikostreuung bei der Baumartenwahl positive Effekte haben, die Bioenergieförderung hingegen sei nicht immer förderlich für die Biodiversität gewesen. *Lisa Brübler*

Kulturschutz für Clubs

STADTENTWICKLUNG Musikstätten müssen in der Stadt bleiben dürfen, fordern Experten

Clubs und Livemusikspielstätten sollten künftig in der Baunutzungsverordnung als kulturelle Einrichtungen und nicht wie bisher als Vergnügungsstätten klassifiziert werden. Darin waren sich Sachverständige in einem öffentlichen Fachgespräch des Ausschusses für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen in der vergangenen Woche einig.

Immer wieder mussten in den letzten Jahren bekannte Clubs schließen: das „Rosis“ und „Johnny Knüppel“ in Berlin, der „Waagenbau“ in Hamburg, der „Bob Beaman Club“ in München. Häufigste Ursachen: Hohe Mieten, Ärger mit den Nachbarn um Lärm und Vermieter, die Mietverträge nicht verlängern wollen, weil dort, wo sich vor Jahren Clubs außerhalb von Wohngebieten angesiedelt hatten, nun doch Wohnhäuser gebaut werden sollen. Für Beobachter der Szene ist das ein Verlust. So sagte Tine Fuchs, Referatsleiterin beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag, für den Erhalt der Clubkultur seien Änderungen etwa im Baugesetzbuch, beim Lärmschutz und der Stadtentwicklungsplanung nötig. Die Clubszene stelle einen wichtigen Baustein für das Stadtmarketing dar und sei ein Standortfaktor. Clubs seien Teil eines vielfältigen kulturellen Angebots und richteten die Aufmerksamkeit auf ei-

gentlich vergessene Räume in der Stadt. In fast allen Städten herrsche Mangel an Flächen für Wohnungsbau, Industrie und Kultur; es brauche aber eine ordentliche Nutzungsmischung, sagte Fuchs. Der Hamburger Rechtsanwalt Wolfgang Hopp sagte, die Einordnung der Clubs als Vergnügungsstätten und eine dogmatische Unterscheidung von Kulturstätten überzeugte nicht. Es gebe dazu keine höchstrichterliche Entscheidung, aber eine deutliche Tendenz, bei der vor allem auf die negativen Folgen der Stadtentwicklung wie etwa Verkehr und Lärm abgehoben werde. Clubs seien dadurch häufig aus den Bebauungsplänen ausgeschlossen und hätten keine Planungssicherheit.

Steffen Kache, Clubbetreiber und Vorstandsmittglied des Verbands der Musikspielstätten in Deutschland, berichtete von seinen eigenen Erfahrungen mit dem Club Distillery in Leipzig. 1992 gegründet habe sich der Club national und international einen guten Ruf erworben und die Techno-Szene nach Leipzig geholt. Nach einem Umzug gebe es für den Club nun zwar Unterstützung aus der Politik, der Investor aber, der auf dem Gelände Wohnungen bauen wolle, bürge Argument mit dem Verweis ab, die Einrichtung sei eine Vergnügungsstätte. Auch die Betreiberin des

Berliner Gretchen-Clubs, Pamela Schobegg, bezeichnete die Klassifizierung als Vergnügungsstätte als Damoklesschwert, das über den Clubs schwebte. Die Gleichstellung von Clubs mit Bordellen und Spielkasinos, die bisher erfolge, sei „extrem unfair. Und das wird überhaupt nicht dem gerecht, was wir machen“, kritisierte sie. Clubs würden ihr Musikprogramm kuratieren und Künstler buchen; dies sei ein wesentlicher Unterschied zu Diskotheken.

Der frühere Clubbetreiber Jakob Turtur warnte, dass eine weitere Kommerzialisierung und „Mainstreamisierung“ drohe, wenn die Jahrzehnte alte Baunutzungsverordnung nicht verändert werde. Schon jetzt würden Clubs aus dem städtischen Raum vertrieben, weil die Mieten zu hoch seien und Investoren keine langfristigen Mietverträge abschließen würden. Ein vielfältiges Kulturangebot könne so nicht existieren.

Die Oppositionsfraktionen wollen diese Entwicklung nicht hinnehmen. FDP, Linke und Grüne haben Anträge (19/16833, 19/14156, 19/15121) vorgelegt, nach der Clubs in der Baunutzungsverordnung als Anlagen für kulturelle Zwecke behandelt und Einrichtungen wie Opern, Theatern oder Programmkinos gleichgestellt werden sollen. *Susanne Kalitz*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



KURZ NOTIERT

Versicherungen gegen Dürre steuerlich begünstigt

Für Versicherungen gegen Schäden durch Dürre gelten jetzt dieselben steuerrechtlichen Konditionen wie für andere Wetterelementargefahren. Der Bundestag stimmte am Donnerstag einer entsprechenden Gesetzesänderung zu (19/15665, 19/17139). Die Maßnahme gilt rückwirkend ab 1. Januar 2020. Bereits 2012 hatte der Gesetzgeber auf die Auswirkungen des Klimawandels reagiert und die für die Hagelversicherung bereits bestehende versicherungssteuerliche Begünstigung auf andere Wetterelementargefahren wie Sturm, Starkfrost, Starkregen und Überschwemmung ausgeweitet. Jetzt kam als Wetterelementargefahr Dürre hinzu. *hle*

Weiteres Gesetz zur besseren Finanzmarktstabilität

Der Bundestag hat am Donnerstag ein weiteres Gesetz zur Sicherung der Finanzmarktstabilität beschlossen. Für den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Einführung von Sondervorschriften für die Sanierung und Abwicklung von zentralen Gegenparteien und zur Anpassung des Wertpapierhandelsgesetzes an die Unterrichts- und Nachweispflichten nach den Artikeln 4a und 10 der Verordnung (EU) Nummer 848/2012 (19/15665) stimmten neben den Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD auch FDP und Grüne. AfD und Linke enthielten sich. Mit dem Gesetz sollen Risiken durch zentrale Gegenparteien (Central Counterparty – CCP), die bei Transaktionen mit verschiedenen Finanzinstrumenten zwischen den Vertragsparteien treten, in Zukunft besser abgedeckt werden. Unter anderem ist die Einrichtung eines Ausfallfonds vorgesehen. Daneben soll jede zentrale Gegenpartei ausreichend vorfinanzierte Eigenmittel bereithalten. *hle*

AfD will anderen Umgang mit radioaktiven Abfällen

Durch neue Verfahren beim Umgang mit radioaktiven Abfällen wie Partitionierung und Transmutation (PuT) sollen aus Sicht der AfD-Fraktion die für Endlager benötigten Kapazitäten substanzial reduziert werden. PuT sei als „gleichmaßen geeignete und wirksame“ sowie mindestens ergänzende Strategie zum Umgang mit nuklearen Abfällen einzustufen, schreibt die AfD in dem Antrag (19/17127), der am Freitag an den Umweltausschuss überwiesen wurde. *lbr*

Liberaler fordern modernes Planungsrecht

Der Bundestag hat am vergangenen Freitag erstmals über einen Antrag der FDP mit dem Titel „Verkehrsprojekte schneller realisieren – Ein modernes Planungsrecht für das 21. Jahrhundert schaffen“ (19/17093) debattiert. Im Anschluss wurde die Vorlage zur federführenden Beratung an den Verkehrs-Ausschuss überwiesen. Die FDP fordert die Bundesregierung unter anderem auf, bis Ende 2020 ein weiteres, umfassendes Planungsbeschleunigungsgesetz für den Verkehrsbereich einzubringen, das die aktuellen Planungs- und Genehmigungsverfahren umfassend reformiert. *hau*



Solch drastische Mieterhöhungen wie hier in Berlin-Friedrichshain sollen bald nicht mehr möglich sein.

© picture-alliance/Jochem Eckel

Bremse fester angezogen

WOHNUNGSMARKT Koalition verschärft die Regulierung zum Schutz von Mietern

Die Rechte der Mieter werden weiter gestärkt. Vor dem Hintergrund steigender Mieten in Ballungsgebieten hat der Bundestag am vergangenen Freitag die Verlängerung der sogenannten Mietpreisbremse um weitere fünf Jahre sowie deren Verschärfung beschlossen. Für den Gesetzentwurf der Bundesregierung (19/15824) stimmten außer den Koalitionsfraktionen auch Bündnis 90/Die Grünen, während sich Die Linke enthielt. Dagegen stimmten AfD und FDP. Im Entwurf heißt es, die für die Einführung der Mietpreisbremse maßgebliche Ausgangslage bestehe im Wesentlichen fort, ein baldiges Auslaufen der Mietpreisbremse erscheine deshalb nicht sinnvoll. Anträge von Grünen und Linken, denen der Entwurf nicht weit genug geht, wurden abgelehnt.

»Es wird eine weitere Verbesserung für die Mieter erreicht.«
Thorsten Frei (CDU)

Maßnahme wirkt In der Debatte warben Abgeordnete der Koalitionsfraktionen für die Vorlage. Für Eva Högl (SPD) geht es um einen weiteren wichtigen Schritt im Mietrecht. Knapp fünf Jahre nach der Einführung der Mietpreisbremse – die den Anstieg der Mieten auf angespannten Wohnungsmärkten auf höchstens zehn Prozent

begrenzt und es Mietern erlaubt, zu viel gezahlte Miete zurückverlangen – könne festgestellt werden, dass sie wirkt, sagte Högl. Der Anstieg der Mieten bei Neuvermietung habe sich verlangsamt. Dies müsse sich fortsetzen. Die Mietpreisbremse solle deshalb bis zum 31. Dezember 2025 verlängert werden und der Zeitraum des Rückzahlungsanspruchs des Mieters gegen den Vermieter wegen zu viel entrichteter Miete solle auf 30 Monate ab Beginn des Mietverhältnisses ausgeweitet werden. Högl kündigte weitere Schritte im Mietrecht an. Dazu zählten Einschränkungen bei der Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen und der Kündigung bei Eigenbedarf. Gleichzeitig müsse der Wohnungsbau verstärkt werden. Thorsten Frei (CDU) betonte, dass das Thema Wohnen in der Lebenswirklichkeit der Menschen von zentraler Bedeutung sei. Insbesondere in den Ballungsgebieten sei es schwierig, angemessenen Wohnraum zu angemessenen Preisen zu finden. Das sei ein Problem für den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft. Dieser politischen Herausforderung müsse mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen begegnet werden. Auf dem Wohnungsmarkt sei bereits viel passiert, und mit der Verlängerung der

Befristung der Mietpreisbremse werde eine weitere Verbesserung für die Mieter erreicht. Für die Union sei eine Regulierung des freien Marktes allerdings nur Mittel zum Zweck, sagte Frei. Engpässe auf dem Wohnungsmarkt könnten letztendlich nur durch Bauen beseitigt werden. Mit der Verlängerung der Mietpreisbremse werde dafür Zeit gewonnen, die auch genutzt werden müsse. Für die Grünen begrüßte Christian Kühn den Entwurf. Angesichts der Mietexplosion in Kommunen, die nicht in Ballungsgebieten liegen, müsse die Mietpreisbremse nicht nur verlängert, sondern auch ausgeweitet werden, sagte Kühn. Sie zeige, dass Regulierung funktioniert. Davon werde im Mietrecht mehr gebraucht, da sonst die Mieten weiter davongaloppieren würden. Hier helfe kurzfristig auch der Bau von Wohnungen nicht. Die Ausnahmen müssten aus der Mietpreisbremse entfernt werden, den Ländern müsse es ermöglicht werden, die Mietpreisbremse leichter umzusetzen. Dies werde aber von der Union im Interesse der Immobilienbranche blockiert. Gebraucht werde zudem eine wirkliche Mietobergrenze, damit die Mieten im Bestand nicht weiter steigen, und der Kündigungsschutz müsse ausgeweitet werden. Der Antrag der

Grünen sieht unter anderem vor, die zulässige Miethöhe bei Mietbeginn in Gebieten mit Wohnraummangel von derzeit zehn Prozent auf fünf Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete abzusenken. **Verlängern und nachbessern** Caren Lay (Linke) sagte, eine Verlängerung der Mietpreisbremse sei längst überfällig. Diese müsse aber mit einer grundlegenden Nachbesserung verbunden werden. In ihrer jetzigen Form wirke sie offenbar nicht, und mit halberziger Reformchen sei der „Mietwahnsinn“ nicht in den Griff zu bekommen. In Berlin hätten sich in den vergangenen zehn Jahren die Neuvermietungspreise mehr als verdoppelt. Daran hätten auch fünf Jahre Mietpreisbremse nichts geändert, sagte Lay. Die Einschätzung, dass sich der Anstieg der Mieten verlangsamt habe, werde von ihrer Partei daher nicht geteilt. Die Linke fordere eine Mietpreisbremse ohne Erhöhungen und Ausnahmen. Zudem müssten Verstöße auch wirklich bestraft werden. In Berlin habe Rot-Rot-Grün endlich das erste wirkungsvolle Gesetz eines Mietendeckels vorgelegt. Diesem Beispiel sollten weitere Bundesländer folgen, so Lay. Die Linke fordert in ihrem Antrag, die zulässige Höchstmiete bei Neu- und Wie-

dervermietungen bundesweit auf die ortsübliche Vergleichsmiete beziehungsweise die niedrigere Vormiete abzusenken. Katharina Willkomm (FDP) bezeichnete den Gesetzentwurf und andere Vorhaben wie einen Mietendeckel als fatal. Die Probleme würden dadurch nicht gelöst. Neue Wohnungen entstünden nicht schnell genug. Die Mietpreisbremse werde die Ursachen der steigenden Mieten nicht beseitigen. Sie schaffe keine einzige Wohnung, sondern würde einen ganzen Wirtschaftszweig ab. Dies wolle die FDP verhindern. Gebraucht werde eine Wende von der Mieter in die Eigentümergebiet. Die im Entwurf vorgesehene Rückforderung überhöhter Mietzahlungen schade privaten Vermietern, sagte Willkomm. Geld, das ein Vermieter für Rücklagen sparen müsse, könne er weder für Reparaturen ausgeben noch in die Modernisierung der Wohnung stecken. Für die AfD ist die Mietpreisbremse sozialistische Planwirtschaft. Ihr Abgeordneter Udo Hemmelgarn sagte, anstatt das Angebot an Wohnraum zu erhöhen und die Infrastruktur an den Rändern der Großstädte zu verbessern, anstatt die Grenzen zu schützen und diejenigen nach Hause zu schicken, die kein Bleiberecht hätten, laute die Antwort der Koalition mehr Regulierung. Wesentliche Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft würden über Bord geworfen. Die Regierung wolle den Forderungen von links-rot-grüner Seite so weit wie möglich nachkommen. *Michael Wojtek*

»Ohne Regulierung würden die Mieten davongaloppieren.«
Christian Kühn (Grüne)

Anzeige

Katja Hessel leitet Ausschuss



Neue Ausschusschefin: Katja Hessel (FDP)

FINANZAUSSCHUSS Katja Hessel (FDP) ist am vergangenen Mittwoch zur neuen Vorsitzenden des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages bestimmt worden. Hessel ist Fachanwältin für Steuerrecht und gehörte bisher schon dem Finanzausschuss an. Sie folgt auf Bettina Stark-Watzinger, die in der FDP-Fraktion neue Aufgaben als Parlamentarische Geschäftsführerin übernimmt. Stark-Watzinger lobte die vertrauensvolle Zusammenarbeit im Finanzausschuss, was ihr als neues Mitglied des Deutschen Bundestages die Arbeit erleichtert habe. *hle*

FDP will Sparer vor Verlusten schützen

FINANZEN Die Nullzinsphase führte 2019 zu Verlusten von 347,74 Euro pro Kopf

Mit einem Sparbuch oder einem Tagesgeldkonto ist heute kein Staat mehr zu machen. Die Zinsen liegen durch die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) bei null oder knapp darüber; für vermögende Kunden berechnen Finanzinstitute häufig schon eine „Verwahrgebühr“. Damit wird der ungeliebte Begriff „Negativzinsen“ vermieden. Wird die Preissteigerung eingerechnet, machen jedoch fast alle Sparer bereits Verluste. Das Fachportal „tagessgeldvergleich.net“ hat nachgerechnet. Danach besitzt jeder Bundesbürger im Durchschnitt 28.574 Euro. Der Zinsverlust betrug 347,74 Euro pro Kopf im vergangenen Jahr. Insgesamt sollen die Bundesbürger im vergangenen Jahr einen Verlust durch die Nullzinsen in Höhe von 28,8 Milliarden Euro erlitten haben, seit dem Jahr 2011 betrug das Zins-Minus zusammen gerechnet sogar 164,96 Milliarden Euro. Die FDP-Fraktion setzt sich daher für einen besseren Schutz der Sparer sowie eine bessere Förderung von Vermögensaufbau und Altersvorsorge ein. In einem Antrag (19/16794), der vom Bundestag in der vergangenen Woche an den Finanzausschuss überwiesen wurde, wird die Bundesregierung aufgefordert, auf europäischer Ebene eine Initiative anzustoßen, um das geldpoli-

litische Mandat der (EZB) zu präzisieren. Damit soll das Eingehen übermäßiger Risiken oder eine mittelbare Staatsfinanzierung durch die EZB ausgeschlossen werden. Ferner soll sich die Bundesregierung klar gegen eine europäische Einlagensicherung aussprechen. **Unbeliebte Wertpapiere** Nach Ansicht der FDP-Fraktion werden Wertpapiere hierzulande zu wenig für die Altersvorsorge genutzt. Einkünfte deutscher Rentner würden überwiegend aus der gesetzlichen Rentenversicherung stammen. Dies hat nach Ansicht der Fraktion „dramatische“ Konsequenzen. So würden Deutschlands zukünftige Rentner etwa 50 Prozent ihres vorherigen Gehalts als Rente erhalten. Das Niveau liege weit unter dem OECD-Durchschnitt von etwa 60 Prozent. Der Bundesregierung wird vorgeworfen, statt einer breit angelegten Stärkung der Wertpapierkultur das Gegenteil zu praktizieren und die Sparer vom Kapitalmarkt abzuschrecken. Als Beispiele werden die geplante Einführung einer Aktiensteuer genannt sowie die weitere Erhebung des Solidaritätszuschlags auf Kapitalerträge. Der Sparerpauschbetrag sei seit seiner Einführung 2009 nicht mehr an die Inflation angepasst worden. Auch auf EU-Bestimmun-

gen zurückgehende Verbraucherschutzmaßnahmen hätten massive Auswirkungen auf den Markt, würden zu keinem Mehrwert an Transparenz führen, sondern die Kunden zum Teil abschrecken. In einem dem Antrag beiliegenden Maßnahmenkatalog fordert die FDP-Fraktion unter anderem die Vorlage eines Gesetzentwurfs, um die vollständige steuerliche Berücksichtigung von Verlusten aus Wertpapiergeschäften wiederherzustellen. Der Sparerpauschbetrag soll an die allgemeine Preisentwicklung angepasst, der Solidaritätszuschlag umgehend für alle Steuerpflichtigen – und damit auch für Anleger – abgeschafft werden. Es gibt allerdings auch Gewinner der Null- oder bereits Minuszinsphase: Dazu gehören die Staaten der Europäischen Währungsunion, die für ihre Schulden immer weniger Zinsen bezahlen müssen. Am meisten gespart hat der deutsche Staat, dessen Schulden seit 2007 knapp 370 Milliarden Euro weniger Zinsen kosteten. *hle*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.
Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.

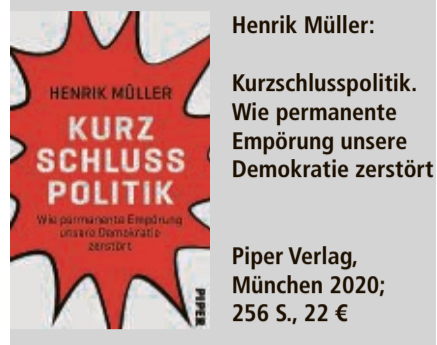


Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
fazit-com@intime-media-services.de
Telefon 089-8585 3832

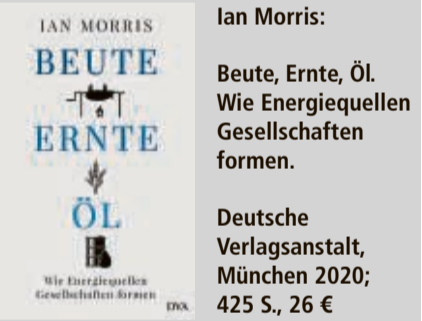


KURZ REZENSiert



Henrik Müller:
Kurzschlusspolitik.
 Wie permanente
 Empörung unsere
 Demokratie zerstört
 Piper Verlag,
 München 2020;
 256 S., 22 €

US-Präsident Donald Trump benutzt gerne den derben Begriff „Bullshit“, um Diskussionen abzuwürgen: Dieses Mal hatte ihn der US-Senat von allen Vorwürfen des Amtsmissbrauchs freigesprochen und damit das Amtsenthebungsverfahren der Demokraten beendet. Was „Bullshit“ heutzutage im amerikanischen politischen Kontext bedeutet und warum Trump den Begriff so oft benutzt, legt der Wirtschaftsjournalist und „Spiegel“-Kolumnist Henrik Müller dar. Das Weiße Haus unter Trump charakterisiert Müller als einen „Sieg der Fiktion über die Realität“. Der Ex-Showstar spielte in seiner neuen Rolle als Präsident die Serie „House of Cards“ in einer Trash-Version nach. Wenn ein Thema sein Publikum zu langweilen drohe, wechsele Trump einfach zum nächsten – unabhängig davon, ob das Problem gelöst ist oder nicht. Zur Not werde ein neues Problem erfunden. Das Publikum könne nicht mehr unterscheiden, wo die Wahrheit aufhört und die Lüge beginnt. Zu den Stärken des Buches gehört, dass Müller seine Thesen über die grassierenden „Empörungsspiralen“ mit zahlreichen Beispielen aus der aktuellen Politik belegen kann. Seinen Journalisten-Kollegen empfiehlt Müller, die lauten Politiker möglichst zu ignorieren und „sich davor zu hüten, die Lärmspirale weiter anzutreiben“. Ein Rat, der gut zur aktuellen Situation in Deutschland passt. Allerdings vermag Müller nicht zu überzeugen, wenn er schreibt, Trump habe „nur unter den Bedingungen des Turbokapitalismus“ Präsident werden können. An anderer Stelle widerspricht er sich selbst: Einerseits fordert er die Stärkung direkter Mitwirkungsrechte durch Volksentscheide. Andererseits bemerkt er, dass gerade das „Brexit-Referendum Großbritannien in eine existenzielle Krise gestürzt“ habe. Was ausgerechnet der durch einen Volksentscheid herbeigeführte Brexit mit der von ihm beklagten „Repräsentationskrise“ zu tun hat, bleibt unklar. *manu*



Ian Morris:
Beute, Ernte, Öl.
 Wie Energiequellen
 Gesellschaften
 formen.
 Deutsche
 Verlagsanstalt,
 München 2020;
 425 S., 26 €

Mit seinem Buch „Wer regiert die Welt“ wurde der britische Historiker, Anthropologe und Archäologe Ian Morris international bekannt. In seinem neuen Buch geht er der Frage nach, wie das Materielle die Kultur und die Wertvorstellungen der Menschen von Anbeginn an prägen. Morris teilt die Menschheitsgeschichte in drei große Epochen ein – die der Wildbeuterei, der Landwirtschaft und der fossilen Energieträger. Schon vor 100.000 Jahren hätten die Menschen die heute gültigen Werte und Normen wie Gerechtigkeit, Fairness, Liebe und Hass, Selbstschutz und gemeinsame Heiligtümer geteilt. Gleichwohl spiele die Energiegewinnung die wichtigste Rolle: Denn sie bestimmt laut Morris das Zusammenleben in Gesellschaften. Die Menschen würden „ihre Werte an das sich verändernde gesellschaftliche Umfeld anpassen, um ihre Wirksamkeit zu maximieren“. Zusammengefasst klingen die Aussagen des Autors wie eine Art Vulgär-Marxismus, der die Beziehung zu den „Energiequellen“ als Hauptmotor für die materialistische Entwicklung der Geschichte ansieht. Mit den heutigen „Fossilien-gesellschaften“, die im 18. Jahrhundert aufgrund der geografischen Bedingungen in Nordeuropa entstanden seien, sei eine kulturelle Evolution einhergegangen. Anders gesagt: Die Nutzung der fossilen Energien führte zu einer Werterevolution. So benennt Morris die freiheitlichen und individualistischen Werte des Westens denn auch als „Fossilienenergiewerte“. Allerdings habe die fossile Energie eine feste „Obergrenze“. Zu den ewigen Bedrohungen der menschlichen Zivilisation zählt der Autor vor allem fünf Faktoren: Unkontrollierte Migration, Staatsversagen, Nahrungsmittelknappheit, Epidemien und Klimawandel. Ian Morris' Buch über das menschliche Wertesystem im fossilen Zeitalter stellt einen wichtigen Beitrag eines Historikers zur aktuellen Klimadebatte dar. *manu*

Nach der 18-jährigen Ägide von Dieter Kosslick haben der Italiener Carlo Chatrian, zuvor künstlerischer Kopf des Festivals von Locarno, und Mariette Rissenbeek, zuvor Leiterin von German Films, die Leitung der Berlinale übernommen. Vom 20. Februar bis 1. März wird das Festival wieder Zehntausende Fachleute und Zuschauer nach Berlin locken.

Warum haben Sie mit den Encounters einen zweiten Wettbewerb etabliert?

Chatrian: Festivalprogramme müssen eine Antwort auf die technischen und ästhetischen Entwicklungen in der weltweiten Filmlandschaft geben. Nicht nur das Kino hat sich durch die Digitalisierung enorm verändert. Die Menschen sind heute ständig von bewegten Bildern umgeben. In diesem Meer von Angeboten müssen sich die Filmemacher behaupten. Sie suchen dafür ganz unterschiedliche Wege, was zu einer starken Ausdifferenzierung von Filmsprachen und Stilen in einer sehr vitalen Szene führt. Diese Filme können wir nicht alle in einer Kiste verpacken. Mit der Einführung von Encounters haben wir jetzt die Chance, jedem Werk gerechter zu werden und den Zuschauern ein passgerechteres Angebot zu machen. Wer nach Filmen sucht, die innovative künstlerische Wege beschreiten, findet sie im neuen Wettbewerb. Dort zeigen wir neben den Filmen von Newcomern „Malmkrog“ des Rumänen Christi Puiu, dessen Filme mehrmals nach Cannes eingeladen waren, und „Orphea“ von Alexander Kluge, dem ältesten Regisseur des gesamten Programms.

Wobei der Eindruck bleibt, dass das Profil von Panorama und Forum geschärft wurde...

Chatrian: Gemeinsam mit Christina Nord für das Forum und Michael Stütz vom Panorama habe ich die Kriterien neu justiert. Natürlich gibt es immer wieder Grenzfälle. Oft haben wir hart diskutiert, ob ein Film besser im Forum oder im Panorama aufgehoben ist. Potenziell publikumsnähere Filme sind im Panorama zu sehen, während die Freunde des Forums sich wieder auf viele spannende künstlerische Abenteuer freuen können.

Sind Sie offen für Filme von Netflix?

Chatrian: Ich habe keine Berührungsängste. Wir haben nur in diesem Jahr keine geeigneten Filme von ihnen gefunden. Dafür zeigen wir mit „Freud“, der in Koproduktion mit dem ORF entstand, und „The Eddy“ zwei Serien in der entsprechenden Sektion. Die Streaming-Dienste haben insgesamt enorme Bewegung in den Markt gebracht, die ich mit großer Spannung verfolge. Mit Apple und Disney kommen in diesem Jahr zwei weitere Anbieter hinzu. Andererseits beobachte ich, wie sich die Grenzen verwischen. Die Dramaturgie von Filmen wird von der erfolgreichen Serienstruktur beeinflusst. Es muss individuell pro Film entschieden werden, ob es Sinn ergibt ihn beim Festival zu zeigen. Selbst im Wettbewerb könnten Plattformfilme laufen, wenn sie für eine Kinoauswertung vorgesehen sind.

Sie gelten als Gegner des Star-Kinos. Kann das Festival auf sie verzichten?

Chatrian: Ich bin kein Gegner des Star-Kinos. Ich freue mich auf Johnny Depp, Cate Blanchett und Sigourney Weaver, die ich für ihr brillantes Spiel in Hollywood-Blockbustern und anspruchsvolleren Filmen bewundere. Natürlich brauchen wir bekannte Stars. Die Geschichte der Berlinale beweist aber auch, dass die Berliner und die treuen Gäste Lust haben, neue Gesichter zu entdecken. Zudem ist Berlin ja eine weltoffene Metropole. Vielleicht wer-



Hüter des „Goldenen Bären“: Die Berlinale-Leiter Mariette Rissenbeek und Carlo Chatrian.

© picture-alliance/dpa

»Vitale Szene«

BERLINALE Carlo Chatrian und Mariette Rissenbeek über Filme, Stars und den neuen Wettbewerb des Festivals

den dieses Jahr koreanische und deutsche Fans Choi Woo zubein, der in „Time to Hunt“ spielt und vom Cannes- und Oscar-Gewinner „Parasite“ bekannt ist.

Sind die Jahre vorbei, in denen dem deutschen Film bei der Berlinale der rote Teppich ausgerollt wurde?

Chatrian: Für deutsche Filme gelten die gleichen Maßstäbe bei der Auswahl wie für alle Filme. „Berlin Alexanderplatz“ von Burhan Qurbani, „Undine“ von Christian Petzold und „DAU.Natasha“ der in Deutschland aufgewachsenen Ko-Regisseurin Jekaterina Oertel brauchen den internationalen Vergleich nicht zu scheuen. Es gibt 2020 in allen Sektionen deutsche Filme. Heinz Engholzer, „Die letzte Stadt“, Melanie Waelde, „Nackte Tiere“ laufen zum Beispiel in den Encounters. Wir haben mit Linda Soeffker, der Verantwortli-

chen für die „Perspektive deutsches Kino“, diskutiert, ob wir den einen oder anderen Film aus dem Nachwuchsbereich auch für den Wettbewerb finden.

Sie haben nach den Enthüllungen über die nationalsozialistische Vergangenheit des ersten Berlinale-Leiters Alfred Bauer, den nach ihm benannten Preis ausgesetzt. Wie geht es weiter?

Rissenbeek: Wir werden Historiker mit der weiteren Recherche beauftragen. Auf der Grundlage ihrer Erkenntnisse, inwieweit der Berlinale-Direktor von der Gründung 1951 bis 1976 einst im Nazi-Propagandaapparat involviert war, werden wir entscheiden, ob wir den Preis in der jetzigen Form weiter vergeben.

Wissen Sie bereits, ob der iranische Regisseur Mohammad Rasuloof, dem

2017 bei der Rückkehr vom Festival aus Cannes der Pass abgenommen und der dann im Vorjahr wegen „Propaganda gegen den Staat“ zu einer einjährigen Haftstrafe verurteilt wurde, nach Berlin kommen wird?

Chatrian: Nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre befürchte ich, dass die Einladung der Berlinale keinen Offiziellen im Iran überzeugen wird, ihm ein Visum auszustellen. Aber wir geben die Hoffnung nicht auf und arbeiten mit seinen deutschen Koproduzenten daran, dass er der Aufführung seines Films „There is no Evil“ in Berlin erleben kann.

Warum ist Gastland Chile nur mit dem Klassiker „El tango del viudo y el espejo deformante“ von Raúl Ruiz aus dem Jahre 1967 vertreten, der das Forum eröffnen wird?

2017 bei der Rückkehr vom Festival aus Cannes der Pass abgenommen und der dann im Vorjahr wegen „Propaganda gegen den Staat“ zu einer einjährigen Haftstrafe verurteilt wurde, nach Berlin kommen wird?
Chatrian: Nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre befürchte ich, dass die Einladung der Berlinale keinen Offiziellen im Iran überzeugen wird, ihm ein Visum auszustellen. Aber wir geben die Hoffnung nicht auf und arbeiten mit seinen deutschen Koproduzenten daran, dass er der Aufführung seines Films „There is no Evil“ in Berlin erleben kann.
Warum ist Gastland Chile nur mit dem Klassiker „El tango del viudo y el espejo deformante“ von Raúl Ruiz aus dem Jahre 1967 vertreten, der das Forum eröffnen wird?
 Wir sind dankbar, dass das Festival von den Abgeordneten so hoch geschätzt wird.
 Das Interview führte Katharina Dockhorn. *II*

Mehr Chancengleichheit

BILDUNG Novellierung des Aufstiegsfortbildungsgesetzes

Das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) wird novelliert. Der Bundestag verabschiedete den entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung (19/15273, 19/17158) am vergangenen Freitag ohne Gegenstimmen. Lediglich die Links- und die AfD-Fraktion enthielten sich. Mit der Gesetzesnovelle sollen die beruflichen Karrierechancen und vor allem die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Ausbildung vorangetrieben und finanzielle Hemmnisse bei der Weiterbildung und Qualifikation abgebaut werden. Die Anträge der AfD (19/16859), der Linken (19/15774) und von Bündnis 90/Die Grünen (19/15803) wurden mehrheitlich von den anderen Fraktionen abgelehnt. Die AfD hatte in ihrem Antrag vor allem darauf hingewiesen, dass die Aufstiegsfortbildung in den Ländern unterschiedlich intensiv genutzt werde und der Gesetzentwurf darauf keine Antwort gebe. Die Linke hatte moniert, dass Schüler der sogenannten praxisintegrierten Ausbildung zum staatlich anerkannten Erzieher von dieser Form individueller Förderung zu weiten Teilen ausgeschlossen bleiben. Die Grünen hatten konstatiert, dass der Gesetzentwurf zwar in die richtige Richtung gehe, aber dem ökologischen und digitalen Wandel, der Wirtschaft und Berufsleben gravierend verändern würden, nicht ausreichend Rechnung trage. *Annette Rollmann*

Anerkennung als Opfer

NS-DIKTATUR »Asoziale« und »Berufsverbrecher«

Es ist eine späte Anerkennung: 75 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs sollen die in der nationalsozialistischen Diktatur als sogenannte „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ Verfolgten als NS-Opfer anerkannt und entschädigt werden. Einen entsprechenden Antrag der CDU/CSU und der SPD-Fraktion (19/14342) hat der Bundestag am vergangenen Donnerstag ohne Gegenstimmen angenommen. Lediglich die AfD-Fraktion enthielt sich. Abgelehnt mit der Stimmenmehrheit der Koalition wurden hingegen die inhaltlich sehr ähnlichen Anträge der Oppositionsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der Linken (19/7736.19/8955, 19/14333). FDP, Grüne und Linke monierten, dass die Union die Formulierung eines fraktionsübergreifenden Antrages verhindert habe.
Aufarbeitung und Entschädigung Mit der Annahme des Koalitionsantrags wird die Bundesregierung aufgefordert, die beiden Opfergruppen stärker in das öffentliche Bewusstsein zu rücken und ihnen einen angemessenen Platz im staatlichen Erdeninnerem zu verschaffen. So soll eine Ausstellung in Auftrag gegeben werden, die an verschiedenen Orten in der Bundesrepublik gezeigt werden soll. Forschungsarbei-

ten sollen finanziert und KZ-Gedenkstätten und Dokumentationszentren unterstützt werden, um das Schicksal dieser Menschen aufzuarbeiten und darüber zu informieren. Zudem sollen die als „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ Verfolgten explizit in die nicht abschließende Aufzählung der Leistungsempfänger der Richtlinie über Härteleistungen an Opfer von nationalsozialistischen Unrechtsmaßnahmen im Rahmen des Allgemeinen Kriegsfolgen-Gesetzes aufgenommen werden. Aus Sicht der AfD-Fraktion sind die Anträge der Koalition und der anderen Oppositionsfraktionen zu undifferenziert. Es stehe zwar außer Frage, dass jedem Menschen im „barbarischen Bestrafungs- und Vernichtungssystem“ der Nationalsozialisten „schwerstes Unrecht widerfahren sei“, aber die sogenannten Berufsverbrecher hätten sich „überdurchschnittlich oft“ als Funktionshäftlinge in den Konzentrationslagern schwerer Verbrechen gegen ihre Mithäftlinge schuldig gemacht. Diese Sichtweise wurde von allen anderen Fraktionen übereinstimmend zurückgewiesen. Niemand sei zu Recht in Konzentrationslagern inhaftiert, gequält und ermordet worden. Der Versuch der AfD, KZ-Opfer erster und zweiter Klasse zu schaffen, sei absurd. *Alexander Weinlein*

Chatrian: Wir bedauern diese Situation sehr, die nicht absehbar war, als die Partnerschaft des European Film Market mit Chile geschlossen wurde. Aber die Produktionszyklen passen nicht immer zu Festivalterminen, so dass viele Filme noch gar nicht zur Verfügung stehen konnten. Die chilenische Filmindustrie ist aber mit vielen Projekten im Markt vertreten. Wir hoffen, dass sie in den kommenden Jahren zum Festival kommen.

Insgesamt haben Sie 60 Filme weniger im Programm als 2019. Können Sie trotzdem wieder 340.000 Tickets absetzen?

Chatrian: Wir setzen uns keine Richtzahl bei der Auswahl, die wir mit allen Mitteln erreichen wollen. Die Qualität muss stimmen. Wir haben zwar ein paar Vorstellungen weniger. Aber ich bin optimistisch, dass wir die Zahl der verkauften Tickets wieder erreichen.

Wie werden Sie das Fehlen des Kinos Cinesstar kompensieren?

Rissenbeek: Das Cubix am Alexanderplatz, das die Berlinale in den vergangenen Jahren teilweise nutzte, konnten wir vollständig für Presse- und Publikumsvorstellungen anmieten. Größere Kopfschmerzen bereitete uns der Wegfall von mehreren Sälen des Cinesstar für den European Film Market. Wir konnten ihr Fehlen mit der Anmietung von zwei Sälen in der Staatsbibliothek sowie mit der Einrichtung von zusätzlichen Screeningmöglichkeiten im Marriott und in Containern kompensieren. Alle Vorführungswünsche können so erfüllt werden. Für 2021 hoffen wir, dass die Neuvermietung der Räume des einstigen Cinesstar wieder an einen Kinobetreiber gehen und wir die Räume wieder nutzen können.

Ist der Bau eines Filmhauses vom Tisch?

Rissenbeek: Die Idee wird gerade wiederbelebt. Das wird aber eher ein Bürostandort sein und vielleicht ein, zwei kleine Kinos umfassen. Das früheste Eröffnungsdatum wäre 2027. Das Filmhaus kann jedoch weder die Kapazitäten in den Kinos am Potsdamer Platz noch den Berlinale-Palast ersetzen. Ein Kinosaal dieser Dimension ist außerhalb der Berlinale nicht rentabel zu betreiben.

Wünschen Sie sich stärkere Unterstützung von Kulturstatsministerin Monika Grütters (CDU), um den Potsdamer Platz als Berlinale-Ort zu erhalten?

Rissenbeek: Monika Grütters hat stets betont, dass sie die Berlinale an diesem Ort erhalten will. Denn das Festival ist wichtig für die Stadt Berlin und die hiesige Film-landschaft. Der European Film Market als essentieller Bestandteil der Berlinale ist zudem die zentrale Anlaufstelle für die deutsche und internationale Industrie. Jeder ist bei uns willkommen, um Kontakte zu knüpfen, seine Filme zu präsentieren und neue Projekte anzuschließen.

Wie haben Sie die Finanzierung trotz des Abspruchs von zwei Hauptsponsoren gemeistert?

Rissenbeek: Sie hatten uns vor einem Jahr signalisiert, dass sie ihre auslaufenden Verträge nicht erneuern werden. Mit Magenta TV konnten wir einen neuen Sponsor aus der Medienbranche gewinnen. Auch der Rundfunk Berlin-Brandenburg hat sein Engagement erweitert und stiftet nun den Dokumentarfilmpreis. Gleichzeitig bewilligte uns der Bundestag einen um zwei Millionen höheren Zuschuss zu unserem Etat von rund 27 Millionen Euro. Wir sind dankbar, dass das Festival von den Abgeordneten so hoch geschätzt wird.
 Das Interview führte Katharina Dockhorn. *II*

KURZ NOTIERT

Links und FDP wollen Gesetz über Zeitverträge ändern

Die Links- und die FDP-Fraktion fordern Änderungen am Wissenschaftszeitvertragsgesetz. Während sich die Linken in einem Antrag (19/16499) für die Beschränkung von zeitlich befristeten Arbeitsverträge ausspricht, haben die Liberalen einen Gesetzentwurf (19/17067) für regelmäßige Evaluierungen des Gesetzes vorgelegt. Beide Vorlagen überwiegt der Bundestag am vergangenen Freitag zur Beratung in die Ausschüsse. Die Linke will die Mindestvertragslaufzeit befristeter Arbeitsverträge auf 24 beziehungsweise 36 Monate bei Befristung mit Qualifikationsziel festlegen. Zudem soll die Anzahl aufeinander folgender, befristeter Verträge auf zwei begrenzt werden. Nach dem Willen der FDP soll das Wissenschaftszeitvertragsgesetz ab 2024 alle vier Jahre evaluiert werden. Die Evaluation soll jeweils nicht länger als ein Jahr dauern, dem Bundestag anschließend ein Bericht vorgelegt werden. *aw*



Wie man so plaudert, wenn man sich eine Zeitlang nicht gesehen hat: Wie geht es Ihnen? Was machen die

Kinder? Genau so schilderte es Ursula von der Leyen vergangene Woche im Bundestag. Im Herbst 2018, als die CDU-Politikerin noch als Verteidigungsministerin amtierte, war Katrin Suder, damals schon ihre Ex-Staatssekretärin, noch einmal in ihr Büro im Berliner Bendlerblock gekommen. Doch handelte es sich wirklich nur um ein unbeschwertes Schwätzchen? Immerhin hatte Suder ihren Rechtsanwalt im Schlepptau. „Nicht wegen mir“, wie von der Leyen schmunzelnd klarstellte. Es ging um die Vergabe von Aufträgen an externe Beraterfirmen, die damals ins Zwielicht geraten waren. Die Rechtsabteilung des Ministeriums führte bereits eine interne Untersuchung dazu durch und so war Suder mit juristischem Beistand nach Berlin gereist, um sich einer Befragung zu stellen. Diese Wie-geht-es-Episode erzählte von der Leyen im Untersuchungsausschuss des Verteidigungsausschusses. Die jetzige EU-Kommissionspräsidentin war in der vergangenen Woche aus Brüssel zu einer Reise in ihre ministerielle Vergangenheit nach Berlin aufgebrochen. Mit ihr fragten sich die Abgeordneten durch die letzte von gut 40 Zeugenvernehmungen und schlossen damit nach einem Jahr die Beweisaufnahme ab (mehr dazu auch im Text unten). Bisweilen hatten sie dafür bis nach Mitternacht getagt, denn annähernd 5.000 Aktenordner mussten sie und ihre Mitarbeiter dabei durchackern. Es gab Aufregungen um Unterlagen, die zunächst fehlten, und um andere, die auffällig viele geschwärzte Passagen aufwiesen. Und wiederum welche, dessen Schwärzungen nur dilettantische Versuche waren, weil der Textsinn doch durchschaubar blieb. Im Sommer wird der Ausschuss dem Bundestag wohl seinen Abschlussbericht präsentieren, in dem die Faktenlage, wie so oft in Untersuchungsausschüssen, von den Fraktionen je nach politischer Couleur unterschiedlich bewertet werden dürfte.

Der Ausgangspunkt Die Ursache der Untersuchung durch den Bundestag war folgende: Die Bundeswehr zahlte zwischen 2015 und 2018 einen dreistelligen Millionenbetrag für Verträge mit externen Firmen zur Beratung und Unterstützung. Das machen auch andere Ministerien, es ist nicht verboten. Doch stellte der Bundesrechnungshof im Mai 2018, nachdem er 56 Vorgänge stichprobenartig untersucht hatte, fest, dass auch rechtswidrige Vergaben darunter waren und brachte so den Stein ins Rollen. Eine Prüferin der Behörde sprach bei ihrer Zeugenvernehmung von einer „viel zu hohen Fehlerquote“ und davon, dass vermeidbare Mehrausgaben entstanden seien. Immer mehr Vergaben gieten in der Folge ins Zwielicht. Auch deshalb, weil zunehmend die Frage im Raum stand, welche Rolle „Kennverhältnisse“, also Vetternwirtschaft, dabei spielten. Staatssekretär Gerd Hoofe gestand vor dem Ausschuss ein, es seien auf allen Verwaltungsebenen Fehler gemacht worden.

Von der Leyen hatte das Verteidigungsministerium Ende 2013 übernommen und machte rasch dringenden Handlungsbedarf im Rüstungssektor aus. Im August 2014 holte sie Katrin Suder als beamtete Staatssekretärin ins Ministerium. Den Ausschlag habe gegeben, dass sie als Arbeitsministerin schätzen gelernt habe, wie Suder die Digitalisierung der Bundesagentur für Arbeit betrieben habe, begründete von der Leyen ihren Schritt.

Was die Berliner Büroleiterin des Beratungsunternehmens McKinsey bei ihrem Amtsantritt im Ministerium vorgefunden hatte, beschrieb sie vor dem Ausschuss Ende Januar so: Die Lage im Rüstungsbereich sei damals „ausgesprochen schwierig“ gewesen. Die Ausrüstung der Bundeswehr sei mangelhaft und deren Einsatzbereitschaft eingeschränkt gewesen; eine Strategie und eine vollständige Bedarfsprüfung habe es nicht gegeben. Beschafft worden sei, wonach am lautesten gerufen wurde, nicht zuletzt an Personal habe es gefehlt. Ihre Aufgabe sei es gewesen, den Rüstungsbereich mit seinen 20.000 Mitarbeitern zu modernisieren, zu entbürokratisieren und zu digitalisieren und einen Kulturwandel bis hin zum Aufbrechen von Machtstrukturen herbeizuführen, erläuterte Suder.

Keine andere Möglichkeit Externe Hilfe sei schlichtweg nötig gewesen, machte sie klar. Und in diesem Bereich kannte sie sich bestens aus: „Mein Hintergrund war bekannt. Ich kam aus der Beraterindustrie.“ Da hätten sich persönliche Beziehungen ergeben. Womit die Sache mit den Kennverhältnissen angesprochen war. Suder schuf die neue Stelle eines „Beauftragten für die strategische Steuerung der nationalen und internationalen Rüstungsaktivitäten der Bundeswehr“ – und besetzte sie mit Gundbert Scherf, einem alten Bekannten aus McKinsey-Zeiten. In Scherfs Büro wurde ebenfalls eine frühere McKinsey-Mitarbeiterin eingesetzt. Sie verwies als

Das Schwarze-Peter-Spiel

VERTEIDIGUNG Der Untersuchungsausschuss versucht seit einem Jahr zu klären, wer die Verantwortung für rechtswidrige Berater-Verträge im Ministerium trägt



Als letzte Zeugin wurde die ehemalige Verteidigungsministerin und heutige EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen vergangene Woche in den Bundestag geladen.

© Deutscher Bundestag/Achim Melde

Zeugin vor dem Ausschuss auf einen Hinweis Suders, im Ministerium würden junge, fähige Leute gebraucht. Rüstungsstrategie Scherf kümmerte sich darum, dass Suder die Bühne bekam, um bei zwei großen Führungskonferenzen des Wehr-Apparates für ihr Vorgehen werben zu können. Für die Moderationen engagierte er die Firma eines ebenfalls aus McKinsey-Tagen guten Bekannten. Das Honorar dafür von 14.000 Euro blieb knapp unter der Grenze, für die eine Ausschreibung erforderlich gewesen wäre. Ob zwei Folgeaufträge über jeweils 100.000 Euro rechtskonform an diese Firma gingen, ist eine Frage, die der Ausschuss noch klären muss.

Als besonders umtriebiger Berater erwies sich Timo Noetzel vom Beratungsunternehmen Accenture. Auch er war zuvor bei McKinsey beschäftigt und bezeichnete das

Externe Hilfe sei einfach nötig gewesen, machte Katrin Suder vor dem Ausschuss klar.

Verteidigungsministerium vor dem Hintergrund steigender Aufträge für Accenture als „Diamant-Kunden“. Die Familien Noetzel und Suder trafen sich auch privat – unter anderem bei Taufen von Noetzels Kindern im September 2014. Als Taufpate fungierte dort wiederum General Erhard Bühler, damals Abteilungsleiter Planung im Wehrressort. Bei seiner Zeugenvernehmung befand Bühler nachdrücklich: Wer etwa die Taufe in Verbindung bringe mit einem Auftrag an Accenture, der betreibe „Verleumdung“. Noetzel und Bühler waren nach eigenen Darstellungen per Du. Sie hätten sich seit 2006 bei mehreren Auslandsreisen der Bundeswehr getroffen, an denen Noetzel teils als Reserveoffizier teilnahm, teils mit der Erstellung von Studien befasst war. Der General strich heraus, er habe zu keinem Zeitpunkt zugelassen, dass persönliche Kontakte Einfluss auf die Auftragsvergabe gehabt hätten. Accenture sei einer der Weltmarktführer bei PLM-Projekten.

Streit um Rahmenvertrag Dieses „Produkt-Lifecycle-Management“ sollte unter anderem zu einer Erhöhung der Einsatzbereitschaft beitragen. Dazu werden Unmengen an Daten ausgewertet. Ob sich PLM für die Bundeswehr eignet, sollte zuerst beispielhaft am Transportflugzeug A400M getestet werden. Wegen der Probleme mit diesem Waffensystem wurde ein rascher Testbeginn angepeilt.

Die Vergabe erfolgte nach einem Rahmenvertrag, den das Innenministerium ausgehandelt hatte. Er kann von allen Bundesbehörden genutzt werden, wenn die Voraussetzungen stimmen. Bei einem Rahmenvertrag fällt eine erneute Ausschreibung weg. Accenture habe deshalb schnell beauftragt werden können, beschrieb Bühler den Vorteil aus seiner Sicht. Dies sei auch der Wunsch aller beteiligten Abteilungsleiter und der Rüstungs-Staatssekretärin gewesen. Laut Bundesrechnungshof durfte dieser Rahmenvertrag aber bei der Auftragsvergabe durch das Koblenzer Beschaffungsamt der Bundeswehr gar nicht genutzt werden.

Suder versicherte in ihrer Befragung, mit der Vergabe nicht befasst gewesen zu sein. Sie habe sich aus der Auswahl externer Firmen herausgehalten und trenne generell Berufliches und Privates strikt voneinander. In ihrer Zeit wurde der IT-Dienstleister der Bundeswehr, an dem die Industrie beteiligt war, zur bundeseigenen BWI GmbH verstaatlicht. Dieser Schritt ging mit dem Auswechseln der Geschäftsleitung einher. Neuer Manager wurde Ulrich Meister. Er hatte bei T-Systems gearbeitet. Suder kannte ihn so gut, dass Meister schon mal bei Besprechungen Teilnehmer mit dem Hinweis nervte, er habe diesen und jenen Vorgang „schon mit der Katrin abgestimmt“, wie ein Zeuge berichtete. Nach der womöglich freihändigen Vergabe eines 5,5 Millionen-Auftrags ließ der BWI-Aufsichtsrat eine Sonderprüfung vornehmen. Diese Vergabe sei rechtswidrig gewesen, so legte es jedenfalls eine andere Zeugaussage nahe. Den Zuschlag hatte die Firma Orphoz bekommen – eine McKinsey-Tochter. Der Aufsichtsrat stellte Meister jedenfalls im Sommer 2018 frei. Es habe Differenzen über die strategische Ausrichtung der BWI gegeben, hieß es offiziell.

Hierarchische Verhaltensmuster im Ministerium beförderten Verstöße bei Vergaben.

Die Beauftragung einer Kanzlei zur juristischen Begleitung des Prozesses korrekt erfolgt war. Ein Zeuge merkte halb belustigt an, man habe dabei „völlig vergessen, dass die Bundeswehr überhaupt kein Gelände verkaufen kann“, weil es der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben gehöre. Der geplante Verkauf an die industriellen Interessenten verzögerte sich und wurde unter der neuen Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer endgültig abgesagt.

Es muss funktionieren Die Abgeordneten gewannen durch alle diese Aussagen und die dazugehörigen Dokumente schnell den Eindruck, dass Verstöße bei der Beauftragung externer Firmen durch die hierarchischen Verhaltensmuster im Ministerium und dem für Vergaben final zuständigen Koblenzer Beschaffungsamt befördert wurden.

So zitierte ein Zeuge einen Ministeriums-Kollegen mit den Worten: Wer die Gehaltsstufe B 9 erreichen möchte, von dem wolle die Leitungsebene nicht hören, dass etwas nicht geht. Ein anderer Zeuge berichtete, er habe bei einem ihm dubios erscheinenden Fall nachgefragt, ob er „manipulieren“ solle und zur Antwort erhalten: „Dem Wunsch des Unterabteilungsleiters ist im Rahmen des geltenden Rechts zu entsprechen.“ Betroffene Beamte im Koblenzer Amt bekundeten vor dem Ausschuss, sie seien vom Ministerium erheblich unter Zeitdruck gesetzt worden. Oder sie seien davon ausgegangen, auf eine Überprüfung der angeforderten Vergaben verzichten zu können, weil nach ihrer Ansicht das Ministerium diese bereits durchgeführt habe. Die Verantwortlichen im Ministerium wiederum versicherten, sie seien stets davon ausgegangen, dass die letzte Prüfung, wie vorgeschrieben, immer im Beschaffungsamt erfolgt sei.

Ende 2018 befasste sich schließlich der Verteidigungsausschuss des Bundestages mit dem Berater-Komplex und lud dazu auch Suder ein. Doch die gab den Parlamentariern einen Korb und wollte Fragen nur schriftlich beantworten. Sie habe damals keineswegs eine Missachtung des Parlaments im Sinn gehabt, betonte sie nun ein Jahr später vor dem Ausschuss. Zu der Zeit sei ihr in der Öffentlichkeit strafrechtliches

Verhalten vorgeworfen worden. Deshalb habe sie die Einladung abgelehnt. Über diesen Schritt habe sie von der Leyen vorab informiert. Die wiederum sagte vergangene Woche, das „hätte man auch andersherum entscheiden können“.

Ob der Absage platze einigen Abgeordneten der Kragen: Auf Beschluss von FDP, Linke und Bündnis 90/Die Grünen setzte sich der Verteidigungsausschuss – nur ihm

räumt das Grundgesetz diese Möglichkeit ein – als Untersuchungsausschuss ein. Der konnte Suders Erscheinen als Zeugin nun erzwingen. Mit gut einjähriger Verspätung fand ihre Vernehmung statt, was ihrem Gedächtnisvermögen indes offenbar nicht förderlich war. Der Hinweis, sich nicht erinnern zu können, zählte in zahlreichen Variationen zum festen Bestandteil ihrer Befragung. Franz Ludwig Averdunk

Aus der Schusslinie

LETZTE SITZUNG Von der Leyen bedauert und verteidigt

Ex-Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) hat die Fehler bei der Vergabe von Beraterverträgen vor dem Untersuchungsausschuss des Verteidigungsausschusses zwar bedauert. Doch verbockt worden sei dies ein oder zwei Etagen tiefer im Hierarchiegebäude des Verteidigungsministeriums, lautete der Tenor ihrer Zeugenbefragung in der vergangenen Woche. Sie bemühte sich, auch die damalige Staatssekretärin Katrin Suder aus der Schusslinie zu nehmen.

Von der Leyen machte geltend, dass es bei ihrem Amtsantritt Ende 2013 einen besonderen Bedarf an Beratung und Unterstützung gegeben habe. Sie verwies auf einen „sicherheitspolitischen Umbruch“. Die Sicherheitslage habe verlangt, dass Deutschland seinen Beitrag leiste. Ungeklärte Fragen zum Afghanistan-Einsatz, die Annexion der Krim, der Krieg in der Ukraine oder das Aufkommen des IS im Irak und in Syrien seien seit ihrem Amtsantritt Ende 2013 als Herausforderungen auf die Bundeswehr zugekommen.

Bis dahin aber hätten die Streitkräfte in ihrer zehn Jahre lang kein Zivilpersonal eingestellt, Standorte geschlossen und der Etat heruntergefahren worden. Von der Leyen sprach von einer „schrumpfenden Bundeswehr, die wieder mehr leisten musste“. In ihren gut fünf Jahren im Ministerium sei „viel, viel Gutes geleistet“ worden: „Aber bei der beachtlichen Aufbauleistung sind auch Fehler passiert.“ Nicht zuletzt hatte der Bundesrechnungshof zahlreiche Vergabe-Vorgänge gerügt.

Ein 2014 vorgelegtes Rüstungsgutachten habe Schwierigkeiten und Defizite aufgezeigt, meinte von der Leyen. Es habe gehandelt an Risiko-Management, Projekt-Management und Vertrags-Management.

Zweites großes Thema sei die Digitalisierung gewesen. Beispielhaft verwies sie darauf, dass in den Anfängen ihrer Amtszeit Landbilder von Waffensystemen „noch händisch“ erstellt worden seien. Insbesondere der Ausbau des IT-Bereichs sei „ohne Hilfe von außen nicht zu bewerkstelligen gewesen“.

Eingehend ging der Ausschuss auch in seiner letzten Sitzung der Beweisaufnahme der Frage nach, ob „Kennverhältnisse“ einen Einfluss darauf gehabt haben könnten, dass Aufträge an Firmen mit Personen gingen, die Suder aus ihrer Zeit bei McKinsey kannte. Ihre Staatssekretärin sei „von Tag eins an sehr offen, sehr transparent“ mit den Kennverhältnissen umgegangen, versicherte von der Leyen.

Sie habe die strategische Richtung vorgegeben, die Staatssekretäre und deren untergeordnete Abteilungen seien für die Umsetzung zuständig gewesen, sagte von der Leyen. Sie lobte Suder, die „mit großer bravoure“ ihre Arbeit gemeistert habe.

Für Aufregung hatte zur Jahreswende die Nachricht gesorgt, dass die Daten auf den zwei Diensthandys von der Leyen in ihrer Zeit als Verteidigungsministerin gelöscht worden waren, obwohl sie dem Ausschuss als Beweismittel zur Verfügung stehen sollten. Sie habe ihre Chats regelmäßig gelöscht, erklärte sie und versicherte, sie habe darin „nach bestem Wissen und Gewissen“ keine Themen gefunden, die im Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand des Ausschusses stünden. fla

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Marian Kocner verbringt seit Wochen alle paar Tage als Angeklagter im Gericht. Meist wird der Mittfünfziger von schwerbewaffneten Sicherheitskräften bewacht. Tiefer könnte sein Fall kaum sein, denn noch vor zwei Jahren tanzte nicht nur die slowakische Regierung an der Strippe des schweizerischen Geschäftsmanns, auch viele Oppositionspolitiker, Journalisten und Staatsanwälte waren ihm gefügig. Geändert hatte das erst der kaltblütige Doppelmord an dem jungen Enthüllungsjournalisten Jan Kuciak und seiner Verlobten Martina Kusnirova im Dorf Veľká Maca am 21. Februar 2018.

Kocner stand schon damals schnell als Auftraggeber des Killerkommandos unter Verdacht, hatte Kuciak doch zu dessen von Kontakten bis hin zu Regierungschef Robert Fico gedeckten Geschäften recherchiert und war von dem Immobilienhai aus Bratislava deshalb direkt bedroht worden. Doch ins Fadenkreuz der mutmaßlich erpressten Ermittler gerieten zuerst andere. Erst im Sommer 2018 trafen es erstmals Kocner selbst; gegen ihn wurde ein Gerichtsverfahren wegen mutmaßlich gefälschter Schuldscheine über knapp 70 Millionen Euro zuungunsten eines unabhängigen Privatfernsehsenders erhoben. Kocner und einem Mitangeklagten, einem ehemaligen Wirtschaftsminister, drohen dafür 20 Jahre Gefängnis. Das Urteil steht zwei Tage vor den slowakischen Parlamentswahlen am 29. Februar aus. Es dürfte diese genauso beeinflussen, wie Kocners unverfroren wiederholte Unschuldbehauptungen im Mordprozess Kuciak.

Hohe Verluste Anders als die beiden Prozesse gegen Kocner und seine Helfer ist der Wahlkampf bislang ruhig verlaufen. Der regierenden Drei-Parteien-Koalition ist klar geworden, dass sie wegen der offensichtlichen Verquickung von Politik und Verbrechen massiv wird Federn lassen müssen. Denn mit jedem Prozesstag wird der von – der auf dem Papier sozialdemokratischen – Regierungspartei SMER staatlich geradezu geförderte Korruptionssumpf in den Augen der gut vier Millionen Wähler noch tiefer. Zwar musste Premier Fico im Frühling 2018 nach Massenprotesten das Feld räumen, doch der starke Mann der Slowakei setzte mit Peter Pellegrini einfach einen vom Hintersitz steuerbaren SMER-Nachfolger als Regierungschef ein.

Die Opposition wittert nun Morgenluft. Doch die slowakische Parteienlandschaft ist stark fragmentiert, und dank Parteineuergründungen noch unübersichtlicher geworden. Für internationales Aufsehen hat dazu das Erstarken der rechts-radikalen „Volkspartei Unsere Slowakei“ (LSNS) von Marian Kotleba gesorgt. Sie ist in den Umfragen als einzige bisherige Partei von acht auf bis zu 14 Prozent hochgeschwungen. Beflügelt wird Kotleba durch Charmeooffensiven der SMER, die bereits in der vergangenen Legislaturperiode mit der rechtsextremen „Slowakischen Nationalpartei“ (SNS) kooperiert hatte.

Nicht weniger als zehn der insgesamt 24 antretenden Parteien könnten laut Umfragen von Anfang Februar die Fünfprozenthürde schaffen. Außen vor dürften dabei erstmals seit der Unabhängigkeit von 1993 beide Parteien der ethnischen Ungarn bleiben; sie stellen gut acht Prozent der 5,5 Millionen Einwohner der Slowakei.

Vergangene Woche hat nun der zweitplatzierte in den Umfragen, die konservative Protestpartei „Gewöhnliche Leute und unabhängige Personen“ (OLaNO), zu einem „Runden Tisch der demokratischen Oppo-

Im Sumpf

SLOWAKEI Immer neue Beweise für die enge Verquickung von Unterwelt, Justiz und Politik tauchen auf. Steht die Slowakei zwei Jahre nach dem Mord an dem Journalisten Jan Kuciak vor einer politischen Wende?



Das Urteil gegen den mutmaßlichen Auftraggeber des Mordes, Marian Kocner (rechts), wird zwei Tage vor den Parlamentswahlen Ende Februar erwartet. Dessen Verflechtungen mit der Politik bringen die Regierungsparteien in Bedrängnis. © picture-alliance/AP Photo

sition“ eingeladen. Dankend angenommen hat das sofort die in der Wählergunst nachlassende wirtschaftsliberale Reformpartei „Freiheit und Solidarität“ sowie etwas zögernd zwei Neuformationen, die nach dem Kuciak-Mord aus der Zivilgesellschaft hervor gegangen sind: Die mit Staatspräsidentin Zuzana Caputova verbundene „Progressive Slowakei“ sowie die Partei „Für das Volk“ des Ex-Präsidenten Andrej Kiska. Ihnen anschließen dürften sich noch die Christdemokraten (KDH), die in den Neunzigerjahren an vier slowakischen Regierungen beteiligt waren.

Geringes Vertrauen Die Crux an dem Deal zwischen bisherigen Oppositionsparteien und Neugründungen aus der Bürgergesellschaft ist nicht nur das geringe Vertrauen der Slowaken in den OLaNO-Parteichef Igor Matovic, sondern auch das Zusammengehen von alten und neuen politi-

schen Kräften, die dem Ethos der monatelangen slowakischen Straßenproteste widersprechen. Im Anschluss an den Kuciak-Mord hatten 2018 Hunderttausende im ganzen Land jedes Wochenende „eine anständige Slowakei“ gefordert. Sie würde Altpolitiker ausschließen, denn Geschäftsleute wie der angeklagte Immobilienhai Kocner haben es immer bestens verstanden, ihre Führer zu allen politischen Kräften auszustrecken. Davon zeugen im Mordprozess gegen Marian Kocner von internationalen IT-Experten entschlüsselte Chats mit seiner Assistentin. Diese sollte danach nicht nur geeignete Auftragsmörder finden, sondern wurde instruiert, welche Politiker und Staatsanwälte sie verführen soll, um Kocner Erpressungsmaterial zu beschaffen. Die wenig veröffentlichten Details lassen die Slowaken ungläubig die Augen reiben. Mitte Januar haben sie zur Verhaftung des

langjährigen Generalstaatsanwalts Dobroslav Trnka geführt, der Kocner bis zuletzt willfährig bei Erpressungsversuchen und Vertuschungen zur Seite stand. „Die Festnahme eines der ehemals mächtigsten Männer des Landes bedeutet einen Wendepunkt in der slowakischen Justiz“, kommentierte Präsidentin Caputova erfreut. Was noch fehlt, ist ein Wendepunkt auch an den Wahlen. Die Parlamentswahlen zwei Jahre nach dem schaurigen Mord kommen – glaubt man den Umfragen – jedoch zu spät, um jenen Erneuerungsschub, der 2019 die Bürgeraktivistin Caputova ins Präsidentenamt gehievt hatte, zu Ende zu bringen. Kocner sei eben kein Einzelfall, warnt der Politologe Grigorij Meseznikov. „Die Umgestaltung der Slowakei sei ein langwieriger Prozess.“ Paul Flückiger

Der Autor ist freier Korrespondent in Warschau.

Reformhilfen für den Sudan

BUNDESWEHR I Verlängerung der Mandate in Nordostafrika

Die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD wollen die bilaterale Zusammenarbeit und insbesondere die Entwicklungszusammenarbeit mit dem Sudan wieder aufnehmen. Der politische Umbruch im Sudan nach Jahrzehnten autoritärer und islamistischer Herrschaft sei eine historische Chance sowohl für das Land als auch für die gesamte Region am Horn von Afrika, heißt es in einem Antrag (19/17118), der vergangene Woche mit Koalitionsmehrheit angenommen wurde. Keine Mehrheiten fanden Anträge (19/17105, 19/17123) der Opposition: Die Linke hatte die Bundesregierung aufgefordert, den Bundeswehreintrag im Rahmen der UN-Mission UNAMID in der sudanesischen Provinz Darfur umgehend zu beenden, die Fraktion der Grünen setzte sich unter anderem für eine „kohärente außen- und entwicklungspolitische Strategie der EU-Mitgliedsstaaten im Sudan“ ein.

Das Plenum überwies außerdem die Anträge der Bundesregierung (19/17032, 19/17033) zur Fortsetzung der Bundeswehr-

beteiligungen an der UNAMID-Mission der Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union in Darfur sowie an der UN-Friedensmission im Südsudan (UNMISS) in die Ausschüsse. In Darfur sollen „im Einklang mit den bisher durchgeführten Truppenreduzierungen“ nunmehr noch bis zu 20 statt wie bisher bis zu 50 Soldatinnen und Soldaten eingesetzt werden, die weiterhin „Verbindungs-, Beratungs- und Unterstützungsaufgaben“ übernehmen und bei der technischen Ausrüstung und Ausbildung truppenstärkender Nationen helfen. Das Mandat ist bis Ende Dezember 2020 befristet. Die einsatzbedingten Zusatzausgaben werden für diesen Zeitraum mit rund 0,2 Millionen Euro beziffert. Im Südsudan sollen unverändert bis zu 50 Soldatinnen und Soldaten für „Führungs-, Verbindungs-, Beratungs-, Beobachtungs- und Unterstützungsaufgaben“ eingesetzt werden können. Das Mandat ist bis Ende März 2021 befristet. Die einsatzbedingten Zusatzausgaben beziffert die Bundesregierung für diesen Zeitraum auf rund 0,9 Millionen Euro. ahe

Einsatz im Baltikum

BUNDESWEHR II AfD fordert Mandat für Truppenpräsenz

Die AfD-Fraktion fordert die Bundesregierung auf, die Beteiligung der Bundeswehr an der Nato-Kampfgruppe im Rahmen der Enhanced Forward Presence dem Deutschen Bundestag zur Abstimmung vorzulegen. Die Beteiligung deutscher Streitkräfte an der Nato-Kampfgruppe im Baltikum habe erhebliche politische Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen der Nato und Russland, schreiben die Abgeordneten in einem Antrag (19/17095), der vergangene Woche in die Ausschüsse überwiesen wurde. „Zum ersten Mal seit Ende des Kalten Krieges beteiligt sich die Bundeswehr damit an einer zielgerichteten militärischen Präsenz zur Abschreckung eines möglichen Gegners.“ Die außenpolitische Tragweite und die möglichen Konsequenzen der dauerhaften Truppenpräsenz unter deutscher Beteiligung an der Ostgrenze der Nato machten eine Beteiligung des Bundestages an dieser Entscheidung zwingend erforderlich.

Rüdiger Lucassen (AfD) warnte, dass der Einsatz im schlimmsten Fall das Potential habe, die Nato in einen Krieg mit Russland zu verwickeln. Roderich Kiesewetter (CDU) sprach hingegen von einem „hauchdünnen Stolperdraht“ im Rahmen der Rückversicherung der Nato und Rückhalt für die baltischen Staaten. Es sei eine „maßvolle Antwort“ auf russische Völkerrechtsverletzungen. Auch Marcus Faber (FDP) und Dirk Vöpel (SPD) verwiesen auf diese Vorgeschichte – den Krieg in der Ostukraine und die russische Annexion der Krim. Alexander S. Neu (Die Linke) hingegen betonte die Ablehnung dieses Einsatzes durch seine Fraktion: Die behauptete Bedrohungslage für osteuropäische Nato-Staaten sei „schlicht nicht existent“. Jürgen Trittin (Grüne) sprach von einer „maßvollen, einer klugen und im Rahmen der Nato auch solidarischen Antwort“ auf russische Aggression, die zudem den Dialog mit Russland offenhalte. ahe

Linke gegen Nato-Manöver

AUSWÄRTIGES Anträge zum Abzug der US-Truppen

Die Linksfraktion fordert die Bundesregierung auf, den Transit von ausländischen Truppen im Rahmen des Nato-Manövers „Defender 2020“ durch Deutschland zu stoppen und keine Einheiten der Bundeswehr für das Manöver abzustellen. In einem Antrag (19/17107), der vergangene Woche in die Ausschüsse überwiesen wurde, führt die Linksfraktion aus, dass im Rahmen des Manövers bis zu 37.000 Soldaten und mehr als 35.000 Militärfahrzeuge, darunter schwer gepanzerte US-Einheiten in Divisionstärke, in die osteuropäischen Nachbarstaaten Russlands verlegt würden. Dies schade der Sicherheit in Europa und verletze den Geist der Nato-Russland-Grundakte. Zudem habe die Nato seit 2014 viermal so viele Manöver an der Ostflanke des Bündnisses durchgeführt als Russland auf der anderen Seite. Daher

musse die Bundesregierung den Transit von Truppen im Geltungsbereich des 2+4-Vertrages (östliche Bundesländer) untersagen und im Geltungsbereich des Stationierungsabkommens (westliche Bundesländer) jede logistische Unterstützung ziviler und militärischer Art für das Manöver beenden. Darüber hinaus fordert die Linksfraktion die Bundesregierung auf, den Stationierungsvertrag von 1954 aufzukündigen und sicherzustellen, dass bis zum Ende der Kündigungsfrist alle ausländischen Truppen das Territorium der Bundesrepublik verlassen. In die Ausschüsse überwiesen wurde außerdem ein Antrag (19/14152) der Fraktion zum Abzug der US-Armee und der US-Atombomben aus Deutschland sowie zum Austritt aus der nuklearen Teilhabe der Nato. aw/ahe

Eine Frage der Verantwortung

MENSCHENRECHTE I Widerstand gegen das von SPD, Grünen und Linken geforderte Lieferkettengesetz

Bis zum Sommer wollten Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) und Entwicklungshilfeminister Gerd Müller (CSU) ein Lieferkettengesetz, das im Ausland tätige Unternehmen zur Einhaltung der Menschenrechte, von internationalen Arbeitsnormen und Umweltstandards verpflichten soll, auf den Weg bringen. Doch unter dem Druck von Wirtschaftsverbänden wie dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) gerät der Prozess ins Stocken. Stein des Anstoßes ist die freiwillige Befragung von Unternehmen durch die Bundesregierung, die bis Juni abgeschlossen sein soll. Wenn dann deutlich wird, dass weniger als 50 Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten ihren Sorgfaltspflichten gemäß den 2011 veröffentlichten Leitprinzipien der Vereinten Nationen nachkommen, soll es laut Koalitionsvertrag eine gesetzliche Regelung geben. Diesen Zeitplan torpedieren die Verbände nun. Sie fordern, dass die Bundesregierung sich mit ihren Umfragen bis zum Jahresende Zeit lässt. „Die Wirtschaftsverbände üben enormen Druck auf Kanzleramt und Wirtschaftsministerium aus“, bemängelte Uwe Kekeritz

(Bündnis 90/Die Grünen) vergangenen Donnerstag in der Debatte über zwei Anträge (19/16883, 19/16061) seiner Fraktion, in der die Abgeordneten auf die zügige Vorlage eines Lieferkettengesetzes drängen. Außerdem wollen sie, dass Prüfunternehmen künftig für fehlerhafte Prüfberichte haften müssen. Kekeritz verwies darauf, dass viele deutsche Unternehmen bereits freiwillig hohe soziale und ökologische Standards einhielten und daher an „fairen Verhältnissen“ interessiert seien. „Sie haben es schlicht satt, dass andere Unternehmen Standards unterlaufen und so Kostenvorteile bei der Produktion erzielen.“

Auch Frank Schwabe (SPD) stellte klar, es brauche „eine Verpflichtung, ein Level Playing Field für alle deutschen Unternehmen“. Leider habe die Überprüfung in der ersten Runde gezeigt, „dass die Zahlen ein schwaches Bild abgeben, was die Verantwortung deutscher Unternehmen angeht“. Dass sich dies auch nach der zweiten Befragungsrunde nicht ändern wird, davon zeigte sich Eva-Maria Schreiber (Die Linke) überzeugt. Sie forderte die Regierung auf, schon jetzt die Eckpunkte für ein Gesetz festzulegen und darüber zu diskutieren. „Die Regeln müssen sanktionsbewehrt sein. Sonst hält sich doch wieder niemand dran“, stellte sie klar. Außerdem müssten Opfer von Menschenrechtsverletzungen vor deutschen Gerichten klagen können.

Für die Unionsfraktion betonte Stefan Rouenhoff (CDU), auch sie habe „den klaren Wunsch, die Menschenrechtslage und die Umweltsituation in den Schwellen- und Entwicklungsländern zu verbessern“. Aber ein Lieferkettengesetz, wie es sich Grüne und Linke vorstellten, würde das Gegenteil bewirken. „Es wird unseren deutschen Mittelstand verunsichern, in diesen Ländern zu investieren“, warnte er. Die Union setze zuallererst auf die freiwillige Selbstverpflichtung der Unternehmen. Außerdem sei es „originäre Aufgabe“ der

deutschen Außen- und Entwicklungspolitik, den Einfluss auf Regierungen in den betroffenen Ländern „im Interesse von Arbeits-, Umwelt- und Sozialstandards“ zu vergrößern.

Falsche Adressaten Ähnlich argumentierte Markus Frohnmaier (AfD). „Das grüne Lieferkettengesetz führt zu einer massiven Verschiebung der Verantwortung: weg von den Staaten und den Regierungen hin zu deutschen – ausschließlich deutschen – Unternehmen“, bemängelte er. Die würde damit Bundesregierung „die vielfach unfähigen und korrupten Regierungen der Entwicklungsländer von der eigenen Verantwortung entbinden“. Christoph Hoffmann (FDP) warnte ebenfalls vor einem „dramatischen Rückgang“ der Investitionsbereitschaft deutscher Unternehmen durch ein „bürokratisches Lieferkettengesetz“. Für zielführender hielt er die Unterstützung von guter Regierungsführung in den betroffenen Staaten und den Aufbau von Gewerkschaften und Genossenschaften „auch mit Entwicklungszusammenarbeit“. Außerdem schlug Hoffmann eine „Blame-and-Shame-Liste“ der EU von Staaten und Unternehmen vor, die gegen Menschenrechte verstoßen haben. Die Grünen-Anträge wurden nach der Debatte zur weiteren Beratung an den Wirtschafts- beziehungsweise Menschenrechtsausschuss überwiesen. Johanna Metz

> STICHWORT

Sorgfaltspflichten von Firmen

> **Vereinte Nationen** Im Juni 2011 verabschiedeten sie die „Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte“. Die Staaten sind danach verpflichtet, Rahmenbedingungen für Unternehmen zum Schutz von Menschenrechten und Arbeitsnormen zu setzen.

> **Deutschland** 2017 trat der Nationale Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte in Kraft, der auf eine freiwillige Selbstverpflichtung der Unternehmen setzt. Wie gut das funktioniert, überprüft die Koalition gerade.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Gefährliche Passagen

MENSCHENRECHTE II Mehr Flüchtlinge auf Mittelmeerrouten

Die Bundesregierung zeigt sich beunruhigt über die seit Jahresanfang wieder deutlich gestiegene Zahl von Flüchtlingen auf der zentralen Mittelmeerroute. Zwar ist die Zahl der registrierten illegalen Grenzübertritte auf den Hauptmigrationsrouten laut Frontex im Januar im Vergleich zum Vormonat gesunken. Doch von Libyen aus habe sich die Anzahl der europäischen Grenzschutzagentur zufolge verdoppelt. Auch die Zahl der Toten und Vermissten habe zuletzt „nach oben korrigiert“ werden müssen, sagte ein Vertreter der Bundesregierung vergangene Woche im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Damit bleibe die Mittelmeerroute laut Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) die „gefährlichste Flüchtlingsroute“. Besorgt äußerte sich der Vertreter des Auswärtigen Amtes auch über die Situation der in libyschen Haftzentren internierten Flüchtlinge. Deren Lage sei „extrem schlecht“. Die EU und insbesondere die libysche Regierung wiederholt zur Schließung der Lager und zur Freilassung der Inhaftierten aufgefordert. Seit vergangener Sommer seien so auch tatsächlich drei Lager geschlossen worden. In den noch bestehenden „Detention Centers“ befänden sich jedoch noch immer mehr als 2.000 Personen. Äußerst angespannt sei auch die Lage der Flüchtlinge auf der Route über das östliche

Mittelmeer: Über die Ägäis würden insgesamt die meisten illegalen Grenzübertritte registriert. Rund 60.000 seien 2019 über den Seeweg nach Griechenland gekommen. Zuletzt sei die Zahl der Flüchtlinge gestiegen. Besonders besorgniserregend nannte der Regierungvertreter auch die hohe Zahl der Todesfälle. 2019 seien auf der ostmediterranen Route mehr als 70 Menschen zu Tode gekommen, 2020 aber schon 63. Eine Entspannung sei darüber hinaus nicht zu erwarten, angesichts der „katastrophalen humanitären Situation“ im syrischen Idlib. Als „völlig unzureichend“ bezeichnete der Vertreter des Auswärtigen Amtes zudem die Unterbringung der Flüchtlinge auf den griechischen Inseln. Fast 42.000 Menschen lebten dort in Flüchtlingslagern, obwohl diese nur für etwa 6.700 Menschen ausgelegt seien. An dieser Überlastung habe auch die Verlegung von etwa 2.000 Menschen auf Festland wenig geändert. In und um das Lager Moria auf Lesbos sollen derzeit noch mehr als 19.000 Flüchtlinge untergebracht sein, darunter viele unbegleitete Minderjährige. Dass das Dublin-Verfahren „nicht funktioniert“, lasse sich besonders an dieser Situation in Griechenland ablesen, sagte der Regierungvertreter. Die EU-Kommission sei dabei, mit der griechischen Regierung einem Vorschlag zu arbeiten, um die humanitäre Situation vor Ort zu verbessern. Sandra Schmid



Die Anti-Brexit-Demonstranten geben nicht auf und schwenken auch Tage nach dem offiziellen EU-Austritt Großbritanniens unermüdlich die EU-Flagge vor dem britischen Parlament in London.

© picture alliance / NurPhoto

Berlin zieht rote Linien

BREXIT Fraktionen knüpfen Freihandel an Einhaltung von EU-Standards. AfD: »Realitätsverlust«

Im März beginnen die Verhandlungen über die künftigen Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU. Um zu ahnen, dass diese noch komplizierter werden dürften als ohnehin erwartet, reicht es, der Kakophonie zwischen Brüssel und London zu lauschen: Hier Kommissionschefin Ursula von der Leyen, die Großbritannien nach dessen EU-Austritt am 31. Januar ein Freihandelsabkommen ohne Zölle und Mengenbegrenzungen anbietet, aber dieses an die Einhaltung fairer Wettbewerbsbedingungen knüpft. Dort der britische Premier Boris Johnson, der sich einen umfassenden Handelsvertrag ebenso vorstellen kann wie einen Ausstieg ohne Deal, sich aber in keinem Fall auf die Einhaltung von EU-Standards bei Umweltschutz, Arbeitnehmerrechten und staatlichen Wirtschaftsförderung festlegen lassen will. Einen „schwierigen Verhandlungspartner“, der „vor Kraft zur Zeit scheinbar kaum laufen kann“, nannte Michael Georg Link (FDP) Johnson denn auch vergangenen Donnerstag im Bundestag. Katja Leikert (CDU) äußerte den Verdacht, dass die Bri-

»Die EU kann ein Singapur an der Themse nicht zulassen.«

Markus Töns (SPD)

ten sich „unfaire Vorteile“ verschaffen wollten. Beide betonten, dass sich die 27 EU-Mitgliedstaaten auf ein klares Verhandlungsmandat einigen müssen, um vor Ablauf der Übergangsfrist am 31. Dezember 2020 ein ihren Vorstellungen entsprechendes Freihandelsabkommen mit den Briten besiegeln zu können. Das Mandat wollen die EU-Mitgliedstaaten am 25. Februar verabschieden. Bundestag und Europäisches Parlament (EP) – letzteres muss das Abkommen am Ende ratifizieren – stellen vorab ihre Bedingungen auf: So soll Großbritannien ihrem Willen zufolge nicht nur die bestehenden Standards der EU einhalten, sondern „dynamisch“ auch künftige Regeländerungen übernehmen müssen, heißt es in einer am Mittwoch verabschiedeten EP-Resolution wie auch in einem am Folgetag beschlossenen gemeinsamen Antrag (19/17122) von CDU/CSU, SPD und Grünen in Berlin. Die drei Bundestagsfraktionen befürworten wegen des großen Zeitdrucks außerdem ein reines EU-Abkommen („EU-only“), das nur vom EU-Parlament und dem Rat der Europäischen Union ratifiziert werden

schiedeten EP-Resolution wie auch in einem am Folgetag beschlossenen gemeinsamen Antrag (19/17122) von CDU/CSU, SPD und Grünen in Berlin. Die drei Bundestagsfraktionen befürworten wegen des großen Zeitdrucks außerdem ein reines EU-Abkommen („EU-only“), das nur vom EU-Parlament und dem Rat der Europäischen Union ratifiziert werden

mus und nicht von den nationalen Parlamenten der Mitgliedstaaten. Dieses soll jedoch auf Bereiche beschränkt bleiben, in denen die EU eindeutig zuständig ist. Die Befürchtung ist, dass die EU am Ende ohne Abkommen dasteht. Auch die FDP macht sich daher für ein „EU-Only“-Abkommen stark. Ein entsprechender Antrag (19/17098) fand am Donnerstag aber keine Mehrheit.

Gegen Dumping-Wettbewerb Katja Leikert zeigte sich trotz der zu überwindenden Hürden in sehr knapper Zeit vorsichtig optimistisch. „Wir strecken die Hand aus und hoffen, dass diese Hand in London auch ergriffen wird“, sagte die CDU-Abgeordnete. Klar sei aber: „Wer eine Steuererhöhung von Europas Küsten schaffen möchte, kann keinen unbeschränkten Marktzugang bekommen.“ Vor einem „Dumping-Wettbewerb vor unserer Haustür“ und einem „Singapur an der Themse“, warnte auch Markus Töns (SPD). Sein Parteikollege, Bundesaußenminister Heiko Maas, betonte zwar den Willen der EU, „eine möglichst enge Partnerschaft mit Großbritannien, und zwar in allen Bereichen“ aufzubauen, stellte aber in die Wahrung der Interessen der Bürger und Verbraucher in den Mittelpunkt. „Es geht es darum, die liberale Demokratie in Europa zu verteidigen und zu stärken“,

ergänzte Franziska Brantner (Grüne). Das Pochen auf gemeinsame Standards habe daher nichts mit „Rache“ zu tun, sondern folge diesem übergeordneten Ziel. Andrej Hunko (Die Linke) unterstützte die EU-Verhandlungsstrategie „gegen einen Wettlauf nach unten“, erteilte jedoch anderen Punkten in dem von der EU-Kommission am 3. Februar 2020 vorgelegten Mandatsentwurf eine Absage, etwa den Plänen für gemeinsame Militärmissionen und Aufrüstungsprojekte. Auch ein „EU-only“-Abkommen will Die Linke nicht. Wie schon bei den Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada gefordert, soll-

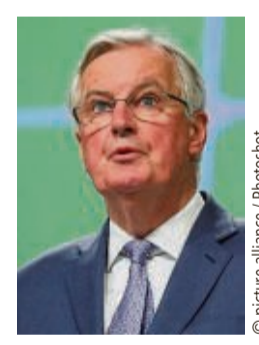
ten die nationalen Parlamente mitreden können und frühzeitig über den Stand der Verhandlungen informiert werden, mahnte Hunko. Für die AfD warf Martin Hebrer den übrigen Fraktionen „Realitätsverlust“ vor. „Die Briten wollten ihre Freiheit zurück, und das passiert jetzt auch“, lobte er. Es sei daher ein „Irrglaube“ zu denken, dass die EU den Briten erneut ihre Vorschriften aufzwingen könne. Dass die Bundesregierung das Verhandlungsmandat auf die EU-Kommission übertragen wolle, bedeute im übrigen die „Selbstaufgabe der eigenen Interessen“, urteilte Hebrer. *Johanna Metz*

STICHWORT

Verhandlungen über die künftigen Beziehungen

> Ablauf Die 27 EU-Mitgliedstaaten wollen am 25. Februar das Verhandlungsmandat, für die Anfang März beginnenden Verhandlungen beschließen. Laut EU-Verhandlungsführer Michel Barnier (Foto) müssen diese bis Ende Oktober abgeschlossen sein, um die Vereinbarung noch bis zum Ende der Übergangsfrist am 31. Dezember 2020 ratifizieren zu können.

> Ziele Die EU strebt ein ehrgeiziges Handelsabkommen mit Großbritannien ohne Zölle an, will aber auch weitreichende Vereinbarungen in Bereichen wie der Außenpolitik und der Inneren Sicherheit treffen.



© picture alliance / Photostock

Der Versuch, sich neu zu finden

VERSAMMLUNG Abgeordnete aus Deutschland und Frankreich beraten über Zusammenarbeit bei Verteidigung

Annegret Kramp-Karrenbauer und Florence Parly waren sichtlich darum bemüht, einen harmonischen Eindruck zu vermitteln, als sie von der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung (DFPV) zur Verteidigungspolitik befragt wurden. Freundlich wiesen sich die beiden Ministerinnen am 5. Februar im Europaparlament in Straßburg auf den Weg zu, als sie bei der dritten Sitzung des Gremiums gut eine Stunde lang auf Fragen der 100 Abgeordneten aus beiden Ländern antworteten. Beide Länder haben allerdings gerade in verteidigungspolitischen Fragen unterschiedliche Positionen. „Wir haben andere Traditionen, andere Herangehensweisen, andere verfassungsrechtliche Grundlagen“, räumte Kramp-Karrenbauer (CDU) denn auch in ihrem Eingangsstatement ein. Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) betonte in seiner Eröffnungsrede jedoch auch die gemeinsame Führungsverantwortung, „die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik weiter zu entwickeln, die sich nach dem Brexit ohnehin ein Stück weit neu finden muss“.

Druck aus Frankreich bekam Kramp-Karrenbauer gleich bei der ersten Frage zum gemeinsam entwickelten Kampfflugzeug Future Combat Air System (FCAS) zu spüren. Der Abgeordnete Jean-Charles Larsonneur von der Regierungspartei La République en Marche kritisierte, dass der Haushaltsausschuss des Bundestages das Projekt blockiere und damit möglicherweise das Zieldatum 2040 verhindere. Das Schicksal des FCAS liege in den Händen des Bundestags, sagte auch Parly. Kramp-Karrenbauer entgegnete, es gebe „keinen Zweifel daran, dass wir gemeinsam möchten, dass FCAS zügig und wirksam und fair für beide Seiten realisiert wird“. Der Haushaltsausschuss werde die Mittel für die Entwicklung möglicherweise schon in seiner nächsten Sitzung frei geben, sagte sie. Als der Ausschuss wenige Tage später 77,5 Millionen Euro für so genannte Demonstratoren bewilligte, reagierte Parly prompt: „Die Zeichen stehen auf Grün für die Entwicklung eines Prototyps, der 2026 fliegen soll“, twitterte die Verteidigungsministerin erfreut.

Höhere Ziele Deutschland und Frankreich hatten das Projekt zusammen mit dem gemeinsamen Kampfflugzeug MGCS 2017 angestoßen. Der französische Präsident Emmanuel Macron will noch deutlich über diese Rüstungszusammenarbeit hinausgehen und plädiert für ein „Europa der Verteidigung“. Ziel ist eine europäische Armee, die Europa von den USA – unter Donald Trump ein unberechenbarer Partner – unabhängig machen soll.

Auch Kramp-Karrenbauer sprach sich in Straßburg für ein stärkeres europäisches Profil aus. „Es geht darum, dass wir im Konzert vieler internationaler Stimmen unsere Werte, unsere Prinzipien als Europäerinnen und Europäer gemeinsam verteidigen können“, sagte sie. Die europäische Säule der Verteidigung müsse aber in die Nato eingepasst werden.

Auch beim heiklen Thema der atomaren Abschreckung beharrte sie auf dem Schutz der Nato. Die Verteidigungsministerin reagierte damit auf einen Vorschlag von CDU-Fraktionsvize Johann Wadepuhl, wonach Deutschland sich mit eigenen Mitteln an der atomaren Abschreckung beteiligen könne. Frankreich, nach dem Brexit einzige Atommacht in der EU, könnte dafür seine Atomwaffen unter Kommando der Nato oder der EU stellen. „Die Vorstellung, dass wir in Deutschland beginnen, eine eigene Herstellung von atomaren Waffen – auch in einem europäischen Kontext – anzugehen, erscheint mir nicht sehr realistisch“, kommentierte Kramp-Karrenbauer dieses Szenario. Auch Macron stellte wenige Tage später in seiner Rede zur Atomdoktrin klar, dass Frankreich das alleinige Kommando über seine Atomwaffen behalten werde. Die Sitzung der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung im Euro-

parlament war die dritte seit ihrer Gründung vor knapp einem Jahr. Am zweiten Tag ihres Treffens setzten die Abgeordneten eine Arbeitsgruppe ein, die die EU-Kommission im Kampf gegen den Klimawandel unterstützen soll. Eine zweite Arbeitsgruppe soll das Wirtschafts- und Insolvenzrecht beider Länder harmonisieren.

Enge Kooperation Die DFPV war aus dem Deutsch-Französischen Parlamentsabkommen hervorgegangen. Zuletzt hatten sich die jeweils 50 Abgeordneten aus beiden Ländern im September in Berlin mit Fragen der Außenpolitik befasst und dazu Außenminister Heiko Maas (SPD) und die Frankreichs Staatssekretärin für europäische Angelegenheiten, Amélie de Montchalin, gehört. Das Gremium soll die Zusammenarbeit auf parlamentarischer Ebene institutionalisieren, hat aber keine gesetzgebenden Befugnisse. *Christine Longin*

Die Autorin ist freie Korrespondentin in Paris.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Minister zieht ernüchternde Bilanz

ENTWICKLUNG Ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Industrieländer für Entwicklungszusammenarbeit, ein Nahrungsmittelprogramm für die ärmsten Länder, die Liberalisierung des internationalen Handels und eine internationale Steuer zugunsten der Dritten Welt – das waren die Kernforderungen des „Nord-Süd-Berichts“, den Ex-Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) im Februar 1980 den Vereinten Nationen in New York vorlegte. Zwei Jahre lang hatte die von ihm geleitete „Unabhängige Kommission für Internationale Entwicklungsfragen“ (ICIDI) an den Empfehlungen gearbeitet. In der Einleitung betonte Brandt: „Wo Hunger herrscht, kann Friede nicht Bestand haben“.

Diese Worte müssten heute „Leitschnur allen politischen Handelns sein“, urteilte Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) vergangene Woche in einer Vereinbarten Debatte anlässlich des Jahrestages des „Nord-Süd-Berichts“. 40 Jahre nach dessen Erscheinen zogen sie jedoch eine gemischte Bilanz der bisherigen Entwicklungspolitik. Als „ernüchternd“ bezeichnete sie Müller mit Blick etwa auf die steigende Zahl der Hungernden und die millionenfache Ausbeutung von Kindern. „Wenn die Unterstützung für die Entwicklungspolitik genauso stark wäre wie für die Verteidigungspolitik, hätten wir das im Bericht geforderte Ein-Prozent-Ziel für Entwicklungsausgaben längst erreicht“, konstatierte er. Das Missverhältnis von Rüstungs- und Entwicklungsausgaben kritisierten auch die Redner von SPD, Grünen und Linken. „Entwicklung hat nur eine Chance, wenn Konflikte befriedet werden“, urteilte Gabriela Heinrich (SPD) in Anlehnung an Brandts Worte und forderte mehr Engagement für Frieden, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Sie verwies zudem auf ein im November 2019 verabschiedetes Grundsatzzpapier ihrer Fraktion, in dem diese sich für eine Verringerung der Waffenexporte ins Ausland einsetzt.

»Beschämend« Helin Evrim Sommer (Die Linke) nannte es „beschämend“, dass eine Organisation wie die für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) weniger Geld im Jahr bekomme, „als ein Eurofighter kostet“. Dabei werde für zivile Konfliktprävention und -bearbeitung, aber auch für die Unterstützung der ärmsten Länder mehr Geld benötigt. Brandt habe vor 40 Jahren politischen Weitblick bewiesen. „Doch was würde er heute sehen?“, fragte Sommer. Für die Grünen nannte Uwe Kerkeritz die unter der Großen Koalition „auf Rekordhöhe“ angestiegenen Rüstungsausgaben einen „Offenbarungseid“. Dabei habe der Nord-Süd-Bericht – aus seiner Sicht ein „intellektueller Meilenstein“ – den nachfolgenden Generationen „einen klaren Handlungsauftrag erteilt“. Für die AfD bewertete Dietmar Friedhoff die Entwicklungspolitik der vergangenen Jahrzehnte als „fehlgeleitet“. Einem Kontinent wie Afrika werde man mit „westlichem Vormundswahn“ nicht gerecht. Es brauche „eine ernst gemeinte wirtschaftliche Zusammenarbeit“ und Unterstützung für den „eigenen afrikanischen Weg“. Christoph Hoffmann (FDP) betonte, die Entwicklungspolitik habe durchaus viel erreicht. Allerdings habe die staatliche Entwicklungszusammenarbeit die Illusion genährt, mit öffentlichem Geld könne alles gerichtet werden. „Aber dafür braucht es Trillionen“ und hohes privates Engagement, sagte Hoffmann. *jo*

Anzeige

DAS LEBEN ÄNDERT SICH

Bitte benachrichtigen Sie uns bei:

Namensänderung

Adressänderung

Änderung der Bankverbindung

Telefonisch unter: 089-85853832,

via E-Mail: fazit-com@intime-media-services.de

oder online unter:

www.das-parlament.de/aboservice



AUFGEKEHRT

Die CDU im Karneval

Die CDU hätte sich für ihre staatsgefährdende Krise keine bessere Zeit aussuchen können als den Vor-Karneval, wenn die Kostümprobe ansteht. Denn erstens kann so jeder schon mal versuchsweise in eine neue Rolle schlüpfen, zum anderen wird alles, was beschlossen oder kommentiert wird, nicht so ernst genommen wie sonst. Aber Vorsicht: Wer sich in die Bütt begibt, weil er dort endlich mal mit Sicherheitsabstand zum Bundestag die reine Wahrheit sagen kann, schunkeln will oder alkoholisiert durch die Altstadt torkeln, sollte die Regeln kennen. Regel eins: Kinder, Besoffene und Karnevalisten sagen immer die Wahrheit. Regel zwei: Wer Küsschen austeilt, kann Schläge ernten. Regel drei: Am Aschermittwoch ist alles vorbei. Mittwoch, Mitte, CDU, alles vorbei: das erinnert stark an Thüringen. Es war am 5. Februar (Mittwoch), als ein gewisser Thomas Karl Leonard Kemmerich von der FDP den Höhepunkt seiner Karriere erreichte. Er wurde Ministerpräsident in Thüringen. Der Mann wirkte dabei nicht wirklich fröhlich, wir wissen nicht, ob es Sekt gab. Es dauerte nur einen Tag, da war ihm die neue Rolle schon wieder lästig. Gut, dass Karneval ansteht, Kostüm gewechselt, weiter geht's. Auch AKK hat seit jenem Mittwoch genug von ihrer Rolle als Vielleicht-Kanzlerin. Was soll man auch machen als gefühltes Funkenmariechen gegen ein brachiales Dreigestirn, das sich abends mit Ballerspielen, Holzhacken und Fußball runterregeln muss. Nun singt AKK vor dem Einschlafen „Ein bisschen Frieden“ und fühlt sich endlich wieder geborgen. Vielleicht steigt sie irgendwann in die Bütt und erzählt, wie es ihr wirklich erging an jenem Tag, als plötzlich alles vorbei war. *Claus Peter Kosfeld*

VOR 15 JAHREN...

Zu lasche Visavergabe?

17.2.2005: Untersuchungsausschuss tagt öffentlich. Die rot-grüne Bundesregierung habe durch eine zu lasche Visumvergabepraxis das Geschäft von Schleusern vor allem aus Osteuropa vereinfacht. So lautete die Kritik der Opposition an einer unbürokratischeren Erteilung von Visa, die ab dem Jahr 2000 galt. Auf Antrag der Unionsfraktion wurde ein Untersuchungsausschuss „Sicher-



Joschka Fischer (Bündnis 90/Die Grünen) bei seiner Aussage vor dem Ausschuss

heitsrisiko Visapolitik“ eingesetzt, der die sogenannte Visa-Affäre aufklären sollte. Am 17. Februar 2005 tagte er zum ersten Mal öffentlich. Auslöser der Affäre war ein Erlass aus dem Auswärtigen Amt von 1999. Dessen Kernbotschaft: „In dubio pro libertate – im Zweifel für die (Reise-)freiheit.“ Für die deutschen Botschaften galt: „Nicht jeder Zweifel an der Rückkehrbereitschaft, sondern erst die hinreichende Wahrscheinlichkeit der fehlenden Rückkehrbereitschaft rechtfertigt die Ablehnung eines Besuchsvisums.“ Tausende, so der Vorwurf, sollen so mit legalen Visa nach Deutschland gekommen sein, um dann illegal zu bleiben. Menschenhandel und Prostitution habe man so Vorschub geleistet, hieß es von Unionspolitikern. 32 Mal kam der Untersuchungsausschuss zusammen. Einige Sitzungen, darunter die Befragung von Außenminister Joschka Fischer (Bündnis 90/Die Grünen) wurden live übertragen – ein Novum in der Geschichte des Bundestages. Die letzte Sitzung fand im August 2005 statt. Die Union blieb damals dabei: Die rot-grüne Visapolitik habe die Sicherheit Deutschlands gefährdet. Eine Gefährdung „habe es zu keinem Zeitpunkt gegeben“, lautete dagegen die Bewertung der Koalition. *Benjamin Stahl*

ORTSTERMIN: AM MAHNMAL FÜR DIE ERMORDETEN JUDEN EUROPAS



Gemeinsame Gesten: Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU, rechts) und Yuli-Yoel Edelstein, Präsident der Knesset des Staates Israel, legten vergangene Woche einen Kranz am Mahnmal nieder. Erstmals trägt das Blumengebinde die Fahnen und Sprachen beider Staaten.

Zum Erinnern verpflichtet

Die Blüten weiß und pastellgelb – graue Betonstelen flankieren das Blumengebinde mit den Schleifen in den Farben der Bundesrepublik und Israels. Yuli-Yoel Edelstein wird in seiner Rede darauf zu sprechen kommen: Erstmals ein Kranz, „der unsere beiden Fahnen trägt“, mit deutschen und hebräischen Aufschriften. Für den Präsidenten der Knesset, dem Parlament Israels, ist das ein Symbol. Es stehe für Freundschaft und Zusammenarbeit mit Blick auf die Zukunft, sagt er. Drei Tage hat Edelstein auf Einladung von Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) in Berlin verbracht, Minister und Parlamentarier getroffen, soeben noch einer Plenarsitzung beigewohnt. Jetzt sitzt er neben Schäuble am Rande des Berliner Holocaust-Mahnmals, einem Ort, wo man, wie er sagt, nur „mit zerrissenem Herzen“ verweilen könne. Das Stelenfeld erinnere an die „moderne Finsternis des Volkes Israel“. Indes: „Unsere Präsenz hier ist ein Zeugnis dafür, dass

wir uns selbst aus dieser Zeit auf Adlerschwingen erheben haben“, so wie es im Alten Testament vom Auszug der Kinder Israels aus Ägypten berichtet werde. Schäuble wendet sich an den israelischen Gast: „Es bewegt mich sehr, mit Ihnen als Sohn von Überlebenden des Holocaust gemeinsam zu gedenken.“ Dies sei ein Beweis des großen Vertrauens in Israel in den deutschen Staat. Eines Vertrauens, das „über den Abgründen unserer Geschichte“ nur habe wachsen können, „weil wir Deutsche uns zur Schuld, die unser Land trägt, bekannt haben“. Die Relativierer und Leugner seien dessen ungeachtet noch immer unter uns, würden neuerdings sogar lauter. Sie seien aber in der Minderheit. Nicht die Stärke ihrer Gegner, allein Schwäche und Verantwortungslosigkeit der Demokraten selbst könnten eine freiheitliche Ordnung in Gefahr bringen, sagte Schäuble. Über lautstarke Auftritte der Leugner und Relativierer haben Verantwortliche in Gedenkstätten und Museen

zunehmend zu klagen. Hin und wieder müssen Führungen vorzeitig abgebrochen werden, weil Teilnehmer sich rüpelnd danebennehmen. Wie dem zu begegnen ist, war in der Vorwoche Thema einer Veranstaltung in den unterirdischen Ausstellungsräumen des Mahnmals, bei der ein Leitfadens zum Umgang mit dem „Kulturkampf von rechts“ vorgestellt wurde. „Niemand hat uns das Recht gegeben, zu vergessen und zu vergeben. Wir müssen uns erinnern und gegen die kämpfen, die bestreiten und relativieren“, betonte der Gast. „Nie wieder solche Taten zuzulassen – diese Verpflichtung ist Teil unseres Selbstverständnisses“, sagte auch Schäuble. Auf Bürgersteigen in deutschen Städten erzählten mittlerweile zahllose Stolpersteine eindringlich von den Menschen, die die Nazis aus unserer Mitte gerissen hätten. Das Mahnmal sei ein „großer Stolperstein“, der in Sichtweite des Bundestages die „bleibende Verantwortung“ zeuge, die Opfer nicht zu vergessen. *Windfried Dolderer*

LESERPOST

Zur Ausgabe 52-1 vom 23. Dezember 2019, „Gnädige Flurbereinigung“ auf Seite 9: Ich komme regelmäßig in den dienstlichen Genuss, Ihre Zeitung zu lesen. Das mache ich gern und verlinke auch ebenso gern die Inhalte für die Belange der historischen Bildung in der Bundeswehr. Im Artikel ist mir die DDR-Karikatur zu Staatssekretär Hans Globke aufgefallen. Ich kann mir im Grunde denken, was damit ausgedrückt werden sollte, aber diese Karikatur enthält neben der Kritik an Globke auch einen großen Anteil von Antisemitismus der DDR-Führung selbst, der sich dem Leser aus dem Zusammenhang des Artikels nicht erklärt. Hier hätten die verschiedenen Ziele der DDR-Publizistik der damaligen Zeit gegen die Bundesrepublik und gegen Israel erklären werden müssen. *Oberstleutnant Heiner Bröckermann, per E-Mail*

Zur Ausgabe 4-5 vom 20. Januar 2020, „Dienst am Nächsten“ auf Seite 1: Erstaunlich welche Sätze zu dem Thema Organspende aktuell in Leserbriefen zu lesen sind. Für mich ist die Seele das wirksame Prinzip des materiellen Körpers. Sie trägt den menschlichen Körper. Im heutigen hypernaturwissenschaftlichen Zeitgeist ist sie nur eine Bewusstseinsfolge und trennt sich beim Tod vom toten Körper. Will ein Notarzt diesen Moment feststellen oder soll schon vorher eingegriffen werden und dem lebenden, aber verletzten Körper ein gesundes Organ entnommen werden? Dies ist metaphysische Logik, letzten Endes „Theo-Logik“. *Franz Georg Schröder, Arnsberg*

Zur selben Ausgabe, „Preis des Essens“ auf Seite 7: Bio- und Öko-Fleisch mit sämtlichen Gütesiegeln kostet etwas mehr. Und das werden sich auch weiterhin nur die Menschen kaufen (können), die über das nötige Kleingeld verfügen! *Klaus P. Jaworek, Büchenbach*

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 09. März.

PERSONALIA

>Bernward Müller
Bundestagsabgeordneter 1998-2008, CDU
Bernward Müller wird am 5. März 70 Jahre alt. Der Schulamtsdirektor aus Eisenberg/Saale-Holzland-Kreis trat 1992 der CDU bei, hatte verschiedene Parteiämter auf Kreis- und Landesebene inne und war 1990 bis 1998 Kreisabgeordneter. Im Bundestag wirkte der Christdemokrat u.a. im Umweltausschuss sowie im Bildungsausschuss mit. 2008/09 war Müller zudem thüringischer Kultusminister.

>Paul Krüger
Bundestagsabgeordneter 1990-2001, CDU
Paul Krüger wird am 7. März 70 Jahre alt. Der Dipl.-Ingenieur aus Neubrandenburg trat 1990 der CDU bei und gehörte der ersten frei gewählten Volkskammer an. Von 1994 bis 1998 war er stellvertretender Vorsitzender seiner Bundestagsfraktion und von 1998 bis 2001 stand er an der Spitze des Ausschusses für die Angelegenheiten der Neuen Länder. Von Mai 1993 bis November 1994 amtierte Krüger unter Helmut Kohl (CDU) als Bundesminister für Forschung und Technologie. Von 2001 bis 2015 war er zudem Oberbürgermeister von Neubrandenburg.

>Trude Unruh
Bundestagsabgeordnete 1987-1990, Die Grünen/fraktionslos
Am 7. März vollendet Trude Unruh ihr 95. Lebensjahr. Die Kaufrau aus Wuppertal, ursprünglich SPD- bzw. FDP-Mitglied, war 1989 Gründerin und bis 2007 Bundesvorsitzende des Senioren-Schutz-Bundes „Graue Panther“. Im Bundestag gehörte Unruh dem Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung an. *bmh*

>Lothar de Maizière
Bundestagsabgeordneter 1990-1991, CDU
Lothar de Maizière vollendet am 2. März sein 80. Lebensjahr. Der Rechtsanwalt aus Berlin trat 1956 der CDU in der DDR bei und engagierte sich seit den 1980er-Jahren in der dortigen evangelischen Kirchenbewegung. Von April bis Oktober 1990 war der Christdemokrat der erste frei gewählte Ministerpräsident der DDR. 1990/91 amtierte er als stellvertretender CDU-Vorsitzender. De Maizière gehörte im Bundestag dem Rechtsausschuss an.

>Horst Schmidbauer
Bundestagsabgeordneter 1990-2005, SPD
Am 3. März begeht Horst Schmidbauer seinen 80. Geburtstag. Der Industriekaufmann aus Nürnberg trat 1956 der SPD bei und war von 1985 bis 1997 dortiger Unterbezirksvorsitzender. Von 1972 bis 1990 gehörte er dem Nürnberger Stadtrat an. Schmidbauer engagierte sich im Gesundheitsausschuss. Mit dem Namen des Sozialdemokraten ist die Aufklärung des Blut-Aids-Skandals zwischen 1990 und 1994 verbunden.

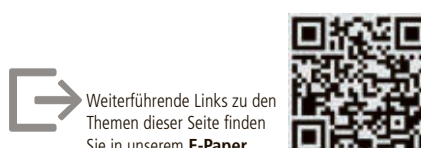
>Friedrich Bohl
Bundestagsabgeordneter 1980-2002, CDU
Friedrich Bohl wird am 5. März 75 Jahre alt. Der Rechtsanwalt aus Marburg trat 1963 der CDU bei und war von 1978 bis 2002 Vorsitzender des Kreisverbands Marburg-Biedenkopf. Von 1972 bis 1990 gehörte er dem Kreistag und von 1970 bis 1980 dem Hessischen Landtag an. Von 1984 bis 1991 war Bohl Parlamentarischer Geschäftsführer seiner Bundestagsfraktion und danach bis 1998 Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramts.

SEITENBLICKE



PANNENMELDER

Zur Ausgabe 6-7 vom 03. Februar 2020: Im Artikel „Engpassbeseitigungen und Fahrinnenvertiefungen“ auf Seite 3 schrieben wir fälschlicherweise von einem zweigleisigen Ausbau der Aus- und Neubaustrecke Hannover nach Bielefeld. Tatsächlich sollen mit der Maßnahme zwei zusätzliche Gleise realisiert werden.



Heiko Maas, SPD, Bundesminister des Auswärtigen:

Eine gute Lösung für die Zukunft Europas finden



Heiko Maas (* 1966)
Bundesminister

Einer aktuellen Studie zufolge erreichen Menschen zum Ende ihrer 40er-Jahre ihren emotionalen Tiefpunkt, und das über Länder, Geschlechter und Einkommen hinweg. Genauer gesagt: Mit 47,2 Jahren hadern die Menschen am meisten. Aber – das kann ich Ihnen auch aus eigener Erfahrung sagen – danach wird es wieder besser.

Meine Damen und Herren, es ist wahrscheinlich ein historischer Zufall, aber als Großbritannien am 31. Januar die Bande mit Brüssel kappte, waren die Briten genau 47 Jahre und einen Monat Mitglied der Europäischen Union. Nun ist Großbritannien ein Drittstaat. Deshalb wird – da, glaube ich, brauchen wir uns nichts vorzumachen – unser Verhältnis zwangsläufig weniger eng sein als bisher. Bei allem Respekt für die

Entscheidungen, die in Großbritannien getroffen worden sind: Ich und, ich glaube, viele von uns bedauern das sehr. Ich mache mir auch keine Illusionen darüber, dass das die Europäische Union verändern wird.

Aber genauso – vielleicht auch angesichts all dessen, was bis zum 31. Dezember dieses Jahres ansteht – ist jetzt der richtige Zeitpunkt, nach vorne zu schauen und die Zukunft zu gestalten: einerseits innerhalb der Europäischen Union, andererseits vor allen Dingen die Zukunft der Europäischen Union und ihr Verhältnis zu Großbritannien und unser bilaterales Verhältnis zu Großbritannien.

Dabei ist eines klar: Eine möglichst enge Partnerschaft mit Großbritannien ist das, was wir wollen, und zwar in allen Bereichen. Dafür legt der Mandatsentwurf, den die Kommission am 3. Februar vorgelegt hat und den die Mitgliedstaaten voraussichtlich am 25. Februar beschließen werden, eine gute Grundlage.

Für uns steht in den kommenden Monaten in den Verhandlungen vor allen Dingen eines im Mittelpunkt, nämlich der Schutz der Bürgerinnen und Bürger und die Wahrung der Interessen der Bürgerinnen und Bürger, und zwar sowohl in der Europäischen Union als auch in Großbritannien. Das gilt zum Beispiel mit Blick auf

die Vereinbarungen zu Wirtschaft und Handel. Großbritannien bleibt zwar ein enger Freund und Partner, aber Großbritannien wird auch Wettbewerber. Boris Johnson selbst wird in der ihm eigenen Art nicht müde, das ständig zu betonen. Deshalb: Ja, die Europäische Union strebt eine Freihandelszone ohne Zölle und ohne Quoten an. Das bedeutet aber gleichzeitig: null Dumping und null unfairer Wettbewerb.

Im Moment hören wir aus London leider auch andere Töne. Großbritannien wird das aber beachten müssen, vor allen Dingen dann, wenn es weiter einen zollfreien Zugang zum größten Binnenmarkt der Welt haben möchte. Auf jeden Fall – das haben wir gestern in einem Gespräch mit Michel Barnier, dem Chefunterhändler der Europäischen Union, in Berlin noch einmal besprochen – gilt: Auf einen Wettlauf nach unten, was Umweltstandards oder die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Verbraucherinnen und Verbrauchern angeht, werden wir uns nicht einlassen können und werden wir uns auch nicht einlassen.

Auch im Bereich der inneren Sicherheit – bei der Terrorbekämpfung

oder bei der Verfolgung grenzüberschreitender Kriminalität – steht der Schutz der Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt. Deshalb werden wir darauf achten, dass wir in Zukunft sehr eng kooperieren, insbesondere dort, wo es um den Datenaustausch geht – das ist eine besondere Herausforderung –, unter der Voraussetzung, dass ein hohes Maß an Datenschutz gewährleistet ist und dass die Menschenrechte und weiteren Rechte der Bürgerinnen und Bürger im Zusammenhang mit Datenschutz – das wird ein immer wichtigeres Thema in der digitalen Welt – ohne Abstriche eingehalten werden, so wie London es zugesagt hat.

In der Außen- und Sicherheitspolitik bieten wir Großbritannien eine neue, eine maßgeschneiderte Partnerschaft an. Das müssen wir auch, weil wir Großbritannien gerade in dieser Beziehung auch in Zukunft brauchen werden. Als ständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und als enger Partner in den G-7- und den G-20-Formaten bleibt London ein zentraler Ansprechpartner für uns. Ohne die Abstimmung in Brüssel brauchen wir aber neue Formate der Zusammenarbeit. Deshalb ist es gut, dass die Europäische Union schon vor Ende 2020 „strukturierte Konsultationen“ mit Großbritannien beginnen will.

Und auch bilateral, liebe Kolleginnen und Kollegen, jenseits der Verhandlungen mit der Europäischen Union, werden wir weiter eng mit unseren britischen Freunden zusammenarbeiten. Mein Kollege Dominic Raab und ich wollen dazu schon in den kommenden Wochen eine gemeinsame Erklärung unterzeichnen, mit der zum Beispiel regelmäßige Treffen auf Ministerebene und Staatssekretärskonsultationen zwischen Deutschland und Großbritannien vereinbart werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Grundprinzip, das für die Brexit-Verhandlungen galt, das muss nun auch für die anstehenden Verhandlungen gelten: Je geschlossener wir als Europäische Union auftreten, desto besser wird auch unser Verhandlungsergebnis sein, insbesondere wenn es darum geht, einen fairen Wettbewerb zu

gewährleisten. Dabei, meine sehr verehrten Damen und Herren, zählen wir auch auf die Unterstützung des Parlamentes. Die heute zur Abstimmung stehende Stellungnahme bietet dazu, wie ich finde, in der Sache eine gute Basis.

Ich kann Ihnen noch etwas zu sagen: Sie können sich darauf verlassen, dass wir als Bundesregierung den Deutschen Bundestag und die zuständigen Ausschüsse in jede Phase der Verhandlungen, die jetzt anstehen, weiter eng einbeziehen, insbesondere auch dann, wenn wir in der zweiten Hälfte dieses Jahres die Ratspräsidentschaft innehaben, um Sie zu informieren, aber auch, um uns mit dem Parlament abzustimmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Studie, die ich zu Beginn zitiert habe, macht auch Hoffnung für die Zukunft; denn nach 47,2 Lebensjahren steigt die Glückskurve der Menschen wieder an. In diesem Sinne werden wir jetzt auch zügig zusammen mit der Kommission, nämlich mit Michel Barnier, die Verhandlungen beginnen, und zwar in Gesamtpaketen. Wir wollen nicht, dass einzelne Themen verhandelt werden und möglicherweise versucht wird, mit einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Union Sondervereinbarungen zu treffen, sondern wir werden das als Mitgliedstaaten der Europäischen Union gemeinsam angehen.

Deshalb: Lassen Sie uns die kommenden Monate nutzen, um mit unseren britischen Freundinnen und Freunden – das werden sie bleiben, auch unsere Partner; wichtige Partner bei all den globalen Herausforderungen, denen wir uns gegenübersehen – gemeinsam als Europäer eine gute Lösung für die Zukunft Europas zu finden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.

www.bundestag.de/live/tv/index.html



Boris Johnson, Premierminister des Vereinigten Königreichs, unterzeichnete am 24. Januar 2020 das Brexit-Abkommen und nannte es einen „fantastischen Moment“.

© picture-alliance/Photoshot

Martin Hebner, AfD:

Die EU hängt nur noch am deutschen Steuerzahler



Martin Hebner (*1959)
Landesliste Bayern

Ich beginne nicht wie mein Vorredner damit, von einer Midlife-Crisis zu berichten, sondern ich berichte von einer Feier; einer Feier in London auf dem Parliament Square am 31. Januar. Dort haben britische Bürger zu Zehntausenden ihre Freiheit gefeiert; die Freiheit und die Unabhängigkeit von der EU. Ich war mit dabei. Es war eine tolle Feier.

Jetzt bekommen wir von Ihnen hier einen Antrag vorgelegt, mit dem Sie glauben den Briten die Einhaltung der EU-Vorschriften wieder aufzwingen zu können. In Ihrem Antrag steht das Ziel einer vertrauensvollen Zusammenarbeit unter Einhaltung der Regeln der EU. Meine Damen und Herren, glauben Sie tatsächlich, dass Sie den Briten diese wieder oktroyieren können? Ich weiß nicht, ob Sie von den Ergebnissen der Unterhauswahlen im Dezember gehört haben. Das war ein glatter Erfolg. Es war eine klare Aussage: Die Briten wollen ihre Freiheit zurück. – Das passiert jetzt auch.

Zu Beginn ein Zitat von 2018. Ich zitiere jetzt Herrn Schrader: „Der Brexit sollte ... Anlass für eine Grundsatzdiskussion sein“, ob die EU sich nicht „auf Kernkompetenzen nach einem strengen Subsidiaritätsprinzip“ beschränken sollte. Sie sollte „es den einzelnen Mitgliedstaaten überlassen“, „über ihre Integrationsschritte in eigener Souveränität zu entscheiden“. Dies würde einer „gesellschaftlichen Spaltung“ entgegenwirken. – Wie gesagt, das ist einige Jahre her.

Aber wissen Sie, was die EU macht? Das genaue Gegenteil! Schauen Sie sich mal Guy Verhofstadt an, übrigens der Verhandlungsführer der EU für den Brexit. Er riet dazu, die Möglichkeit zum Ausscheiden aus der EU künftig zu unterbinden. Und weiter sagte er ganz richtig, dass der Brexit das Scheitern der EU markiert. Doch

er zieht daraus die komplett falschen Schlussfolgerungen. Er sagte nämlich, daraus müsse man ganz klar die Schlussfolgerung ziehen, diesen Club als geschlossenen Club zu definieren. Das ist die komplett falsche Richtung. Die Mitgliedschaft in diesem Fall als Zwang zu etablieren, ist ein Unding.

Die Briten werden nicht auf die zunehmenden Forderungen nach Einhaltung der EU-Regeln reagieren. Sie werden in dem Falle die EU-Vorschriften nicht weiter akzeptieren. Ich muss Ihnen ganz klar sagen: Diese waren mit ein Grund für den Brexit.

Der Antrag der grünen Regierung, das heißt von CDU, SPD und Grünen, läuft auf die vollumfängliche Übertragung des Verhandlungsmandats auf die Europäische Kommission hinaus und damit auch auf einen Souveränitätsverlust Deutschlands. Genau das wollen wir nicht.

Dass sich die CDU und die SPD derzeit nach Thüringen nicht viel zutrauen, ist nachvollziehbar. Aber dass Sie die deutschen Verhandlungskompetenzen in die Hände einer ehemaligen deutschen Bundesministerin legen – man muss sich klarmachen: sie war in diesem Bundeskabinett ohnehin nicht sehr erfolgreich; aufgefallen durch „besondere Kompetenzen“, weswegen sie dann auch weggeklaut werden musste –, zeugt schon von einer Selbstaufgabe der eigenen Interessen.

Doch, meine Damen und Herren, es sind nicht Ihre Interessen, die Sie verfolgen sollten, sondern die Interessen der deutschen Bürger. Es sind in dem Falle – das muss man auch ganz klar sagen – Aufgaben, die einer dringenden Notwendigkeit unterliegen. Eine zentrale Erfahrung aus dem Brexit ist: Es muss jetzt sukzessive eine Regelung für den Fall weiterer Austritte geschaffen werden. Wahrscheinlich sind das Polen, Dänemark und Ungarn.

Kommen wir zurück zu Herrn Verhofstadt. Der Chefunterhändler der Austrittsverhandlungen zum Brexit sagte erst vor wenigen Tagen – ich zitiere -: Was bedeutet nationale Souveränität heute noch? Weiter: Die EU-Mitgliedstaaten haben ihre Souveränität schon lange verloren. – Das muss man sich mal vor Augen führen. So jemand soll dann die weiteren Verhandlungen zum Brexit vertrauensvoll führen? Meine Damen und Herren, das schafft nur weite-

re Probleme in den gerade genannten Ländern Polen, Dänemark und Ungarn.

Wir als AfD sind im Europarat in einer gemeinsamen Fraktion mit den britischen Konservativen, den Tories. Wir sind in der Fraktion der Europäischen Konservativen, der demokratischen Allianz. Was, glauben Sie, habe ich in den letzten Tagen in den Sitzungswochen im Januar von den britischen Kollegen zum Thema EU gehört? Glauben Sie tatsächlich, dass hier eine freundliche Zusammenarbeit mit einem Herrn Verhofstadt und im Übrigen auch mit einem Herrn Barnier noch möglich ist? Es ist nicht im Interesse der deutschen

Noch immer ignorieren Sie die Interessen und berechtigten Anliegen unserer Landwirtschaft.

Bürger und des deutschen Staates, die Verhandlungen weiter in deren Hände zu legen.

Wir wissen, dass Boris Johnson im Moment ein sehr starkes Verhandlungsteam aufbaut und einen enormen Zeitdruck macht. Im Übrigen ist es eine Katastrophe, dass die EU daran denkt, die Verhandlungen erst im nächsten Monat überhaupt zu starten. Vollkommen widersinnig! Sie wollen auf dem Altar der Einheitlichkeit der EU unsere Interessen komplett opfern?

Meine Damen und Herren, wenn Sie für die Erhaltung des Euros schon Hunderte Milliarden der deutschen Steuerzahler opfern, sage ich Ihnen: Das geht so nicht. Das kann so nicht weitergehen. Das ist unakzeptabel.

Die anderen Länder werden ihre nationalen Forderungen sehr konkret einbringen, nur Sie für Deutschland mal wieder nicht. Ich möchte auch ganz klar darauf hinweisen: Das ist genauso wie bei den Verhandlungen zum Merco-

sur-Abkommen, sprich: der Agrarpolitik, bei der die offensichtlichen Interessen der deutschen Landwirtschaft schon seit Längerem auf der Strecke bleiben. Noch immer ignorieren Sie die Interessen und die berechtigten Anliegen unserer Landwirtschaft, geopfert auf dem Altar des EU-Zusammenhalts, finanziert allein vom deutschen Steuerzahler und zelebriert auf Kosten unserer Landwirte.

Meine Damen und Herren, wir wissen heute schon: Die EU hängt nur noch am deutschen Steuerzahler. Jetzt sollen die britischen Nettozahlungen von Deutschland noch zusätzlich geschultert werden plus unsinniger Zukunftsprojekte wie dem Green Deal zum Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft. Nicht mit uns; ganz klar. Mit uns wird es keine solch sozialistischen Hirngespinnste geben. Im Interesse Deutschlands können wir nur klar darauf hinweisen: Machen wir den Brexit zu einem Erfolg! Das liegt auch in unserem Interesse.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Katja Leikert, CDU/CSU:

Der Brexit ist und bleibt ein trauriges Kapitel



Katja Leikert (*1975)
Wahlkreis Hanau

Es ist so: Der Brexit ist tatsächlich gekommen. Noch spüren wir das hier nicht. Es ist eher so ein bisschen wie die Ruhe nach einem Sturm. Aber für die Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Parlament ist der Brexit schon vollzogen. Vor zwei Wochen fand die Abstimmung statt. Wir haben die Bilder des Abschieds noch vor Augen. Es gibt einfach nichts daran zu rütteln. Darin unterscheiden wir uns fundamental, Herr Hebner: Der Brexit ist und bleibt ein historischer Fehler und ist leider eben keine nur vorübergehende depressive Phase von Endvierzigern. Er ist und

bleibt ein trauriges Kapitel.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Brexit produziert am Ende nur Verlierer. Er schwächt Europa und damit denjenigen Teil der Welt, der wie kein anderer für Menschenrechte und Freiheit steht und weltweit dafür eintritt. Nicht zuletzt bedeutet der Brexit, dass eine Handelsnation wie Großbritannien aus dem größten Binnenmarkt der Welt austritt. Auch das bleibt ein Irrsinn.

Das Brexit-Referendum erinnert uns darüber hinaus daran, dass die repräsentative parlamentarische Demokratie ein Fortschritt ist. Es reicht eben nicht, sich zu Demonstrationen zu versammeln, Herr Hebner. Gerade deshalb sind alle immer wieder dazu aufgefordert, jeden Tag gegen jede Falschinformation und gegen plumpen Populismus aufzustehen.

Es kann sein, dass Sie gerne auf Chaos abzielen, aber es gibt ein Austrittsabkommen. Es gibt einen geregelten Austritt, und es ist eben kein Chaos-Brexit geworden. Genau das ist das Verdienst der Europäer. Wir haben geduldig, fair und vor allem geschlossen verhandelt. Es war nicht immer leicht, wenn man sich die Situation in London

angekuckt hat. Es war ein Durcheinander, das alle Elemente von einem Shakespeare-Drama aufgeboten hat: Intrigen, Verrat, jede Menge Opfer und dazwischen ein tapferer, aufrechter Speaker, der immer wieder versucht hat, für Ordnung zu sorgen.

Manche – auch hier in diesem Hohen Haus; Sie haben es eben getan – behaupten ja gerne, dass die Europäische Union selbst schuld sei an diesem Drama. Arbeitnehmerfreizügigkeit, Migration: Das sind ja so Ihre Themen, die Sie anführen. Und wir alle wissen – besonders diejenigen von uns, die viel vor Ort in ihren Wahlkreisen sind –, dass in diesen Fragen nicht immer alles glattläuft. Wir wissen auch, liebe Kolleginnen und Kollegen: Für die Europäische Union gibt es eben keine Blaupause. Es ist richtig, dass Fehlentwicklungen schneller korrigiert werden müssen. Es ist auch richtig, dass die neue Kommission unter Ursula von der Leyen diese großen Themen jetzt beherrscht angeht, auch die Reform des Asylsystems. Ich hätte mir gewünscht, dass die Briten sich in so einer depressiven Phase eben nicht schnell davonmachen, son-

dem bei dem Prozess mitmachen und sich konstruktiv einbringen.

Es ist natürlich immer leichter, einfach rauszugehen und sich wieder in den Nationalstaat zurückzuziehen. Aber es gilt das Gleiche, was auch in einer Familie gilt: Gerade in schwierigen Zeiten müssen wir eben auch zusammenstehen. Nur so wird man nach einer Krise gemeinsam stärker. Fakt ist: Wer rausgeht, ist eben draußen und muss auch so behandelt werden.

Fakt ist aber auch: Der Brexit ändert nichts daran – was ein Blick auf die Weltkarte zeigt -: Großbritannien gehört zu Europa und wird immer zu Europa gehören. Briten und Europäer bleiben Nachbarn, und wir wollen, dass wir gute Nach-

barn bleiben. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, wollen wir ein möglichst enges Verhältnis zu den Briten.

Die Grundlinien zieht unser Antrag – unser Außenminister hat es skizziert -: Wir wollen ein gutes Handelsabkommen mit den Briten abschließen, und wir wollen eine ganz enge Partnerschaft natürlich bei der inneren und äußeren Sicherheit.

Für uns ist dabei entscheidend: Wir brauchen faire Wettbewerbsregeln. Uns von der CDU/CSU liegt das Thema Wettbewerb am Herzen. Für uns ist das nichts

Schlimmes. Aber es müssen eben die Voraussetzungen stimmen.

Wir brauchen gleiche Chancen für unsere Unternehmen, und dies muss die Grundlage unserer zukünftigen Handelsbeziehungen sein. Dazu gehört eben auch ein transparenter Mechanismus zur Überwachung dieser gleichen Chancen.

Wir wollen nicht, dass dieses Drama wie bei Shakespeare endet.

Denn bei uns ist der Eindruck erweckt worden – nach wie vor; da verrate ich kein Geheimnis -, dass die Briten sich eben unfaire Vorteile verschaffen wollen. Das aber – auch das zeichnet die neue Beziehung aus – können

wir nicht zulassen.

Sinnvoll ist es aus Sicht der CDU/CSU-Fraktion, dass eben die EU-Standards – das ist das, was wir erwarten – auch in Großbritannien beachtet werden, und zwar dynamisch, sodass jede Änderung auf EU-Ebene in Großbritannien mit vollzogen wird. Genau das hat auch das Europäische Parlament gestern gefordert. Noch sieht man das in London anders und möchte das nicht. Um das ganz deutlich zu sagen: Auch für die künftigen Verhandlungen gilt, dass es eben keine Rosinenpickerei geben kann. Man kann nicht ein bisschen Binnenmarkt machen mit ein paar Standards von hier und dort, die man irgendwie passend findet. Und es gilt auch: Wer eine

Steueroase vor Europas Küsten schaffen möchte, kann eben keinen unbeschränkten Marktzugang bekommen.

Bei allem Ärger über die Schmutzkampagne der Brexiteers und die nach wie vor teils feindselige Rhetorik der britischen Regierung – und da bitten wir auch um Abrüstung -: Wir Europäer wollen in den kommenden Monaten den Grundstein für eine erfolgreiche gemeinsame Zukunft legen. Wir wollen nicht, dass dieses Drama wie bei Shakespeare endet. Wir strecken die Hand aus und hoffen darauf, dass die Hand in Großbritannien auch ergriffen wird.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Michael Georg Link, FDP:

Der schwierige Teil des Brexits steht uns noch bevor



Michael Georg Link (*1963)
Landesliste Baden-Württemberg

Wir müssen heute als Bundestag von unseren Mitwirkungsrechten Gebrauch machen und der Bundesregierung eine stringente Positionierung für die Formulierung des EU-Verhandlungsmandats mit auf den Weg nach Brüssel geben. Aus Sicht meiner Fraktion müssen dafür drei Prinzipien gelten:

Klarheit. Wir wollen keinen seitenlangen Wunschzettel, sondern ein klar definiertes Verhandlungsmandat.

Einheit. Wir fordern, dass sich die Bundesregierung für die Geschlossenheit der EU-27 starkmacht und keine Alleingänge während der Verhandlung unternimmt.

Und – ganz wichtig – Realismus angesichts eines schwierigen Verhandlungspartners Boris Johnson, der zurzeit scheinbar vor Kraft kaum laufen kann.

Wir müssen also vom Ende her

denken. Wir sollten uns fragen, was wir bis Ende des Jahres dringend erreicht haben sollten – die Uhr tickt -, dann, wenn die Übergangsfrist ausläuft und der ungeordnete Brexit erneut droht. Was wollen wir erreicht haben? Aus unserer Sicht sind dies im Bereich der wirtschaftlichen Partnerschaft ein präzises, schlankes, zielgenaues Freihandelsabkommen und im Bereich der Sicherheitspartnerschaft sichtbare Fortschritte bei der Zusammenarbeit bei innerer und äußerer Sicherheit. So könnten wir die ohnehin gravierenden Auswirkungen des Brexits abfedern und einen ungeordneten Brexit verhindern. Dafür muss sich die Regierung einsetzen.

Doch was legen Große Koalition und Grüne heute zum Start der Verhandlungen vor? Aus unserer Sicht viele Allgemeinplätze, viel,

was man auch unterschreiben kann – ja, aber am Ende einen wachweichen Antrag ohne klare Ziele. Keine Spur von Klarheit, Kolleginnen und Kollegen, stattdessen seitenlanges Prosa, ohne die Bundesregierung – und das ist

wichtig – am Ende in die Pflicht zu nehmen. Es gibt zwar einen kurzen Verweis auf die deutsche Ratspräsidentschaft, aber keine Präzisierung der besonderen Rolle, die der Bundesregierung zukommt. Sie erwähnen zum Beispiel nicht, dass Deutschland sich ohne Wenn und Aber gegen ein gemischtes Abkommen und für

ein Abkommen von der EU direkt, ein EU-only-Abkommen, einsetzen müsste.

Es kam auch heute vom Minister kein einziges Wort dazu. Was wäre das für ein Signal gewesen, wenn Deutschland sich klar positioniert hätte! Es kam auch kein Wort des Ministers zur Rolle des Europäischen Parlaments. Deshalb fehlen Ihrem Antrag aus unserer Sicht der Mut und der Sinn für die Realität gleichermaßen. An diesem Punkt helfen uns keine Wunschzettel und keine politisch korrekten Allgemeinplätze, sondern wir müssen die Bundesregierung in die Pflicht nehmen. Es gibt viele in der EU, die vor so einem EU-only-Abkommen noch

zurückschrecken, die sich hinter den Verträgen verstecken oder hinter einer scheinbar opportunen öffentlichen Meinung. Aber was wäre es für ein Signal aus Berlin in die EU hinein und vor allem auch für die Verhandlungen gewesen? Was wäre es für eine Stärkung des Chefunterhändlers Michel Barnier gewesen, wenn wir das gemacht hätten?

Wir brauchen diese Stärkung; denn das Worst-Case-Szenario des ungeordneten Brexits ist eben noch immer nicht gebannt. Deshalb, Kolleginnen und Kollegen, bringen wir heute als FDP-Fraktion einen eigenen Antrag ein. Wir fordern, dass sich die Bundesregierung bei der Formulierung des Verhandlungsmandats ohne Wenn und Aber für ein EU-only-Freihandelsabkommen einsetzt, das zielgenau konzipiert ist und das nur EU-Kompetenzen betrifft. Das würde zu den Plänen passen, die Michel Barnier hat, das würde seine Verhandlungsposition stärken.

Man kann später immer noch in

einzelnen Sektoren, in denen es nicht gelingt, EU-only abzuschließen, sektorale Abkommen machen, die man nach Jahresfrist, wenn die Uhr nicht mehr so schnell tickt wie jetzt, im normalen Verfahren ratifiziert; aber bis zum Jahresende läuft die Zeit. Wir werden mit dem Ansatz, den wir heute von der Bundesregierung hören, die Gefahr, am Ende ohne Abkommen dazustehen, nicht ausräumen. So werden wir unsere Verhandlungsposition gegenüber Johnson nicht stärken.

Kolleginnen und Kollegen, der schwierige Teil des Brexits steht uns noch bevor. Wenn wir als Bundestag mitwirken wollen, dann sollten wir den Mut haben, der Bundesregierung deutlich klarere Aufträge zu erteilen, als in den vorliegenden Anträgen von Koalition und Grünen enthalten sind.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP)



Seit dem 1. Februar 2020 weht der Union Jack, die Flagge Großbritanniens, nicht mehr vor dem Europäischen Parlamentsgebäude und weiteren EU-Institutionen im belgischen Brüssel.

Andrej Hunko, Die Linke:

Es muss gute Beziehungen und keine Strafmentalität geben



Andrej Hunko (*1963)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Wir reden heute über die künftigen Beziehungen zwischen der EU und Großbritannien. Für Die Linke will ich hier ganz klar sagen: Wir wollen auch künftig sehr gute Beziehungen zu den Menschen in Großbritannien. Es darf keine Strafmentalität sein; es muss gute Beziehungen in der Zukunft geben.

Zu den Signalen, die gegenwärtig aus Großbritannien kommen, insbesondere von Boris Johnson, die darauf hindeuten, ein Dumping in puncto sozialer Rechte, Arbeitsschutz, Ökologie oder Verbraucherschutz einzuleiten, sagen wir ganz klar: Wir wollen kein sol-

ches Dumping. Wir unterstützen auch jede Verhandlungsstrategie, die sich gegen ein Dumping, gegen einen Wettlauf nach unten in Europa einsetzt.

Grundlage der heutigen Diskussion ist der Verhandlungsvorschlag der EU-Kommission. Dazu gibt es einen Antrag an die Bundesregierung. In diesem Verhandlungsvorschlag stehen gute Sachen – es finden sich zum Beispiel durchaus Passagen gegen ein solches Dumping – aber es stehen auch kritische Punkte in dem Verhandlungsvorschlag.

Ein Punkt, den ich ansprechen möchte, betrifft die künftige Justizkooperation, da geht es um Strafverfolgung. Im Verhandlungsvorschlag der EU-Kommission ist festgehalten, dass in Zukunft nur dann kooperiert wird, wenn Großbritannien Mitglied der Europäischen Menschenrechtskonvention und Mitglied des Europarates bleibt. Das wurde auch im Austrittsabkommen vereinbart. Es ist gut, dass das vereinbart wurde, und es ist auch gut, dass das konditionalisiert wird. Was ich nicht verstehe, ist, dass die Europäische Union selbst dieser Menschenrechtskonvention noch nicht beigetreten ist, wozu sie seit 2009

verpflichtet ist.

Der Beitritt wäre eine Stärkung der Menschenrechtskonvention, des Gerichtshofs in Straßburg und auch eine Stärkung der Verhandlungsposition.

Im Verhandlungsmandat stehen aber auch Punkte – auch das will ich sagen –, die wir sehr kritisch sehen. Da ist von künftigen gemeinsamen Militärmissionen die Rede, von sogenannten GSVP-Missionen; es werden gemeinsame Aufrüstungsprojekte anvisiert. Es werden sogar Geheimdienstkooperationen anvisiert, inklusive des Austausches sensibler Daten, ohne dass das in irgendeiner Weise etwa an Menschenrechte oder an das Völkerrecht, wie in der Justizkooperation, gekoppelt wird. Das lehnen wir sehr deutlich ab.

Ich will daran erinnern, dass Großbritannien am völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Irak 2003 beteiligt war, und es wurde kürzlich vom Menschenrechtsgerichtshof wegen der anlasslosen Massenüberwachung durch den britischen Geheimdienst verurteilt. Also, eine solche Kooperation wollen wir nicht.

Zusammengefasst: Wir sind natürlich für Verhandlungen; wir sind gegen einen ungeregelten



Zwei Tage vor dem Austritt Großbritanniens aus der EU ratifizierte auch das Europaparlament das Austrittsabkommen. © picture-alliance/dpa

Austritt; wir sind für Kooperationen, die im Bereich sozialer Rechte und Umweltschutz einen Fortschritt bedeuten. Aber andere Sachen sehen wir kritisch.

Herr Link, Sie haben gerade gesagt, es sollte ein EU-only-Abkommen sein, bei dem die nationalen Parlamente nichts mehr zu sagen haben. Bei den Freihandelsabkommen mit Kanada oder mit den USA, CETA und TTIP, haben wir uns damals alle dafür eingesetzt, dass es gemischte Abkommen werden, das heißt, dass auch die nationalen Parlamente etwas zu sagen haben. Ich denke, das sollte auch hier der Fall sein. Vor allen Dingen wollen wir ein hohes Maß an Transparenz. Wir wollen als Parlament und auch als Öffentlichkeit sehr früh über mögliche Verhandlungsergebnisse informiert werden.

Lassen Sie mich zum Schluss über einen wichtigen Fall reden, der in Großbritannien in den nächsten Wochen und Monaten verhandelt wird, über den Fall des Journalisten Julian Assange. Nächste Woche beginnt der Prozess. Ich hoffe sehr, dass die skandalöse Auslieferung an die USA – mit Strafmaßandrohung von 175 Jahren – nicht vollzogen wird. Ich hoffe, dass Julian Assange freigelassen wird und dass wir Ende des Jahres ein gutes Abkommen mit Großbritannien haben werden. Dann wäre 2020 auf jeden Fall ein sehr schönes Jahr.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Fanziska Brantner, Bündnis 90/Die Grünen:

Das Abkommen muss Europa stärken



Franziska Brantner (*1979)
Landesliste Baden-Württemberg

Das Vereinigte Königreich ist nicht mehr Teil der Europäischen Union. Aber wir haben trotzdem eine große gemeinsame Herausforderung: Wir müssen die liberale Demokratie in Europa verteidigen und stärken.

Wenn wir uns auf dieses Ziel einigen können, dann können die künftigen Beziehungen nicht zu einem Öko- und Sozialdumping führen und auch nicht zu einem Steuerwettbewerb; denn es geht um die finanzielle Grundlage der liberalen Demokratie. Deswegen ist auch das Pochen auf gemeinsame Standards keine Rache oder wie auch immer, sondern diesem übergeordneten Ziel nachfolgend; sonst erreichen wir dieses Ziel nämlich nicht. Es ist gut, dass wir heute in unserer Stellungnahme festhalten, dass die Gewährleistung fairer Wettbewerbsbedingungen als Grundlage des Abkommens zu verankern ist. Das ist klar und deutlich, und ich bin froh, dass wir das gemeinsam mit der Koalition haben festhalten können.

Aber am Ende wird es darauf

ankommen, das nicht nur zu vereinbaren, sondern auch durchsetzen zu können. Herr Johnson hat ja jetzt schon mit Blick auf den Austrittsvertrag gesagt, dass er gar nicht kontrollieren will. Das heißt, wir müssen sicherstellen, dass die Regeln durchsetzbar und sanktionierbar sind. Das von der EU-Kommission vorgeschlagene Mandat ist hier zweideutig. Da stand nämlich drin, dass die Durchsetzbarkeit, die Sanktionierbarkeit, nur für „all relevant areas“ gilt, also nur für die relevanten Bereiche.

Wir haben in unserem Antrag klar festgehalten, dass die Sanktionierbarkeit in allen Bereichen gel-

ten muss. Das ist ein großer und wichtiger Schritt, den wir hier gemeinsam gegangen sind. Es muss – ich zitiere – „verbindliche und durchsetzbare vertragliche Regelungen einschließlich Streitlichtungs-, Durchsetzungs- und Sanktionsmöglichkeiten geben“, und zwar im gesamten Anwendungsbereich der Handelsbeziehungen. Das ist ein großer Schritt. Herr Maas, das müssen Sie jetzt auch in die Verhandlungen in Brüssel einbringen. Das ist im Mandats-text nämlich noch unklar. Wir zählen darauf, dass Sie den Willen dieses Hauses auch wirklich umsetzen.

Mit diesem interfraktionellen Antrag senden wir von diesem Haus aus ein starkes Zeichen. Es ist schade, dass die FDP nicht mit dabei ist. Es ist aber auch bezeichnend, dass der Schutz von Umwelt und sozialen Rechten sowie die Gewährleistung fairer, gleicher Chancen für unsere Unternehmen im Forderungsteil Ihres Antrags gar nicht vorkom-

men. Deswegen haben Sie auch Ihren eigenen Antrag eingebracht. Es ist schade, dass wir da nicht gemeinsam kämpfen können. Es zeigt, wo Ihre Prioritäten liegen. Auch Sie sagen in Ihrem Antrag, dass man später natürlich auch ein gemischtes Abkommen braucht. In unserem Antrag steht, dass man zuerst ein EU-only-Abkommen macht. Von daher ist Ihr Vorwurf an uns, das stehe nicht darin, einfach nicht korrekt. Das zeigt einfach, wo ihre Prioritäten liegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen enge Beziehungen angesichts der Herausforderungen. Diese müssen wir gemeinsam fair angehen. Wir müssen jetzt alles tun, damit dieses Abkommen Europa stärkt und nicht schwächt. Ich bin zuversichtlich, Herr Maas, dass Sie das nutzen, um diese Krise zu meistern. Dann sind wir am Ende stärker als zu Beginn. Das ist Ihr Auftrag; wir zählen auf Sie.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir müssen sicherstellen, dass die Regeln durchsetzbar und sanktionierbar sind.

Markus Töns, SPD:

Ein Cherry Picking der Briten werden wir nicht zulassen



Markus Töns (*1964)
Wahlkreis Gelsenkirchen

lien. Beim Stichwort „Australien“ fängt man schon an, darüber nachzudenken, welches Abkommen die EU mit Australien eigentlich hat. Da fällt einem nicht viel ein. Da wären wir bei WTO-Regeln. Das ist, glaube ich, ein bisschen wenig für die Beziehungen zu Großbritannien, die wir zukünftig aufbauen wollen.

Wichtig ist doch: Wir brauchen eine Partnerschaft mit fairem Wettbewerb, mit hohen Umwelt- und Sozialstandards, und zwar für alle Bürgerinnen und Bürger in unserem Land; das ist wichtig.

Die entscheidende Frage ist: Was wollen wir erreichen? Wir brauchen ein Level Playing Field, das heißt, keinen Dumpingwettbewerb vor unserer Haustür. Großbritannien muss unsere Sozial- und Umweltstandards einhalten; sonst kann es keinen Zugang zum Binnenmarkt geben. Es kann

nicht sein, dass es am Ende ein Singapur an der Themse gibt. Das wird die Europäische Union und das dürfen auch wir nicht zulassen.

Welche Rolle spielt in dieser Frage der EuGH? Klar ist: Wenn es um die Auslegung des Unionsrechts geht, gilt, dass der EuGH entscheidet. Das ist ein Grundpfeiler unserer Rechtsordnung.

Das gilt auch im Verhältnis zu Großbritannien, und das ist eine der Grundbedingungen, über die wir reden. Die müssen klar sein.

Es geht um Sicherheitspolitik. Wir brauchen eine starke Zusammenarbeit in der Außenpolitik, bei der Verteidigung, bei der inne-

ren Sicherheit, in der Entwicklungspolitik. Der Außenminister hat das vorhin schon alles erwähnt. Wir sind auch auf dem Weg, das zu verhandeln. Hier gilt es, frühzeitig einen Rahmen dafür festzulegen. Ich glaube, wir sind in der Lage, das zu machen.

Ich sage an die Kolleginnen und Kollegen der FDP gerichtet – Frau Brantner hat es eben schon gesagt – : Es ist schade, wirklich schade, dass Sie sich an dieser Stellungnahme nicht beteiligen. Es ergibt

keinen Sinn, sich bereits jetzt darauf festzulegen, welche

Form der Vertrag haben wird, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP.

Das ist leider ein Stück weit kleinkariert. Deshalb: Schade, dass Sie sich nicht beteiligen. Das

schränkt unseren Verhandlungsspielraum ein. Übrigens will auch Michel Barnier diese Einschränkung des Verhandlungsspielraums nicht; das ist nicht im europäischen Interesse.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Verhandlungen werden

nicht einfach. Die Kommission hat bis jetzt für das Austrittsabkommen gut und hart verhandelt, aber was jetzt kommt, ist ganz entscheidend. Die 27 müssen Geschlossenheit zeigen. Diese Geschlossenheit ist entscheidend für den Erfolg dieser Verhandlungen.

Ich will noch einmal deutlich machen: Es ist an der Bundesregierung – deshalb ist diese Stellungnahme so wichtig –, die Europäer, die 27, während der deutschen Ratspräsidentschaft zu einigen, zu einen und beieinanderzuhalten. Dann wird es gelingen, dass wir weiterhin zusammenstehen. Dann wird es gelingen, dass diese Europäische Union stark gemacht wird.

Ich sage es noch einmal: Ein Cherry Picking vonseiten der Briten, das Großbritannien einen Zugang zum Binnenmarkt ermöglicht, bei dem es aber keine Regeln einhält, werden wir nicht zulassen. Ich bin dankbar dafür, dass wir heute diese Stellungnahme abgeben können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Die
Geschlossenheit
der 27 ist
entscheidend für
den Erfolg dieser
Verhandlungen.**

Sandra Weeser, FDP:

Strategische Vorteile und die EU-Ratspräsidentschaft nutzen



Sandra Weeser (*1969)
Landesliste Rheinland-Pfalz

durch eine Eins-zu-eins-Übernahme der EU-Standards oder eben durch ein gutes Abkommen, das auch den Wettbewerb zwischen dem EU-Modell und dem Vereinigten Königreich zulassen kann.

Oft wird suggeriert, EU-Handelsabkommen seien nicht gut für Deutschland, seien nicht gut für die Bürger, für die Bauern und nicht gut für die Unternehmen. Also müsste man der EU misstrauen wie bei TTIP, wo die Verhandlungen durch den öffentlichen Druck gescheitert sind. Schauen wir uns CETA an. Bis heute liegt diesem Haus kein Gesetzentwurf für die Ratifizierung vor.

Beim Brexit, meine Damen und Herren, darf uns das nicht passieren. Es bleiben nicht einmal mehr elf Monate, um klare Regeln für den zukünftigen Umgang mit dem Vereinigten Königreich aufzustellen. Boris Johnson droht von seiner Insel aus schon mit einem No-Deal-Szenario. Genau deswegen brauchen wir ein EU-only-Abkommen. Das ist keine Einengung unseres Handelsspielraumes, wie die CDU meint, sondern notwendige Prioritätensetzung. Handelsfragen liegen in der ausschließlichen Kompetenz der

EU; hier werden die Rahmenbedingungen für internationale Marktzugänge und Wettbewerbsvorteile geregelt.

Deutschland muss dabei seine strategischen Vorteile im Blick behalten und die EU-Ratspräsidentschaft nutzen, um ein entsprechendes Abkommen zum Erfolg zu führen. Gleichzeitig müssen wir die Bürger über den Gang die-

ser Verhandlungen informieren, sonst droht uns nämlich auch hier ein Debakel à la TTIP.

Was können wir mit unserem EU-only-Abkommen erreichen? Erstens endlich feste Rechts- und Tätigkeitsbedingungen für unsere Unternehmen. Da fällt mir ein: Haben wir denn jetzt die 900 Zöllner ausgebildet und eingestellt? Sind sie einsatzbereit?

Zweitens Klarheit im Handeln auch auf politischer Ebene. Der Eklat zwischen Trump und Johnson zur Huawei-Zulassung hat den Briten einen Vorgeschmack geboten und gezeigt, wie es ist, ohne den Backup der EU dazustehen.

Drittens brauchen wir Pla-

nungssicherheit. Unternehmen können sich an neue Spielregeln anpassen, ja; aber dafür müssen sie diese auch kennen.

Konzentrieren wir uns also in den kommenden Monaten auf den Handel. Ein EU-only-Abkommen kann in diesem straffen Zeitplan erreicht werden. Das Zustandekommen eines gemischten Abkommens halte ich nicht für realistisch. Wir sollten unserer Wirtschaft hier einen strategischen Vorteil sichern. Das könnten wir mit einem EU-only-Abkommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)



Zum 1. Juli 2020 übergibt der kroatische Vorsitzende des Rats der Außen- und Europaminister, Gordan Grlić Radman, die EU-Ratspräsidentschaft für die zweite Jahreshälfte 2020 an Deutschland. ©picture alliance / ZUMAPRESS.com

Warum dreht sich beim Brexit alles um ein Handelsabkommen?

Unsere Unternehmen brauchen endlich Klarheit. Sie bereiten sich seit 2016 auf den Brexit vor, sie halten Lagerbestände, sie binden Ressourcen, sie haben alternative Lieferketten aufgebaut, und sie bilden Rücklagen. Wir können es uns nicht leisten, das Rückgrat unserer Wirtschaft, den deutschen Mittelstand, weiter so hinzuhalten.

Wir müssen den Handel mit dem Vereinigten Königreich für unsere Unternehmen so einfach wie möglich gestalten, entweder

Detlef Seif, CDU:

Im Vereinigten Königreich gibt es schon einen Abwärtstrend



Detlef Seif (*1962)
Wahlkreis 92

Es lässt sich nicht mit Sicherheit vorhersehen, ob der Brexit für das Vereinigte Königreich längerfristig positiv ist oder zu einem großen Schaden im Lande führen wird. Eines ist aber gewiss: Das Land hat einen sehr steinigen Weg vor sich.

Vize-Premierminister Michael Gove hat die Wirtschaft Anfang der Woche darauf eingeschworen, dass es in den nächsten Jahren keinen reibungslosen Handel mit der Europäischen Union geben wird. Bisher hat man den Landsleuten in Partylaune wohlklingend gesagt: Make Brexit a success – mache den Brexit zum Erfolg –, get Brexit done – lasst es uns endlich durchziehen –, dann geht es uns besser.

Bereits Ende 2018 kam die britische Regierung in einer Wirtschaftsanalyse selbst zu dem Ergebnis, dass die Wirtschaftsleistung des Landes nach dem Brexit bei Zugrundelegung des Szenarios eines Freihandelsabkommens um 3,4 bis 6,4 Prozent schrumpfen wird. Das sind nicht nur für Ökonomen Hammerzahlen, verbergen sich dahinter doch Arbeitslosigkeit, wirtschaftliche, politische und soziale Verwerfungen.

Es gibt jetzt schon einen deutlichen Abwärtstrend. Er könnte auch die innere Sicherheit des Landes berühren. Zum Beispiel ist in der Wirtschaft die Automobilbranche betroffen: Honda schließt 2021 sein Werk in Swindon. Nissan hat davon Abstand genommen, seinen Geländewagen im Vereinigten Königreich in Sunderland zu produzieren, und überlegt, seine Produktion ganz nach Japan zu verlagern. Toyota macht seinen Verbleib davon abhängig, ob jetzt Handelshemmnisse ent-

stehen. Jaguar Land Rover streicht 4.500 Arbeitsplätze im Zuge des Brexits. Ford schließt im September 2020 sein Motorenwerk. Die Verlagerung der Opel-Astra-Produktion steht im Raum. BMW hat angekündigt, seine drei Werke im Land zu schließen, sollten Störungen in den Lieferketten entstehen. Meine Damen und Herren, Zulieferer und andere Unternehmen sind bereits abgezogen. Das ist ein starkes Ding. Das müssen wir uns vor Augen halten. Deshalb: Lassen Sie diese Schönrede bleiben.

Auch der Zusammenhalt des Landes ist gefährdet. Selbst wenn man Schottland ein weiteres Unabhängigkeitsreferendum verweigert: Im Prinzip ist die Krisensituation im Land vorhanden. Sinn Féin ist in der Republik Irland eine starke Kraft geworden. Sie setzt sich für die Wiedervereinigung Irlands ein. Was für Irritationen und Zentrifugalkräfte entstehen dort zurzeit? Diese hat doch niemand mehr unter Kontrolle.

Meine Damen und Herren, auch in Richtung AfD, weil wir etwas anderes gehört haben: Wenn wir eines aus dem Brexit lernen müssen, dann das, gegen Fake News, falsche Informationen, und Populismus noch deutlicher und intensiver vorzugehen, als wir es bisher gemacht haben.

Wenn sich dieser Geist in den weiteren Verhandlungen fortsetzen sollte, dann sehe ich düster. Das bisherige Verfahren hat deutlich gemacht, was eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union bedeutet. Nahezu alle Bereiche sind betroffen. Wir sind eng miteinander verwoben und verzahnt. Das kann man nicht einfach auseinanderreißen. Mit Ablauf der Übergangsfrist fallen Tausende Regelungen weg. Es ist ausgeschlossen, dass wir in der Kürze der Zeit auch nur annähernd ein zufriedenstellendes, umfassendes Abkommen finden können. Es muss deshalb das Ziel sein, so viel wie möglich zu vereinbaren. Dazu gehören Regelungen zu den wirtschaftlichen Beziehungen, zur Sicherheitspartnerschaft und zu den Themen, die von vorrangigem Interesse sind. Es ist schade, dass sich die FDP bei dem Punkt nicht beteiligt, weil ich weiß, dass wir insgesamt auf derselben Linie liegen. Aber wenn man jetzt EU-only

festschriebe, würde man verhindern, dass in anderen Punkten, die vielleicht in die Zuständigkeit von Mitgliedstaaten fallen, Regelungen bis zum 31. Dezember 2020 ausgeschlossen wären. Und deshalb können wir uns diesem Ansatz leider auch nicht anschlie-

ßen.

Meine Damen und Herren, Boris Johnson und seine Berater stellen auch jetzt schon Kernaussagen der Politischen Erklärung infrage. Eine Bindung an EU-Standards sei nicht sinnvoll. Das Vereinigte Königreich hat ja selbst hohe Standards. Warum sollte man sich dann irgendwie binden? Der Europäische Gerichtshof sollte im Wege einer Vorabentscheidung Berücksichtigung finden. Das Gericht solle nun keine Rolle mehr spielen.

Meine Damen und Herren, auch in Zukunft streben wir natür-

lich eine enge und freundschaftliche Partnerschaft an. Aber eines ist doch klar: Es geht nicht um jeden Preis. Deshalb müssen wir unseren britischen Freunden klarmachen, dass das Vereinigte Königreich nur dann einen breiten Zugang zum Binnenmarkt haben kann, wenn es auch unsere Standards einhält und wenn dadurch das Projekt Europäische Union nicht gefährdet ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Katharina Dröge, Bündnis 90/Die Grünen:

Die EU muss geschlossen in die Verhandlung gehen



Katharina Dröge (*1984)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Die Aussagen von Boris Johnson lassen erahnen, dass die Verhandlungen über die zukünftigen Beziehungen mit Großbritannien nicht einfacher werden als die Verhandlungen, die wir über den Austritt geführt haben. Umso wichtiger ist es, dass die Europäische Union geschlossen in die Verhandlung geht und dass wir als Deutscher Bundestag alles dafür tun, sie dabei zu unterstützen.

Das Verhandlungsmandat, das die Europäische Kommission vergangene Woche vorgelegt hat, ist aus unserer Sicht eine gute Grundlage für diese Verhandlungen. Ich muss auch sagen: Wir haben hier im Bundestag viele kontroverse Debatten über Handelsabkommen, über Handelsmandate geführt. Wenn das, was die Europäische Kommission mit Blick auf Großbritannien vorlegt, Standard für weitere Handelsabkommen würde, würden wir Grüne sagen, dann wäre wirklich ein wichtiger Schritt erreicht.

Dieses Mandat schreibt klare Regeln zum Level Playing Field und zum Klimaschutz vor. Das Pariser Klimaabkommen wird Essential Element dieses Abkommens sein. Es gibt auch klare Regeln zum

Thema Wettbewerb und in den Bereichen Verhinderung von Steuerdumping, Beihilferecht und Nachhaltigkeit. Unser Job als Deutscher Bundestag – deswegen haben wir Grüne uns gemeinsam mit CDU/CSU und SPD auf eine Artikel-23-Stellungnahme geeinigt – ist es, der Regierung das mit auf den Weg zu geben, was sie in den Verhandlungen in Brüssel noch erreichen sollte. Meine Kollegin Franziska Brantner hat es eben schon gesagt: An einer Stelle ist dieses Mandat noch nicht klar genug, nämlich beim Thema „Durchsetzbarkeit von Standards im gesamten Anwendungsbereich des Handelsabkommens“.

Hier senden wir als Deutscher Bundestag – ich freue mich wirklich, dass wir uns einigen konnten – einen klaren Auftrag an die Bundesregierung, in Brüssel zu verhandeln, dass der gesamte Bereich des Handelsabkommens auch sanktionierbar und durchsetzbar wird, gerade in den Bereichen Nachhaltigkeit und soziale Standards.

Ich sage das auch mit Blick auf einen Wirtschaftsminister, der sich nicht so klar positioniert wie Sie, Herr Maas, heute in der Debatte. Wenn wir ihn im Wirtschaftsausschuss fragen: „Wie stellen Sie sich die künftigen Beziehungen vor?“, dann schillert das, und als mögliche Partnerschaft mit Großbritannien wird das Beispiel JEFTA genannt. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Darauf dürfen wir uns als Europäische Union nicht einlassen.

Bei einem Punkt erwarten wir von Ihnen noch mehr. Das wird die zukünftige Anpassung von Standards sein. Es kann sein, dass wir nicht in allen Bereichen der Beziehungen dynamische Anpassungen erreichen werden. Dann werden wir auch über regulatori-

sche Kooperationen reden müssen. Wir erwarten von Ihnen – wir wollen das gemeinsam mit dem Europäischen Parlament durchsetzen –, dass wir keine Weiterentwicklung des Vertrages haben, ohne dass die Parlamente zwingend mit einbezogen sind und dieser Weiterentwicklung zustimmen müssen.

Ein letzter Satz zur FDP. Ich verstehe nicht, wie man sich so aus der Debatte verabschieden kann. In Ihren Reden haben Sie, Frau Weeser, haben Sie, Herr Link, sich einzig auf das Thema Freihandelsabkommen konzentriert. Die künftigen Beziehungen mit Großbritannien werden sich nicht nur um ein Freihandelsabkommen drehen, es wird auch um die innere Sicherheit, um die Außenpolitik gehen. Wir erwarten – das ist in Ihren Forderungen nicht zu erkennen –, dass wir nicht nur ein Freihandelsabkommen um jeden Preis – egal, Hauptsache schnell; so schreiben Sie es im Endeffekt in Ihrem Forderungsteile –, abschließen, sondern dass auch die Freien Demokraten anerkennen, dass es unser Job ist, gemeinsam für faire Standards, gemeinsam für ein Level Playing Field und gemeinsam für die Sicherung der Standards, die wir im Binnenmarkt vereinbart haben, zu kämpfen. Ich finde es schade, dass Sie sich hier aus der Debatte verabschiedet haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es sprachen zudem die Abgeordneten Jürgen Hardt (CDU/CSU), Metin Hakverdi (SPD) sowie Katrin Staffler (CDU/CSU).

AfD-Antrag für ein verstärktes Vorgehen gegen die Ausbreitung des Islamismus / 146. Sitzung des 19. Deutschen Bundestages am 13. Februar 2020

Martin Hess, AfD:

Islamismus mit aller Härte und Konsequenz bekämpfen



Martin Hess (*1971)
Landesliste Baden-Württemberg

Der islamistische Terrorismus ist die größte Gefahr für die Sicherheit unserer Bürger. Der vereitelte Rizin-Anschlag in Köln hat uns die erschreckende Dimension dieser Bedrohung vor Augen geführt. Hätten unsere Sicherheitskräfte nicht rechtzeitig eingegriffen, wären laut Gutachter vom Robert-Koch-Institut womöglich 13 500 Tote und noch mal so viele Verletzte zu beklagen gewesen – 27 000 potenzielle Opfer durch nur einen islamistischen Anschlag. Das zeigt jedem in aller Deutlichkeit, dass unser Staat mit aller Konsequenz und Härte diesen Terror bekämpfen muss.

Aber die Bundesregierung macht genau das Gegenteil. Sie beteuert zwar immer, alles Menschenmögliche gegen den Terror zu unternehmen; aber in Wirklichkeit sind Sie ganz offensichtlich nicht willens, unsere Bürger vor islamistischen Terroristen effektiv zu schützen. Dies sieht man zum einen an Ihrer verheerenden Migrationspolitik, die dazu führt, dass immer mehr potenzielle Terroristen in unser Land strömen, zum anderen aber auch sehr deutlich daran, wie Sie in unserem Land mit dem fundamentalistischen Islam, der den geistigen Nährboden für islamistische Barbaren darstellt, umgehen. Anstatt diesen unnachgiebig und mit aller Härte zu bekämpfen, lassen Sie ihn nahezu ungehindert in unserem Land agieren. Genau das soll und muss mit unserem Antrag korrigiert werden.

Ich möchte hier zwei Aspekte

besonders beleuchten:

Erstens: die islamistische Muslimbruderschaft. Laut Einschätzung von Burkhard Freier, dem Präsidenten des Verfassungsschutzes von Nordrhein-Westfalen, geht von den Muslimbrüdern längerfristig eine größere Gefahr aus als von Salafisten und sogar dem „Islamischen Staat“. Über die Tarnorganisationen der Muslimbrüder sagt Herr Freier Folgendes:

Die IGD und das Netzwerk kooperierender Organisationen verfolgen trotz gegenteiliger Beteuerungen vor allem eines: Die Errichtung islamischer Gottesstaaten und in letzter Konsequenz auch in Deutschland.

Und trotzdem lassen Sie es zu, dass sich die Muslimbruderschaft in ganz Deutschland immer weiter ausbreitet. Vor allem in Sachsen erwirbt diese Muslimbruderschaft strategisch Immobilien. Es kommt – und das sind die offiziellen Erkenntnisse Ihres Ministeriums – zu einer gefährlichen Annäherung zwischen Muslimbrüdern und Salafisten. Muslimbrüder kopieren dabei Anwerbe- und Radikalisierungskonzepte für Jugendliche.

Alle diese Fakten belegen völlig unzweifelhaft die Staatsfeindlichkeit von Muslimbrüdern und ihren Organisationen, und deshalb sind diese sofort zu verbieten.

Zweitens: der Moscheeverband DITIB. DITIB wird zweifelsfrei von Erdogan gesteuert, der völlig ungeniert bei einem Deutschlandbesuch den Gruß der Muslimbrüder zeigt. DITIB lässt in unserem Land Kinder für den Sieg der türkischen Armee im völkerrechtswidrigen Einsatz in Syrien beten, hat seine Imame in unserem Land im großen Stil Gegner Erdogans ausspionieren lassen, verweigert konsequent die Kooperation mit Deradikalisierungsinitiativen und lässt zentrale Figuren der Muslimbrüder in den Moscheen auftreten.

Trotz alledem fordert der SPD-Innensenator von Berlin allen Ernstes, dass sich Organisationen wie DITIB oder Muslimbrüder um Terrorrückkehrer kümmern sollen. Sie helfen damit einem islami-

schen Despoten, den Islamismus in unserem Land zu verbreiten. Schluss damit!

Sie müssen endlich aus Ihrer Letargie erwachen und eine klare Grenzlinie zur größten Gefahr für unsere Gesellschaft ziehen. Dazu muss sich die Politik in Deutschland endlich eindeutig positionie-

ren und eine unmissverständliche Botschaft an Islamisten richten: Der politische Islam gehört nicht zu Deutschland; wer die Werte und Regeln unseres Landes nicht teilt oder unsere Gesellschaft sogar aktiv bekämpft, der hat unser Land zu verlassen.

Und natürlich darf es nicht bei Bekenntnissen bleiben. Wir müssen endlich anfangen, den Islamismus mit aller Härte und Konsequenz zu bekämpfen. Islamistische Organisationen sind ohne Wenn und Aber klar verfassungsfeindlich. Wir dürfen deshalb nicht weiterhin, wie Sie das tun, naiv und hilflos deren Treiben in

unserem Land zuschauen, sondern müssen jetzt alle erforderlichen Maßnahmen treffen, um unser Land und unsere Bürger vor solchen Staatsfeinden zu schützen.

Genau hierzu ist unser Antrag ein erster wichtiger Schritt. Den Antrag abzulehnen, hieße, unsere freiheitliche Gesellschaft nahezu schutzlos ihren Feinden zu überlassen. Das können und werden wir nicht zulassen.

(Beifall bei der AfD)

Christoph de Vries, CDU/CSU:

Dem Islamismus den Nährboden entziehen



Christoph de Vries (*1974)
Landesliste Hamburg

Die AfD widmet sich mit diesem Antrag einmal mehr einem ihrer Lieblingsthemen, nämlich der vermeintlichen Islamisierung und dem Schutz des Abendlandes davor. Herr Hess, auch wenn Sie hier versucht haben, Sachthemen in den Vordergrund zu rücken, wissen wir doch, worum es Ihnen geht: Sie wollen Ängste wecken vor den sogenannten Messermännern und Kopftuchmädchen, wie Frau Weidel und andere Ihrer Kollegen Muslime in Deutschland in diesem Parlament grundsätzlich verunglimpfen.

Ich finde es sehr befremdlich, dass ausgerechnet die AfD in ihrem Antrag eine engere Sicherheitskooperation mit Israel fordert. Wir müssen uns wahrlich nicht von einer Partei belehren lassen, deren Mandatsträger in Yad Vashem und bei offiziellen Gesprächen in Israel ausdrücklich nicht willkommen sind. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang den israelischen Botschafter

Jeremy Issacharoff zitieren, der mitteilte, wegen der Haltung der AfD zum Holocaust jeden Kontakt zur Partei zu meiden.

Er sagte:

Mehrere Male hat ihr Führungspersonal Dinge gesagt, die ich als hochgradig beleidigend für Juden, für Israel und für das ganze Thema des Holocaust empfinde.

Das sollte Ihnen mal zu denken geben, meine Damen und Herren.

Ihr Problem ist, dass Sie regelmäßig Islam mit Islamismus verwechseln, also mit dem politischen Islam, dass Sie alle Muslime zu Islamisten machen. Ich sage Ihnen: Das ist Unsinn. Die große Mehrheit der rund 4,5 Millionen Muslime in Deutschland lebt hier in Frieden und Freundschaft unter uns. Das sollten Sie auf dieser Seite des Hauses endlich mal zur Kenntnis nehmen.

Wahr ist aber auch – das sprechen Sie an -: Wir haben in Deutschland eine Bedrohungslage durch islamistischen Terrorismus, dessen Nährboden der Islamismus ist. Das belegen die Zahlen: 600 Straftaten im Jahr 2018, 700 Gefährder, 500 sogenannte relevante Personen in Deutschland. Der Verfassungsschutz spricht deshalb von einer anhaltend hohen Gefährdung durch islamistisch motivierte Anschläge. Aber es ist anders, als Sie sagen: Wir begegnen dieser Gefahr ganz entschieden und auf vielfälti-

ge Weise. Dazu zählt der erhebliche Stellenaufwuchs bei den Sicherheitsbehörden. Allein beim BKA haben wir 1 000 Stellen geschaffen. Im letzten November erst wurde eine neue Abteilung „Islamistisch motivierter Terrorismus/Extremismus“ geschaffen. Allein in den letzten zehn Jahren sind neun islamistische Organisationen und Vereine verboten worden. Sie sehen also: Die Koalition ist bei der Bekämpfung des Islamismus hellwach und handelt konsequent, meine Damen und Herren, und dafür brauchen wir Ihre Anträge hier nicht.

Auch im Bereich der Prävention tut sich einiges, aber längst nicht genug. Das hat auch damit zu tun, dass die Parteien des linken Spektrums vielfach eine viel zu große Nachsichtigkeit gegenüber den Vertretern des politischen Islam üben. Ich sage

Ihnen, meine Damen und Herren: Das ist grundfalsch. Das Motto aller Demokraten muss, ob bei religiösem Extremismus oder politischem Extremismus, immer dasselbe sein: Keine Toleranz für Intoleranz. Jeder Extremist ist Mist, meine Damen und Herren. Denn natürlich ist es so: Der religiöse Fundamentalismus führt zu Parallelgesellschaften, zur Ablehnung unserer Grundwerte, und er ge-

Wir müssen den säkularen, liberalen Muslimen in Deutschland mehr den Rücken stärken.

Fortsetzung auf nächster Seite



Beim Bundeskriminalamt (BKA), hier die Zentrale im hessischen Wiesbaden, wurden 1.000 neue Stellen geschaffen.

© picture-alliance/ullstein bild

fährdet auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Deswegen müssen wir ihn gemeinsam bekämpfen.

Lassen Sie mich dazu etwas auf

meine Heimatstadt Hamburg bezogen sagen: Hier werden die Vertreter des politischen Islam nicht nur toleriert, hier werden sie von Rot-Grün auch noch hofiert. Das

zeigen die Islamverträge, die durch den Senat mit sehr problematischen Verbänden geschlossen wurden. An diesen Verträgen hält der Senat seit Jahren trotz eklatan-

ter Verstöße auch noch unbeirrt fest, obwohl es breite Kritik aus der Politik und aus der Gesellschaft, zum Beispiel von Frauenverbänden und Menschenrechtlern, gibt.

Auch im Bund agiert man – das muss man sagen – zuweilen blauäugig. Ich denke da zum Beispiel an die Kampagne des BMJV „Wir sind Rechtsstaat“. Das ist eine gute Kampagne; aber man sollte nicht ausgerechnet mit dem Präsidenten des Zentralrats der Muslime werben, dessen größte Mitgliedsverbände mit ATIB die Vertretung der türkischen Ultranationalisten ist und mit den Muslimbrüdern eine Vereinigung, die laut Verfassungsschutz die Errichtung eines islamischen Gottesstaates will. Wenn man so was macht, macht man den Bock zum Gärtner. Das sollte nicht sein.

Deshalb ist es wichtig, den Fehlentwicklungen entgegenzusteuern. Die Bundesregierung macht das; ich habe es angesprochen. Wir machen das auch schon im Vorfeld. Wir haben die Fördermittel für DITIB aus dem Programm „Demokratie leben!“ gestoppt nach all den Verfehlungen, die wir dort entdecken mussten. Wir haben die Fördermittel gestoppt für den schiitischen Dachverband IGS, dessen Mitglied das Islami-

sche Zentrum Hamburg ist, die Blaue Moschee des Mullahregimes. Das Bundesinnenministerium hat zuletzt Sprachkenntnisse verpflichtend gemacht für die Einreise-, Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung für Auslandsimame.

Ich sage aber auch: Wir müssen den säkularen, liberalen Muslimen in Deutschland insgesamt mehr den Rücken stärken.

Es darf nicht sein, dass Mädchen hier in unserem Land gehänselt werden, weil sie kein Kopftuch tragen, oder dass säkulare Muslime bedroht und als Ungläubige beschimpft werden; denn das sind doch genau die Menschen, die sich hier gut integriert haben und auch Vorbilder sind.

Was wir uns wünschen und brauchen, ist ein moderner, ein liberaler Islam, der sich Deutschland zugehörig fühlt, der sich dem Einfluss ausländischer Regierungen konsequent entzieht und der die Identifikation seiner Gläubigen mit unserem Land fördert. Ich bin sicher: Wenn das gelingt, dann wird auch dem Islamismus der Nährboden in unserem Land entzogen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Stephan Thomaе, FDP:

Antrag ist reaktiv und eindimensional



Stephan Thomaе (*1968)
Landesliste Bayern

Herr Kollege de Vries, Sie haben es völlig richtig gesagt: Jeder Extremismus ist von Übel, egal ob von rechts oder von links oder islamistisch motiviert. Jeder Extremismus ist eine Herausforderung, eine Belastungsprobe, ein Stresstest für die freiheitliche Demokratie.

Extremismus ist aber immer mehrdimensional, er ist nie monokausal, er ist nie eindimensional, sondern er ist immer ein vielschichtiges Phänomen. Deswegen braucht es auch zur Bekämpfung

von Extremismus immer mehrdimensionaler Konzepte. Es kommt nämlich darauf an, wo jemand gerade steht. Wenn jemand sich längst radikalisiert hat, dann brauchen wir natürlich die polizeiliche Gefahrenabwehr, dann brauchen wir natürlich robuste strafrechtliche Mittel. Dann muss aber auch im Strafvollzug ein Deradikalisierungskonzept greifen können, und daran fehlt es zurzeit noch. Da haben wir im Augenblick zu wenig zu bieten, um sicher sein zu können, dass jemand, der eine Strafe verbüßt, am Ende, wenn er seine Freiheitsstrafe verbüßt hat, deradikalisiert entlassen wird.

Wichtig ist – Herr Kollege de Vries, auch das haben Sie schon angesprochen -: Wir brauchen eine tragfähige, belastbare, funktionierende Ursachenbekämpfung. Wir brauchen Präventionskonzepte; denn besser als jede Bekämpfung

von extremistischen Straftaten ist es doch, die Ursachen zu bekämpfen, also dafür zu sorgen, dass eine Radikalisierung gar nicht erst stattfindet.

Dabei kommt es nicht darauf an, dass wir sinnlos nachschärfen bei polizeilichen Vorschriften oder beim Strafrecht. Das ist das Thema, das Sie in Ihrem Antrag ange-

Um die Entstehungsgründe trockenlegen zu können, müssen wir sie verstehen.

hen. Ich war sehr überrascht, zu lesen, dass Sie israelische Sicherheitskonzepte in Deutschland implantieren wollen. Meine Damen und Herren, die Sicherheitsprobleme Israels sind ganz anderer Natur als die Probleme, die wir in unserer Gesellschaft haben. Israel befindet sich in einer Art militärischem Abwehrkampf gegen Terrorismus. Wir haben mit ganz anderen Phänomenen zu kämpfen. Mir kommt es ein bisschen so vor, als würden Sie sozusagen am Knie operieren wollen, obwohl sich jemand die Schulter gebrochen hat.

Wir müssen schon überlegen: Was sind unsere Probleme? Wo müssen wir hier ansetzen? Die Situation bei uns ist ganz anders als in Israel.

Wir müssen uns überlegen, wie wir die Entstehungsgründe für Extremismus trockenlegen können. Darauf kommt es an. Um die Entstehungsgründe trockenlegen zu können, müssen wir sie verstehen. Sie sind manchmal ideologischer Natur, häufig aber auch psychologischer oder soziologischer Natur. Auf diese Entstehungsgründe müssen wir gesellschaftspolitische Antworten finden und nicht in erster Linie sicherheitspolitische.

Wir müssen bei der Jugend ansetzen, in der Lebensphase, in der sich Menschen typischerweise radikalieren. Welche Entstehungsgründe gibt es bei jungen Leuten? Was sind die psychologischen, soziologischen Hintergründe? Denn in jungen Jahren, in frühen Lebensphasen entsteht die Anfälligkeit für Extremismus und Radikalisierung, aber eben auch die Resilienz, die Widerstandskraft, die Abwehrkraft gegen die Versuchungen radikaler Tendenzen. Deswegen müssen wir hier ansetzen.

Da kann es auch ein Instrument

sein, Organisationen zu verbieten; aber durch eine möglicherweise zu starke Sicherheitspolitik kann auch genau das Gegenteil des Angestrebten erreicht werden: Sie verstärken Radikalisierungstendenzen, und damit machen Sie es sich dann sogar noch schwerer. Oder: Durch das Verbot von Organisationen verschwindet ja auch nicht das Gedankengut, das zur Radikalisierung führt, verschwinden nicht die Menschen, die radikalieren; Sie drängen sie vielmehr in den Untergrund, und es wird dadurch schwerer, den Extremismus zu bekämpfen. Man muss also jedes Mal genau überlegen, zu welchen Mitteln man greift.

Durch das Verbot von Organisationen verschwindet ja auch nicht das Gedankengut.

Deswegen ist Ihr Antrag zu reaktiv, er ist zu eindimensional, er ist unterkomplex für ein komplexes Problem. Das Problem ist komplex, deswegen brauchen wir auch komplexe, mehrdimensionale Antworten. Das leistet Ihr Antrag nicht. Deswegen ist Ihr Antrag schlecht, und deswegen gibt es für uns nur eine Antwort: ihn am Ende abzulehnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Michael Grosse-Brömer (CDU/CSU))

Uli Grötsch, SPD:

Durch demokratische Wahlen wird man nicht zum Demokraten



Uli Grötsch (*1975)
Landesliste Bayerns

Herzlich willkommen zur Debatte um den gefühlten 150. Antrag aus der AfD-Fraktion zum immer wieder gleichen Thema! Am Anfang möchte ich sagen: Wir bekämpfen jede Form von Extremismus gleichermaßen, egal ob es religiöser Extremismus ist, Rechtsextremismus oder welcher ismus auch immer.

Den 180-Grad-Blick, den Sie in Ihrem Antrag fordern, den haben wir dank unserer Sicherheitsbehörden schon seit Jahren.

Dennoch picken Sie sich hier die für Sie angenehmste Form heraus, die Islamisten – oder sagen wir besser: den Islam; den meinen Sie ja, die Religion, neben allem, was hier so links im Plenarsaal sitzt, für Sie sozusagen der Urfeind.

Dabei wissen Sie ganz genau, dass der Rechtsextremismus mit über 24 000 Extremisten das höchste Personenpotenzial hat. Aber ich kann Sie beruhigen – Sie wissen das; ich sage es nur der Vollständigkeit halber auch heute wieder: Auch die Islamisten haben unsere Sicherheitsbehörden natürlich auf dem Radar.

Jetzt fordern Sie, dass unsere Behörden mit Israel zusammenarbeiten sollen, um Islamisten zu bekämpfen. Dazu möchte ich

schon gerne einen Satz sagen: Sie inszenieren sich hier als Verfechter jüdischer Interessen und des Existenzrechts Israels. Ihr Arbeitskreis „Juden in der AfD“ dient Ihnen dabei nur als Feigenblatt; er hat nämlich nur 20 Mitglieder. Dass Sie, Herr Gauland, bei der Rede des israelischen Präsidenten zum 75. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz offenbar demonstrativ geschlafen haben und dass Ihre Kollegen in den Ländern die Finanzierung der Gedenkstättenarbeit beenden wollen, das zeigt doch, was Sie in Wirklichkeit von unserer deutschen Verantwortung und dem Existenzrecht Israels halten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir leben in Zeiten, in denen

Ihr Arbeitskreis „Juden in der AfD“ dient Ihnen dabei nur als Feigenblatt.

in Berlin die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus eine Broschüre herausgeben muss, wie man sich bei rechtsextremen Störversuchen bei Führungen in Gedenkstätten verhalten soll. Laut einer Zählung der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ lehnen 80 Prozent der Facebook-Kommentare unter der Erklärung Ihrer Parteivorsitzenden zum 75. Gedenktag der Befreiung von Auschwitz unsere Erinnerungskultur ab. Ihre Anhänger schreiben – ich zitiere -: Immer dieses Gelaber über die Juden. Ich kann diesen Rotz nicht mehr hören. – Das sind die Worte Ihrer Anhänger. – Das ist von den Juden so gewollt, sie sind die Staatsmacht. Oder: Sollte mal verboten werden, immer von neuem zu erinnern. – Das kommt Ihnen bestimmt auch bekannt vor. – Oder – hören Sie gut zu, was Ihre Anhänger unter Ihren Facebook-Kommentaren schreiben; ich zitiere -: Den Holocaust gab es doch gar nicht. – Unwiderrprochen, dieser Kommentar.

Und wenn Sie 10 weitere Ar-

beitskreise in der AfD für Juden gründen und sich bürgerlich anpinseln – das ist Ihr wahres Gesicht, und das wissen alle Demokratinnen und Demokraten in diesem Land.

Am Ende, weil Sie in Ihrem Antrag auch Prüfaufträge an das Bundesamt für Verfassungsschutz verteilen, nur noch einmal zur Erinnerung: Auch die AfD ist so ein Prüffall des Verfassungsschutzes. Der baden-württembergische Landesverband wird schon beobachtet, Herr Hess. Ihr rechtsextremistischer Flügel wird auch bereits beobachtet. Ihre Jugendorganisationen werden in Teilen dieses Landes heute schon beobachtet. In diesem Land werden wir in diesem Jahr erfahren, ob die Beweise ausreichen, damit der Bundesverband der AfD, Sie, auch ein Beobachtungsobjekt des Bundesamtes für Verfassungsschutz wird. Das würde ich für richtig halten; denn – das ist auch wichtig zu sagen -: Allein durch demokratische Wahlen wird man noch nicht zum Demokraten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ulla Jelpke, Die Linke:

Schluss mit der Zusammenarbeit mit Erdogan



Ulla Jelpke (*1951)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

In der Tat geht es wieder einmal um die Lieblingswahnvorstellung der AfD: die angeblich drohende Islamisierung Deutschlands. Wieder einmal schürt die AfD Angst und Hass. Diesem müssen wir entschlossen entgegentreten, meine Damen und Herren! Denn es gibt nur wenige Themen, bei denen die Wahrnehmung und die Realität so weit auseinanderklaffen wie bei der Zahl der Muslime, die in Deutschland leben. In einer Meinungsforschungsstudie von Ipsos vom vergangenen Jahr schätzen die Befragten durchschnittlich den Anteil der Musli-

me an der Bevölkerung der Bundesrepublik auf 21 Prozent. In Wahrheit machen Muslime gerade einmal 4 Prozent der Bevölkerung aus. In dieser Zahl sind übrigens auch diejenigen inbegriffen, die aufgrund ihres Passes als Muslime gezählt werden, selbst wenn sie bekennende Atheisten sind oder noch nie im Leben eine Moschee betreten haben. Wie absurd es angesichts solcher Zahlen ist, von einer angeblichen Islamisierung zu sprechen, sollte jedem vernunftbegabtem Menschen klar sein.

Besorgniserregend sind allerdings auch Umfragen, die zum Beispiel in der vergangenen Woche vom Landesinnenministerium in Hessen präsentiert wurden: Dort denkt jeder vierte Polizist, dass in Deutschland eine Islamisierung bevorsteht. Wenn sich solche Wahnvorstellungen schon in Teilen des Staatsapparates breitmachen, wenn dort Fake News wie von der AfD und aus rechten Schmuddelecken geglaubt wird, dann haben wir in der Tat ein Problem. Dieses Problem heißt Rassismus, heißt Islamfeindlichkeit und kommt aus der sogenannten Mitte der Gesellschaft.

Meine Damen und Herren, jeden zweiten Tag wurde im vergangenen Jahr in Deutschland eine Moschee, eine muslimische Einrichtung oder ein religiöser Repräsentant islamfeindlich angegriffen. Das erklärt die Bundesregierung in der Antwort auf eine Große Anfrage der Linksfraktion zum Thema „antimuslimischer Rassismus“. Hinzu kommen alltägliche Diskriminierungen und Übergriffe gegen Muslime, zum Beispiel, dass Muslimas auf offener Straße beschimpft, bespuckt werden, ihnen die Kopf-tücher weggerissen werden und anderes mehr. Um die tausend islamfeindliche Straftaten registriert die Bundesregierung jährlich, und das ist nur die Spitze des Eisberges. Denn man muss einfach wissen, dass die Scham, zur Polizei zu gehen und diese Dinge anzudeuten, sehr groß ist.

Die Linke sagt hier ganz klar: Islamfeindlichkeit muss ebenso entschieden bekämpft werden wie

Ich lehne es strikt ab, solche zweifelhaften Verbände von staatlicher Seite zu fördern.

Antisemitismus und andere Formen des Rassismus.

Die AfD legt in ihrem Antrag einen besonderen Schwerpunkt auf die Bekämpfung der Muslimbruderschaft. Keine Frage, die Muslimbruderschaft ist eine äußerst unsympathische Vereinigung, eine Strömung, die in ihrer Ablehnung der pluralen Demokratie, ihrem patriarchalen Familienbild und ihren reaktionären Moralvorstellungen, ich würde einmal sagen, dem durchschnittlichem AfD-Mitglied allemal näher steht als den demokratischen Vorstellungen der Linken und der Mitte der Gesellschaft. Aber wir sind hier weder in Kairo noch in Aleppo oder in Istanbul, in Deutschland droht keine Machtübernahme der Muslimbrüder. Solange die Anhänger der Bruderschaft sich an unsere Gesetze halten, gilt für sie wie

für alle die im Grundgesetz garantierte Religionsfreiheit, und dabei sollten wir auch bleiben.

Ich lehne es aber strikt ab, solche zweifelhaften Verbände von staatlicher Seite auch noch besonders zu fördern und zu begünstigen. Das gilt insbesondere für Vereinigungen, die direkt als Einflusswerkzeuge ausländischer Regierungen hier agieren, wie zum Beispiel den türkischen Islamverband DITIB. Da sagt Die Linke ganz

klar: Die Kungelei der Bundesregierung und der Landesregierungen mit solchen Marionetten Erdogan muss endlich ein Ende haben! Türkische Religionsbeamte, die Hass schüren und für den Angriffskrieg auf Syrien beten, haben in Deutschland in der Tat nichts verloren, und das hat auch nichts mit Religionsfreiheit zu tun.

Die Türkei hat sich zur zentralen Aktionsplattform für islamistische und terroristische Organisationen im Nahen Osten entwickelt – das war bereits 2016 die Einschätzung der Bundesregierung. Trotzdem muss man sagen, dass mit dem Paten Erdogan, der im Grunde genommen die Muslimbruderschaft featured und vorantreibt, auch heute immer noch zusammengearbeitet wird. Heute ziehen seine islamistischen Söldnertruppen eine Blutspur von Syrien bis nach Nordafrika und morgen vielleicht auch nach Europa.

Deswegen sagen wir ganz klar: Es muss Schluss sein mit der Zusammenarbeit mit Erdogan. Es muss Schluss damit sein, dass seine Organisation und Religionspropagandisten hier finanziell unterstützt werden. Mit dem Entzug von Waffenlieferungen und von Finanzhilfe kann man wirklich den Boden für islamistische Gruppen entziehen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Irene Mihalic, Bündnis 90/Die Grünen:

Reformbedarf bei der föderalen Zusammenarbeit



Irene Mihalic (*1976)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Islamismus und Rechtsextremismus zählen zweifellos zu den größten Bedrohungen für die innere Sicherheit. Das untermauern die Berichte des Verfassungsschutzes, das zeigen uns journalistische, aber auch wissenschaftliche Arbeiten, und das wird natürlich auch durch die Anschläge der letzten zehn Jahre mehr als deutlich, sowohl durch die geplanten und die erfolgreich verhinderten als auch durch die tatsächlich durchgeführten, leider mit vielen Verletzten und auch Toten. Daher ist es wichtig und richtig, dass entsprechende Bestrebungen wirklich eingehend analysiert werden, meine Damen und Herren.

Wir als Grüne haben wiederholt und immer wieder auf die zum Teil gravierenden Defizite in diesem Bereich hingewiesen, die wir dringend anpacken müssen. Was wir aber ganz sicher nicht brauchen, ist ein weiterer Heuchelantrag der AfD, ein Antrag, in dem Sie Dinge fordern, die zum Teil schon Realität sind, zum Beispiel die Beobachtung der Muslimbrüder, ein Antrag, in dem Sie Ihren Ausländerhass mit scheinbarer Religionskritik wenn auch nur sehr schlecht zu überdecken versuchen.

Dann kommt auch noch gerade aus Ihrer Feder die Idee einer bilateralen Sicherheitskooperation mit Israel. Ja, wahrscheinlich hat Herr Gauland genau davon geträumt, als er im Deutschen Bundestag bei der Rede des Präsidenten Rivlin hier im Plenarsaal eingeschlafen ist.

Nein, meine Damen und Herren, es ist genau ein solches Verhalten, es ist genau dieses Verhalten wie das von Ihnen zum 75.

Jahrestag der Befreiung von Auschwitz, das uns allen zeigt, wie Sie in Wirklichkeit zu Israel und der historischen Verantwortung Deutschlands stehen, nämlich gar nicht.

Selbstverständlich ist der gewaltorientierte Islamismus ein virulentes Problem in unserer Gesellschaft; dem müssen wir allerdings mit ernsthaften Initiativen begegnen. Wir als Grüne haben in der Vergangenheit immer wieder auf den Handlungsbedarf hingewiesen. Unsere Vorschläge liegen seit Langem auf dem Tisch. Wir brauchen endlich ein bundesweites Präventions- und Deradikalisierungsnetzwerk. Wir hatten dazu in der letzten Wahlperiode auch eine große Anhörung im Innenausschuss. Die Experten haben uns allesamt in unseren Forderungen bestätigt; nur leider hat die Bundesregierung diese Impulse nicht aufgenommen. Deswegen haben wir weiterhin nur Stückwerk und einen riesengroßen Flickenteppich. Wir brauchen bei der Prävention aber endlich ein vernetztes Vorgehen von Bund, Ländern, Kommunen und auch der Zivilgesellschaft, damit wir überall gleichmäßig hohe Standards haben.

Wir müssen die Radikalisierung effektiv da bekämpfen, wo sie ihren Ausgang nimmt, Herr Thomae; das sehen wir ganz genauso wie Sie, und hier müssen wir endlich entscheidend vorankommen.

Auch drängen wir seit Langem darauf, dass wir mit Blick auf die vielen Hun-

dert deutschen IS-Kämpfer im Ausland keine Laissez-faire-Politik betreiben dürfen, nach dem Motto „Aus den Augen, aus dem Sinn“. Wir sind nach der vorläufigen militärischen Niederlage des IS für die deutschen Staatsbürger in Syrien und im Irak verantwortlich. Wir müssen endlich eine geordnete Rückkehr nach Deutschland organisieren, damit radikalisierte Menschen nicht völlig unkontrolliert nach Deutschland einreisen und möglicherweise unter dem Radar der Sicherheitsbehörden hier Anschläge begehen. Aussitzen ist hier keine Lösung. Die Rückkehr muss geordnet organisiert werden, damit deutsche IS-Kämpfer hier in Deutschland garantiert der Strafverfolgung zuge-

führt werden können. Denn auch die Gefahr von islamistisch motivierten Anschlägen bleibt trotz einer gewissen Beruhigung im letzten Jahr unverändert hoch.

Die parlamentarische Aufklärung des Anschlags auf dem Breitscheidplatz zeigt, dass es einen dringenden Reformbedarf bei der föderalen Zusammenarbeit der deutschen Sicherheitsbehörden gibt. Landes- und Bundespolizeien sowie die Verfassungsschutzbehörden arbeiten viel zu häufig aneinander vorbei. Sie tauschen sich lose im Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum aus, für das es im Übrigen immer noch keine einheitliche Rechtsgrundlage gibt. Außerdem gibt es immer noch keine klaren Verantwortlichkeiten für länderübergreifende Fälle.

Axel Müller, CDU/CSU:

Keine Gründe für diese Art der Zusammenarbeit mit Israel



Axel Müller (*1963)
Wahlkreis Ravensburg

Nachdem der Kollege Hess hier eine flammende Wahlkampfreda gehalten hat, ist es an der Zeit, glaube ich, den Antrag wieder auf sein Normalmaß zu reduzieren. Er ist nämlich weniger spektakulär, als Sie ihn hier vorgestellt haben.

Er besteht aus zwei Teilen. Im ersten Teil nennt er vier Punkte, die der Deutsche Bundestag feststellen möge: ad 1 die zunehmende Gefährdungslage für die freiheitlich-demokratische Grundordnung durch islamistische Organisationen, ad 2 deren Verschleierungstaktik, wenn es um Verbindungen zur Muslimbrüderschaft geht, ad 3 die Feststellung, dass unter dem Deckmantel humanitärer Hilfe eine Weiterbildung und

Aber die Bundesregierung geht die dringend notwendigen Reformen in diesem Bereich einfach nicht an, sondern bleibt bei ihrem verheerenden Ansatz einer rein situativen Sicherheitspolitik. Anstatt über effektive Problemlösungen zu diskutieren, haben wir hier monatelang über die Fußfessel für Gefährder geredet. Wohin solche sicherheitspolitischen Blindflüge führen, zeigt die Arbeit unseres Untersuchungsausschusses Woche für Woche.

Gleich nach dieser Debatte hier geht es übrigens genau dort in diesem Untersuchungsausschuss weiter, und ich bin ziemlich gespannt, wen die AfD heute in den Untersuchungsausschuss schickt. – Sie sind zwar physisch anwesend, aber wenn wir einmal ganz ehrlich sind, das Arbeiten dort haben Sie jetzt nicht gerade erfunden, und Frau von Storch hat den Ausschuss ja schon früh aus purer Lustlosigkeit verlassen.

Wenn es Ihnen mit der Bekämpfung des islamistischen Terrorismus wirklich ernst ist, ja, dann machen Sie doch im Untersu-

chungsausschuss einmal richtig mit und schicken nicht jede Woche einen anderen Abgeordneten zu den Sitzungen. Legen Sie einmal Ihre geistige Vollverschleierung ab und lesen Sie die Akten! Dann sind Sie vielleicht auch in der Lage, den Zeugen ein paar kluge Fragen zu stellen und etwas zur Aufklärung beizutragen.

In diesem Untersuchungsausschuss hätten Sie längst zeigen können, dass es Ihnen beim Thema Islamismus ernst ist. Aber dafür interessieren Sie sich nicht, und das zeigt wieder einmal Ihre tiefe Missachtung parlamentarischer Arbeit. Wir alle wissen das nicht erst seit den Vorgängen in Thüringen letzte Woche: Die parlamentarische Demokratie ist für Sie nur Mittel zum Zweck, unsere verfassungsmäßige Ordnung zu untergraben. Daher werden Sie zu Recht vom Verfassungsschutz untersucht, übrigens genau wie die in Ihrem Antrag genannten Organisationen auch.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Radikalisierung sowie Anwerbung zugunsten des islamistischen Terrors betrieben werde, und schließlich ad 4, dass Islamismus die geistige Grundlage für den islamistischen Terror liefere. Im zweiten Teil des Antrags folgern Sie daraus dann, dass die Bundesregierung diese Entwicklungen verstärkt beobachten möge, Verbote prüfen solle und eine bilaterale Zusammenarbeit mit Israel zur Bekämpfung des islamistischen Terrors anstreben möge.

In der Begründung stützen Sie sich dann im Wesentlichen auf die Erkenntnisse, die wir alle schon haben, auf die Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden, und ihnen ist auch gar nicht zu widersprechen; die Kollegin Mihalic hat das gerade noch einmal deutlich gemacht. Das wirft aber schon die Frage auf, welchen Mehrwert bzw. welche Erkenntnis wir aus Ihrem Antrag eigentlich gewinnen können. Die Antwort ist: keine, keine relevante jedenfalls.

Soll denn der Mehrwert etwa sein, dass Sie, wie Sie es gerade wieder tun, versuchen, hier Stim-

mungsmache zu bringen? Soll das der Mehrwert sein? Es dürfte dem Hause doch allgemein bekannt und auch weitestgehend, so hoffe ich doch, Konsens sein, dass islamistische Ideologien, die religiöse Normen über die der weltlichen stellen, mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland nicht in Einklang zu bringen sind. Wesentliches Merkmal der Demokratie ist die Religionsfreiheit. Das gilt allerdings auch für den Islam, Herr Kollege Hess. Die Geschlechtergleichheit lehnt islamistische Ideologie ebenfalls ab. Islamismus ist ein Synonym für die Unfreiheit, den natürlichen Gegner der rechtsstaatlichen und freiheitlichen Demokratie.

Die rechtsstaatlich garantierte demokratische Freiheit macht es für die Demokratie aber zuweilen auch schwer,

sich ihrer Feinde zu erwehren, da diese die Spielräume, die ihnen die freiheitliche Demokratie gewährt, über die Gebühr ausnutzen, um sie zu bekämpfen. Ich glaube, diesen Gedanken können die Mitglieder der AfD-Fraktion sehr gut nachvollziehen. Der thü-

Doch unsere Demokratie ist nicht schutzlos, im Gegensatz zu dem, was Sie hier ausführen.

ringische Landesverband hat das ja auch eindrucksvoll bewiesen.

Doch unsere Demokratie ist nicht schutzlos, im Gegensatz zu dem, was Sie hier ausführen. Sie ist wehrhaft und verfügt über eindrucksvolle Mechanismen und rechtsstaatliche Einrichtungen, die bislang allen Angriffen standgehalten haben. Seit den islamistischen Terroranschlägen vom 11. September 2001, also seit fast 20 Jahren, haben wir in Deutschland die Sicherheitsbehörden in Bund und Land gestärkt und ihnen zahlreiche Befugnisse gegeben, die oftmals auch zu Diskussionen geführt haben. Polizei, Verfassungsschutz, Nachrichtendienste, Justiz, sie alle sorgen dafür, dass wir in

einem der sichersten Länder dieser Erde leben, auch wenn ein islamistisch motivierter Terroranschlag wie der vom Breitscheidplatz bedauerlicherweise nicht verhindert werden konnte, weil es eine hundertprozentige Sicherheit einfach nicht gibt.

Das funktioniert aber nicht allein mit den Mitteln der Repression, wie Sie von der AfD das hier wieder einmal deutlich zu machen versucht haben, sondern es braucht auch Präventivangebote. Wir haben auch die Repression gestärkt. Ich darf nur einmal daran erinnern, wie wir uns im Dezember des Jahres 2019 zu dem Antrag auf Verbot der Hisbollah gestellt haben. Es braucht aber auch Prä-

ventionsarbeit auf allen Ebenen, in Bund, Ländern wie Gemeinden, wie zum Beispiel das Nationale Präventionsprogramm des Bundesministeriums des Innern gegen den islamistischen Terrorismus.

Sie allerdings wollen einmal mehr suggerieren, dass wir in der Terrorabwehr erhebliche Defizite hätten, dass wir auf einem islamistischen Pulverfass sitzen würden, dessen Lunte bereits brenne, und wollen dadurch ein Klima der Angst in der Bevölkerung erzeugen, das wiederum

den Nährboden für die von Ihnen geschürte Intoleranz bereiten soll. Und das machen wir hier nicht mit.

Unsere Demokratie ist wehrhaft und verfügt über eindrucksvolle Mechanismen.

Daher, meine sehr verehrten Damen und Herren, sehe ich überhaupt keine Anhaltspunkte für die Art der Zusammenarbeit mit Israel, die Sie auch noch verlangen. Ehrlich gesagt, ist das wieder

einmal ein Stück aus der Geschichte: Die AfD oder die misslungene Darstellung als Freund und Unterstützer Israels. – Das hat doch mit der Realität, wie die Ab-

wehrreaktionen der jüdischen Gemeinde und des jüdischen Staates Israel gegenüber Ihren Anbiederungsversuchen zeigen, wirklich nichts mehr gemein. Der Vorschlag eines Austauschprogramms zwischen israelischen und deutschen Polizisten kommt, glaube ich, aus der Welt von Absurdistan. Man möge sich einmal vorstellen, deutsche Polizisten würden in Israel Dienst tun. Das ist doch das Ergebnis einer völligen Geschichtsvergessenheit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Bernd Baumann, AfD:

Radikalisierte Muslime gewinnen mehr Macht



Bernd Baumann (*1958)
Landesliste Hamburg

In meiner Heimatstadt Hamburg zeigt sich deutlich, was in Deutschland in Sachen Islamismus alles schief läuft. Der verheerendste Terroranschlag der Geschichte, der von Nine Eleven in New York auf das World Trade Center mit 3.000 Toten, wurde in Hamburg geplant und organisiert. Die Altparteien hatten vorher nichts gemerkt. Auch der Verfassungsschutz hatte gepennt. So etwas darf sich nie mehr wiederholen, meine Damen und Herren!

Die Politik aber lernte daraus – nichts. Auch Olaf Scholz, der heutige Vizekanzler hinter Frau Merkel, verschloss seine Augen vor der Radikalisierung des Islams. Als Hamburger Regierungschef wollte er durch Anbiederung die Integration der Muslime erkaufen, und die Radikalen wollte er beschwichtigen. Als Ansprechpartner wählte Scholz die großen Islamverbände. Er schloss mit ihnen

2012 einen offiziellen Staatsvertrag, auch mit der sogenannten DITIB, dem größten Islamverband. Der kontrolliert allein fast 1.000 Moscheen in Deutschland, ist aber der türkischen Regierung direkt unterstellt. Erdogan und seine Imame diktieren, was in deutschen Moscheen geglaubt und gepredigt wird. Das kann überhaupt nicht so weitergehen, meine Damen und Herren.

Auf dem Papier hatten DITIB-Funktionäre natürlich alles Mögliche versprochen. Sie redeten den Gutmenschen nach dem Mund und wollten sich laut Vertrag unbedingt einsetzen für religiöse Toleranz, für Gleichberechtigung von Mann und Frau, für Homosexuelle, für unsere Demokratie und Verfassung; angeblich alles werde getan für Frieden, Freundschaft, für Menschenrechte. Aber, meine

Damen und Herren, das Gegenteil war der Fall. Die Islamverbände wurden immer radikaler, immer frauenfeindlicher, immer verfassungsfeindlicher, und wieder haben Sie alle nichts bemerkt.

Die Zahl der gewaltbereiten Dschihadisten explodierte in Hamburg unter Olaf Scholz auf das Zehnfache. Der Vorsitzende der DITIB-Moschee in Hamburgs größtem Stadtteil wurde ertappt, wie er seinen Glaubensbrüdern predigte: Demokratie ist für uns nicht bindend, uns bindet allein der Koran. – Ein anderer hoher DITIB-Funktionär bezeichnete die Deutschen als „Köterrasse“, als „Hundeclan“; weiter: „Die-

se Schlampe mit dem Namen Deutschland hat uns den Krieg erklärt“.

Meine Damen und Herren, die Grünen fanden diese Verachtung für Deutschland so super, dass sie

diesen DITIB-Mann gleich als ihren Kandidaten für die Bürgerschaftswahl aufstellten. Wie verrückt kann man überhaupt noch werden, meine Damen und Herren!

Schlimmer noch: Für die bloßen Lippenbekenntnisse, für hohle Versprechungen, hat der rote grüne Senat die Islamverbände massiv gefördert. Sie können längst eigene muslimische Mitglieder in die wichtigen Rundfunkräte unserer öffentlich-rechtlichen Sender schicken. Sie beka-

men Einfluss auf deutsche Schulen, deutsche Universitäten, Steuerprivilegien und vieles mehr. Und so gewinnen radikalisierte Muslime immer mehr Macht in Deutschland.

Meine Damen und Herren, wir dürfen der Täuschung und der Verschlagenheit vieler Islamverbände nicht länger erliegen. Wir müssen uns wehren. Stimmen Sie unserem Antrag zu!

(Beifall bei der AfD)



Ein Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestags untersucht den Anschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz im Dezember 2016, bei dem der Tunesier Anis Amri zwölf Menschen tötete.

© picture-alliance/dpa

Helge Lindh, SPD:

Man spielt nicht mit der Demokratie



Helge Lindh (*1976)
Wahlkreis Wuppertal I

Diese Rede soll ein Bekenntnis sein. Sie soll ein Bekenntnis einer Schuld sein. Das ist meines Erachtens längst überfällig.

Gerade dieser Antrag gebietet es, daran zu erinnern, was wir brauchen. Wir brauchen ernsthaft einmal ein Denkmal in unserem Herzen, unserem Hirn und unserem Handeln für die Leistungen, die Musliminnen und Muslime in den letzten Jahrzehnten in diesem Land für dieses Land erbracht haben.

Und wir brauchen ein Mahnmal in unserem Herzen, unserem Hirn und in unserem Handeln für das, was an Gewalt und Missachtung Musliminnen und Muslimen in diesem Land in den letzten Jahrzehnten widerfahren ist. Im Namen aller, die in der Vergangenheit und gegenwärtig in der politischen Kultur

und in der politischen Klasse dieses Landes Verantwortung tragen, sage ich jetzt hier: Ich entschuldige mich dafür, für diese Diskurse der letzten Jahrzehnte, diese unnützen, diskriminierenden, stigmatisierenden Islamdebatten. Wir haben so viele davon erlebt. Wir alle in diesem Raum wissen das genau, und alle wissen, dass die AfD letztlich auch ein Ergebnis genau dieser Debatten ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was ist eine Lehre der Schande von Thüringen? Eine Lehre von Thüringen ist: Man spielt nicht mit der Demokratie. – Genau das aber tut die AfD. Wer mit der Demokratie spielt, der spielt mit Menschen, und dieses Spiel hat auch Opfer. Insbesondere sind Muslime aktuell und in der Vergangenheit Opfer dieses perfiden Spiels.

Weil das so ist, stehen wir als SPD-Fraktion ganz entschieden nicht an der Seite von Michael Heym, Fraktionsvize der CDU in Thüringen, sondern ganz entschieden an der Seite von Angela Merkel. Wir stehen an der Seite aller – ich erwähne jetzt zum Beispiel Marco Wanderwitz, auch wenn ich ihn hier gar nicht sehe; aber es betrifft auch andere –, die ganz klar Widerspruch üben gegen jede Form des Kompromisses mit der Form von Politik, die Sie betreiben, und wir halten als Demokratinnen und Demokraten hier in diesem Hause alle zusammen.

Was haben die erlebt, und weshalb halte ich es für notwendig, dieses Bekenntnis der Schuld abzugeben? Es vergeht keine Veranstaltung zum Thema Islam oder Muslime oder Migration, in der nicht nach fünf bis zehn Minuten der Hinweis auf Verfassungstreue kommt. Haben Sie sich einmal überlegt, wie sich Muslime fühlen, wenn man sie immer damit konfrontiert, als ob man ihnen erklären müsste, was Demokratie und Verfassung seien? Lesen Sie die Werke von Hilal Sezgin. In jeder ihrer Lesungen steht irgendwann eine selbsternannte Bildungsbürgerin oder ein selbsternannter Bildungsbürger auf, liest ihr beispielsweise eine Sure vor und erklärt ihr, wie schrecklich frauenfeindlich, menschenfeindlich und demokratiefeindlich der Islam sei, und sie muss sich rechtfertigen und erklären.

Was ist in den Moscheen los gewesen? Ich habe es erlebt, ich war nämlich nach dem Anschlag von Christchurch da, als Menschen verängstigt waren und hofften, Polizeischutz zu bekommen. Was bedeutet es für Musliminnen und Muslime, dass gestern wieder in vier Moscheen in Nordrhein-Westfalen Morddrohungen eingegangen sind, eine Morddrohung in Hagen unterschrieben mit „Combat 18“? Was macht das mit Menschen? Stellt sich einer in diesem Hause diese Frage? Nein! Das ist genau das Thema Ihres Antrages: der Islamhass und die Islamophobie.

Deshalb gehe ich noch weiter; denn wir haben die Souveränität, auch auf uns selbst zu schauen. Ich schäme mich ausdrücklich, dass aus meiner Partei ein Thilo Sarrazin kommt. Ich weiß noch: Ich habe damals als Jusos 25 Minuten meines Zorns für eine Philippika gegen ihn genutzt. Dieser Mann, Thilo Sarrazin – und das ist richtig –, gehört nicht zu uns; er gehört zu Ihnen und in die Pegida und nirgendwo sonst.

Sarrazin kommt. Ich weiß noch: Ich habe damals als Jusos 25 Minuten meines Zorns für eine Philippika gegen ihn genutzt. Dieser Mann, Thilo Sarrazin – und das ist richtig –, gehört nicht zu uns; er gehört zu Ihnen und in die Pegida und nirgendwo sonst.

Konstantin Kuhle, FDP:

Weltweit sind die meisten Opfer von Islamismus Muslime



Konstantin Kuhle (*1989)
Landesliste Niedersachsen

Am 14. Januar 2020 entschied das Bundesverwaltungsgericht, dass der türkische Staatsangehörige Ahmet K. aus Göttingen, meinem Wahlkreis, nicht als Gefährder in die Türkei abgeschoben werden darf. Der 29-Jährige ist wegen Körperverletzungs- und Betrugsdelikten vorbestraft. Die Behörden hatten sein Telefon abgehört und auf diese Weise herausgefunden, dass er Kontakte in die islamistische Szene hat. Die Behörden stuften ihn als Gefährder ein und nahmen ihn in Abschiebehaft, und das niedersächsische Innenministerium ordnete am 5. April 2019 die Abschiebung als Gefährder nach § 58a des Aufenthaltsgesetzes an, die sogenannte Gefährderabschiebung.

Nach Auffassung des Ministeriums ist Ahmet K. nicht lediglich ein Anhänger der radikal-religiösen Einstellung, sondern er sympathisiert ganz offen mit dem „Islamischen Staat“ und kann sich vorstellen, einer militanten, gewaltbereiten Auslegung des Islam zu folgen. Er hält auch persönlich den Einsatz von Gewalt für die Durchsetzung seiner islamistischen Auffassung für gerechtfertigt.

Wenn man – das ist in den letzten Jahrzehnten geschehen; wir alle sollten uns überlegen, was passiert ist – im Alltag stückweise Verachtung sät, wenn man Muslimen und Muslimas erklärt, wie ihr Islam zu sein hat, was wir von ihnen erwarten, wie sie sich zu verhalten haben, wird man am Ende Hass ernten. Das Ergebnis ist unter anderem die AfD.

Daher appelliere ich an uns alle: Erklären wir nicht weiterhin Muslimen und Muslimas in diesem Land, was moderner Islam ist. Hören wir auf mit dieser Kultur der Bevormundung, und klären wir

zum Beispiel endlich auf, was für ein Skandal der NSU war, was struktureller Rassismus in diesem Land angerichtet hat und was es bedeutet, in diesem Land zum Beispiel als Frau mit Kopftuch, bestens ausgebildet, zu versuchen, eine Stelle in einem Krankenhaus oder im Management zu bekommen. Wenn wir diese Fragen beantwortet haben, dann, erst dann können wir weitere Debatten über Islamismus führen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Filiz Polat (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das Bundesverwaltungsgericht hat sich entschieden, festzuhalten, dass die Bedrohung für die Sicherheitslage in Deutschland nicht hinreichend dargetan ist, und diese Person hält sich weiter in Göttingen, in meinem Wahlkreis, auf. Das Bundesverwaltungsgericht hat nicht entschieden, dass er nicht gefährlich ist, sondern es hat entschieden, dass die Gefährlichkeit, die für ein Vorgehen nach § 58a des Aufenthaltsgesetzes erforderlich wäre, nicht dargetan ist.

Dieser Fall zeigt: Es geht vom gewaltbereiten Islamismus in Deutschland eine ganz konkrete Gefahr für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger aus, und wir sind als Politik, als Staat verpflichtet, das Leben und die körperliche Unversehrtheit unserer Bürgerinnen und Bürger zu schützen.

Deswegen ist es auch richtig, hier über Islamismus miteinander zu sprechen. Aber sobald es konkret wird, liebe Kolleginnen und Kollegen von der AfD, ist bei Ihnen völlig tote Hose. Deswegen will ich in der Kürze der Zeit vier Vorschläge machen, die ganz wichtig sind bei der Bekämpfung von Islamismus und bei der Bekämpfung von gewaltbereitem Extremismus.

Das ist erstens die Erkenntnis – und das ist hier auch schon hinreichend deutlich gemacht worden –, dass die wichtigsten Verbündeten im Kampf gegen gewaltbereiten Extremismus und gegen gewaltbereiten Islamismus moderate Muslime sind. Weltweit sind die meisten Opfer von Islamismus Muslime. Deswegen brauchen wir für die Bekämpfung von Islamismus

die Kooperation mit islamischen Verbänden, brauchen wir ein Aufeinanderzugehen, brauchen wir Prävention. Da ist von Ihnen hier nichts zu lesen, und deswegen ist dieser Antrag völlig an der Sache vorbei und hat überhaupt nichts mit der Lebensrealität von Muslimen in Deutschland zu tun.

Zweitens. Die wissenschaftliche Expertise in den Sicherheitsbehörden muss gestärkt werden; das ist von der Kollegin Mihalic schon gesagt worden.

Drittens. Der Fall Anis Amri hat uns gezeigt, dass im föderalen Abstimmungsprozess unserer Sicherheitsbehörden noch deutlich

Deswegen braucht es eine Föderalismusreform III im Bereich der inneren Sicherheit.

Nachbesserungsbedarf besteht. Deswegen braucht es eine Föderalismusreform III im Bereich der inneren Sicherheit und eine gesetzliche Grundlage für das GAZ.

Viertens. Wir brauchen eine einheitliche europäische Gefährderdefinition.

Das alles wären konkrete Dinge, die man tun kann. Aber hier einfach das Wort „Islam“ aufzuschreiben und ein bisschen Islamismus miteinander zu vermengen, bringt uns überhaupt nicht weiter, und deswegen muss dieser Antrag abgelehnt werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es sprachen zudem die Abgeordneten Philipp Amthor (CD/CSU), Aydan Özoğuz (SPD) sowie Dr. Volker Ullrich (CDU/CSU).

leicht
erklärt!

Mietpreis-Bremse

Welche Änderungen gibt es?



Thema im Bundestag

Letzte Woche haben die Politiker vom Bundestag über Mieten in Deutschland gesprochen. Und zwar die Mieten von Wohnungen.

Dabei ging es um folgende Frage: Wie kann man dafür sorgen, dass die Mieten nicht zu teuer werden?

Im folgenden Text steht mehr zu dem Thema.



Miet-Wohnungen sind in Deutschland besonders wichtig.

Denn: Über die Hälfte der Menschen wohnt hier zur Miete.

In keinem anderen Land in der Europäischen Union gibt es so viele Mieter.

Was sind Mieten?

Wenn es um Wohnungen geht, meint man mit „Miete“ Folgendes:

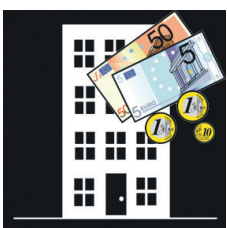
Eine Person bezahlt jeden Monat Geld. Und zwar an eine andere Person.

Dafür darf sie dann in einer Wohnung wohnen, die der anderen Person gehört.

Man sagt dann: Sie wohnt zur Miete. Und zwar in einer Miet-Wohnung.

Die Person, die das Geld bezahlt, heißt: Mieter.

Und die, die das Geld bekommt, heißt: Vermieter.



Das Problem mit den Mieten

Unterschiedliche Wohnungen kosten unterschiedlich viel Miete.

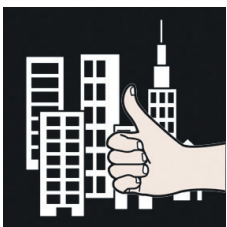
Eine neue und moderne Wohnung kostet zum Beispiel meistens mehr als eine ältere Wohnung.

Vor allem kommt es bei den Preisen darauf an, wo die Wohnung liegt.

Wenn viele Menschen in einer Gegend wohnen wollen, dann werden die Wohnungen dort teurer.

Wollen nur wenige Menschen in einer Gegend wohnen, sind die Wohnungen meistens günstiger.





Im Moment wollen in Deutschland sehr viele Menschen in Städten wohnen.

Deswegen gibt es dort zu wenige Wohnungen.

Und die Wohnungen, die es gibt, sind sehr teuer. Und sie werden auch immer teurer.



Das führt zu verschiedenen Problemen:

Es kann zum Beispiel sein, dass sich irgendwann nur noch reiche Menschen eine Wohnung in der Stadt leisten können.

Andere Menschen müssen wegziehen.

Auch Menschen, die vielleicht schon seit vielen Jahren in der Stadt gelebt haben.

Die vielleicht sogar dort aufgewachsen sind.



Gerade Menschen, die nicht so viel Geld haben, wohnen dann nicht mehr in der Stadt.

Zum Beispiel Studenten oder ältere Menschen.

Die Mietpreis-Bremse

Schon lange wird deshalb überlegt, was man gegen höhere Mieten machen kann.



Letzte Woche hat der Bundestag über ein Mittel gesprochen, damit die Mieten nicht so stark steigen.

Dieses Mittel nennt man: Mietpreis-Bremse.

Was ist die Mietpreis-Bremse



Die Mietpreis-Bremse ist ein Gesetz. Dieses Gesetz gibt es schon seit dem Jahr 2015.

In dem Gesetz steht Folgendes:



Vermieter dürfen nicht einfach so viel Miete nehmen, wie sie wollen.

Stattdessen wird geschaut, wie viel eine Wohnung in einer Gegend normalerweise kostet.

Dafür werden viele Wohnungen in der Gegend miteinander verglichen.

Ein Vermieter darf dann nur eine Miete nehmen, die knapp über diesem Preis liegt.

Dadurch steigen die Mieten langsamer.

Der Anstieg wird abgebremst.

Daher kommt auch der Name: Mietpreis-Bremse.



Die Mietpreis-Bremse gilt aber nicht für alle Wohnungen.

Es gibt bestimmte Regeln dafür:

- Sie gilt nur in bestimmten Gegenden.

Zum Beispiel dort, wo die Mieten sehr hoch sind. Oder sehr stark steigen.

- Sie gilt auch nur für Wohnungen, die es schon länger gibt.

Also nicht für Wohnungen, die jemand gerade neu gebaut hat. Und in die zum 1. Mal ein Mieter einzieht.

- Und sie gilt nur, wenn man in eine Wohnung einzieht. Aber nicht, wenn man schon länger darin wohnt.

Funktioniert die Mietpreis-Bremse?

Schon seit Jahren wird über die Mietpreis-Bremse gesprochen.

Eine wichtige Frage dabei lautet: Bringt sie überhaupt etwas?

Experten haben sich das im letzten Jahr angeschaut.

Die Experten arbeiten für das Institut für Wirtschafts-Forschung.





Die Experten haben gesagt:

Die Mietpreis-Bremse funktioniert.
Aber nur ein bisschen.

Mieten sind durch sie ein paar Euro günstiger.

Aber gerade neue Wohnungen sind teurer geworden.

Denn für die gilt die Mietpreis-Bremse ja nicht.

Außerdem funktioniert die Mietpreis-Bremse vor allem in Gegenden, in denen die Mieten früher stark gestiegen sind.

Und sie hilft vor allem Menschen, die etwas mehr Geld haben.

Menschen, die nur wenig Geld für die Miete haben, bringt sie wohl nicht so viel.

Änderungen bei der Mietpreis-Bremse

Die Mietpreis-Bremse gibt es seit dem Jahr 2015.



Der Bundestag hat letzte Woche beschlossen: Es soll sie auch weiterhin geben.

Und zwar mindestens bis zum Jahr 2025.

Außerdem hat der Bundestag einige Änderungen für die Mietpreis-Bremse beschlossen.

Die folgende Änderung ist am wichtigsten:

Bisher war es so:

Wenn ein Mieter mehr Miete bezahlt hat, als die Mietpreis-Bremse erlaubt, konnte er sich beim Vermieter beschweren.



Er konnte dann verlangen, dass der Vermieter ihm die zu viel gezahlte Miete zurückgibt.

Aber: Der Vermieter musste nur die Miete zurückzahlen, die der Mieter nach der Beschwerde gezahlt hatte.



Das soll sich jetzt ändern.

Ab sofort bekommt ein Mieter auch die Miete zurück, die er vor der Beschwerde gezahlt hat.

Andere Lösungen

Die Mietpreis-Bremse funktioniert also ein bisschen.

Sie allein kann aber die Probleme mit den Mieten in Deutschland nicht lösen.



Experten sprechen deswegen über andere Dinge, die auch noch getan werden können.

Hier 2 Beispiele:

1) Mehr Wohnungen bauen

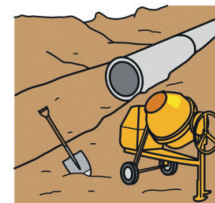


Eine Idee ist: Es sollten mehr Wohnungen gebaut werden.

Denn: Wenn es zu wenige Wohnungen gibt, dann steigen die Mieten.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, damit mehr Wohnungen entstehen.

Zum einen kann der Staat dafür sorgen, dass Firmen mehr Wohnungen bauen.



Zum Beispiel kann er dafür sorgen, dass die Firmen schneller eine Erlaubnis für den Bau bekommen.

Und er kann dafür sorgen, dass die Firmen beim Bauen weniger Regeln beachten müssen.

Dann wird der Bau günstiger. Und mehr Firmen bauen.



Eine Möglichkeit kann auch sein, dass der Staat selbst mehr Wohnungen baut.

Und dass er für diese Wohnungen dann niedrige Mieten nimmt.



Dann können sich auch Menschen mit weniger Geld die Wohnungen leisten.

Das nennt man:
Sozialer Wohnungs-Bau.

Viele Experten finden:
Es muss viel mehr sozialen Wohnungs-Bau geben.

Das könnte die Wohnungs-Not verkleinern.

2) Mieten-Stopp



Eine weitere Möglichkeit ist ein Mieten-Stopp.

Dabei werden Miet-Erhöhungen gestoppt.

Daher kommt der Name.

Ein Mieten-Stopp funktioniert so:

Es wird ein Gesetz gemacht.

Mit diesem Gesetz wird es Vermietern verboten, die Miete zu erhöhen.

Und zwar für eine bestimmte Zeit.
Zum Beispiel für 5 Jahre.

Die Stadt Berlin hat so einen Mieten-Stopp beschlossen.

Über diesen Mieten-Stopp in Berlin gibt es im Moment eine Menge Streit.



Viele finden ihn gut.
Denn: Durch ihn sind Mieter erst einmal vor steigenden Mieten geschützt.

Andere sagen:

Ein Mieten-Stopp ist schlecht für den Wohnungs-Bau.

Denn:
Wenn Vermieter mit Wohnungen nicht mehr viel Geld verdienen können, dann bauen sie keine neuen.
Denn: Die Wohnungen lohnen sich nicht mehr so.



Es gibt dann also nicht genug Wohnungen für die Menschen, die nach Berlin ziehen wollen.

Und wenn es weniger Wohnungen gibt, dann werden sie wieder sehr teuer, wenn der Mieten-Stopp irgendwann zu Ende ist.



Außerdem sind einige Menschen der Meinung:
Der Mieten-Stopp verletzt das Grund-Gesetz.

Ein Gericht soll jetzt entscheiden, ob das stimmt.

Mehrere Lösungen zusammen

Es gibt also verschiedene Probleme mit den Mieten.

Jetzt wurde erst einmal die Mietpreis-Bremse verlängert.



Ein bisschen wird sie helfen.
Das Problem wird sie nicht lösen.

Dafür werden noch andere Dinge nötig sein.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter:
www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



**Nachrichten
Werk**

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © picture alliance/dpa, Fotograf: Lucas Bäuml. Piktogramme: Picto-Selector. © Scclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 8-10/2020
Die nächste Ausgabe erscheint am 9. März 2020.